

Das Rathaus soll ein offenes Haus bleiben

Bei der Vollversammlung müssen sich Oberbürgermeister Dieter Reiter und die Stadträte minutenlang von einem Störer beschimpfen lassen. Trotzdem werden die Sicherheitsmaßnahmen nur dezent verstärkt. Andere Städte gehen da weiter

Von Joachim Mölter

Wer in diesen Tagen eine Ausschusssitzung des Stadtrats besucht und im Großen Sitzungssaal des Rathauses zugehört hat, über was zum Beispiel im Sozial-, Planungs-, Sport- oder Kommunalausschuss debattiert wurde, wird nichts Ungewöhnliches bemerkt haben. Die Stadträte gingen routiniert ihrer Tagesordnung nach, so als wäre nichts geschehen bei der Vollversammlung am Mittwoch voriger Woche.

Die Sitzung lief schon eine Weile, als ein Zwischenruf von der Zuschauer-Galerie zu hören war – bei dem es nicht blieb. Ein Mann sprang auf und schimpfte aufs Plenum hinunter, vor allem auf Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD), soweit es zu verstehen war, im Schwall von Fäkalandrücken. Es dauerte einige Minuten, ehe der Schreihals von einer Mitarbeiterin des Sicherheitsdienstes zu bewegen war, die Tribüne zu verlassen. Zu Handgreiflichkeiten kam es nicht.

Der Mann wartete danach sogar brav vor dem Sitzungssaal, bis die herbeigerufenen Polizisten eintrafen und seine Personalien aufnahmen. Wie eine Polizeisprecherin später mitteilte, handelte es sich bei

ihm um einen 37 Jahre alten Münchner, der wegen verschiedener Delikte bereits bekannt ist. In der vorigen Woche kam eine Anzeige wegen Beleidigung dazu.

Im Stadtrat ist über den Zwischenfall diskutiert worden, selbst langgediente Mitglieder wie Christian Müller (SPD, Mandat seit 2002) oder Evelyn Menges (CSU, seit 1996) erinnerten sich nicht, so einen Auftritt eines Rathaus-Gastes schon erlebt zu haben. „Das ist so selten, dass man das jetzt nicht als Anlass für Besorgnis nehmen sollte“, sagte Menges.

In Berlin ist die Abteilung Objektschutz der Polizei mit im Roten Rathaus ansässig

Nichtsdestotrotz prüft das zuständige Kommunalreferat, ob am Sicherheitskonzept für das Rathaus nachjustiert werden muss. Bis die eingeschalteten Stellen zu einem Ergebnis kommen, wird erst einmal die Zahl der von einer externen Firma engagierten Sicherheitskräfte während der Sitzungen erhöht, vor allem im Bereich der Besuchertribüne. All das geschieht jedoch so dezent, dass es wohl nur wenige Rathaus-Gäste wahrnehmen werden.

Den Charakter des „offenen Rathauses“ stellt wegen des Vorfalls niemand in Frage, auch nicht die CSU, die einst in Person ihres Stadtrats Michael Kuffer eine Sicherheitsdebatte angefangen hatte. Unter anderem wegen des OEG-Anschlags von 2016 waren Maßnahmen eingeleitet worden, um die Sicherheit in öffentlichen Gebäude zu gewährleisten, auch im Rathaus. In der Folge hatte die CSU ihr zentrales Büro mit Gegensprechanlage, Videokamera und Türöffner ausstatten lassen – als bislang einzige Fraktion im Stadtrat. „Ich sehe keine Notwendigkeit zu Verschärfungen“, sagt jetzt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Evelyn Menges.

Im Prinzip ist das Rathaus zu den üblichen Geschäftszeiten für jeden zugänglich, ohne Anmeldung, ohne Kontrolle. Das führt bisweilen dazu, dass Bürger im Büro einer Fraktion stehen. „Aber wir kriegen das immer gut moderiert“, sagt Linken-Fraktionschef Stefan Jagel: „Viele wollen nur ihr Herz ausschütten. Wer ein Anliegen hat, den vermitteln wir ans Sozialbürohäus.“ Auch Grünen-Fraktionssprecher Dominik Krause berichtet: „Es kommt schon mal vor, dass sich jemand beschwert oder Sorgen äußert.“ Dennoch findet er es „grundsätzlich richtig, dass das Rathaus of-

fen ist“. Das ist nicht überall der Fall. Im Roten Rathaus der Bundeshauptstadt Berlin ist eine Anmeldung nötig und der Bürotrakt generell für die Öffentlichkeit tabu. Der Zugang ins Gebäude wird von Pförtern geregelt und von einem hauseigenen Ordnungsdienst überwacht. Zu alledem ist auch noch die Abteilung Objektschutz der

In Leipzig soll die Offenheit an die Ereignisse im Herbst 1989 erinnern

Berliner Polizei im Roten Rathaus ansässig. Auch im Hamburger Rathaus gibt es eine Eingangskontrolle, frei zugänglich ist dort nur die Diele – das historische Foyer. Die Gänge zu den Räumen von Bürgerschaft und Senat sind durch Sicherheitstüren verschlossen, und wer eine Plenarsitzung verfolgen möchte, muss sich anmelden und Jacken, Mäntel, Taschen sowie einen Ausweis abgeben.

Kölns Rathaus ist während der Öffnungszeiten grundsätzlich zugänglich, ein Streifendienst achtet jedoch darauf, dass sich Besucherinnen und Besucher nicht zu den Verwaltungsbüros verlaufen. Weil die Ratssitzungen mehrmals gestört wurden

durch Zwischenrufe, Entrollen von Transparenten oder Werfen von Flugblättern, erhalten Interessenten inzwischen erst nach Anmeldung eine Zutrittskarte, auf der auch die Verhaltensregeln stehen.

So zugänglich wie in München ist das Rathaus vielleicht noch in Leipzig – „als Erbe vom Herbst 1989“, wie ein Sprecher der Stadt sagt. Nach der Wende sollte das Gebäude für die neue Offenheit stehen. „Die Leute können überall klopfen“, sagt der Sprecher. Allerdings nicht mehr immer. Als Folge der Pegida-Demos in der aufgeheizten Stimmung von 2015 oder wegen Drohungen im Zusammenhang mit dem Prozess gegen die Linksextremistin Lina E. in diesem Jahr „haben wir das Rathaus teilweise abgeriegelt“, sagt der Sprecher.

Situationen für Zugangsbeschränkungen hält Grünen-Stadtrat Krause nicht prinzipiell für ausgeschlossen: „Aber ich sehe nicht, dass es im Rathaus nötig ist.“ CSU-Stadträtin Menges sieht ebenfalls höchstens eine abstrakte Gefahr. „Die gehört aber zum allgemeinen Lebensrisiko.“ Auch der Linken-Politiker Jagel plädiert weiter für ein offenes Rathaus. „Man muss mit den Menschen im Gespräch bleiben“, sagt er: „Das tut der Demokratie nicht gut, wenn wir uns verstecken.“

Das Rathaus soll ein offenes Haus bleiben

Trotz einer Störung bei der jüngsten Vollversammlung werden die Sicherheitsmaßnahmen nur dezent verstärkt.
Andere Städte gehen da weiter

Von Joachim Mölter

Wer in diesen Tagen eine Ausschusssitzung des Stadtrats besucht und im Großen Sitzungssaal des Rathauses zugehört hat, über was zum Beispiel im Sozial-, Planungs-, Sport- oder Kommunalausschuss debattiert wurde, wird nichts Ungewöhnliches bemerkt haben. Die Stadträte gingen routiniert ihrer Tagesordnung nach, so als wäre nichts geschehen bei der Vollversammlung am Mittwoch voriger Woche.

Die Sitzung lief schon eine Weile, als ein Zwischenruf von der Zuschauer-Galerie zu hören war – bei dem es nicht blieb. Ein Mann sprang auf und schimpfte aufs Plenum hinunter, vor allem auf Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD), soweit es zu verstehen war, im Schwall von Fäkalandrücken. Es dauerte einige Minuten, ehe der Schreihals von einer Mitarbeiterin des Sicherheitsdienstes zu bewegen war, die Tribüne zu verlassen. Zu Handgreiflichkeiten kam es nicht.

Der Mann wartete danach sogar brav vor dem Sitzungssaal, bis die herbeigerufenen Polizisten eintrafen und seine Personalien aufnahmen. Wie eine Polizeisprecherin später mitteilte, handelte es sich bei

ihm um einen 37 Jahre alten Münchner, der wegen verschiedener Delikte bereits bekannt ist. In der vorigen Woche kam eine Anzeige wegen Beleidigung dazu.

Im Stadtrat ist über den Zwischenfall diskutiert worden, selbst langgediente Mitglieder wie Christian Müller (SPD, Mandat seit 2002) oder Evelyn Menges (CSU, seit 1996) erinnerten sich nicht, so einen Auftritt eines Rathaus-Gastes schon erlebt zu haben. „Das ist so selten, dass man das jetzt nicht als Anlass für Besorgnis nehmen sollte“, sagte Menges.

In Berlin ist die Abteilung Objektschutz der Polizei mit im Roten Rathaus ansässig

Nichtsdestotrotz prüft das zuständige Kommunalreferat, ob am Sicherheitskonzept für das Rathaus nachjustiert werden muss. Bis die eingeschalteten Stellen zu einem Ergebnis kommen, wird erst einmal die Zahl der von einer externen Firma engagierten Sicherheitskräfte während der Sitzungen erhöht, vor allem im Bereich der Besuchertribüne. All das geschieht jedoch so dezent, dass es wohl nur wenige Rathaus-Gäste wahrnehmen werden.

Den Charakter des „offenen Rathauses“ stellt wegen des Vorfalls niemand in Frage, auch nicht die CSU, die einst in Person ihres Stadtrats Michael Kuffer eine Sicherheitsdebatte angefasst hatte. Unter anderem wegen des OEZ-Anschlags von 2016 waren Maßnahmen eingeleitet worden, um die Sicherheit in öffentlichen Gebäude zu gewährleisten, auch im Rathaus. In der Folge hatte die CSU ihr zentrales Büro mit Gegensprechanlage, Videokamera und Türöffner ausstatten lassen – als bislang einzige Fraktion im Stadtrat. „Ich sehe keine Notwendigkeit zu Verschärfungen“, sagt jetzt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Evelyn Menges.

Im Prinzip ist das Rathaus zu den üblichen Geschäftszeiten für jeden zugänglich, ohne Anmeldung, ohne Kontrolle. Das führt bisweilen dazu, dass Bürger im Büro einer Fraktion stehen. „Aber wir kriegen das immer gut moderiert“, sagt Linken-Fraktionschef Stefan Jagel: „Viele wollen nur ihr Herz ausschütten. Wer ein Anliegen hat, den vermitteln wir ans Sozialbürgerhaus.“ Auch Grünen-Fraktionssprecher Dominik Krause berichtet: „Es kommt schon mal vor, dass sich jemand beschwert oder Sorgen äußert.“ Dennoch findet er es „grundsätzlich richtig, dass das Rathaus of-

fen ist“. Das ist nicht überall der Fall. Im Roten Rathaus der Bundeshauptstadt Berlin ist eine Anmeldung nötig und der Bürotrakt generell für die Öffentlichkeit tabu. Der Zugang ins Gebäude wird von Pförtnern geregelt und von einem hauseigenen Ordnungsdienst überwacht. Zu alledem ist auch noch die Abteilung Objektschutz der

In Leipzig soll die Offenheit an die Ereignisse im Herbst 1989 erinnern

Berliner Polizei im Roten Rathaus ansässig. Auch im Hamburger Rathaus gibt es eine Eingangskontrolle, frei zugänglich ist dort nur die Diele – das historische Foyer. Die Gänge zu den Räumen von Bürgerschaft und Senat sind durch Sicherheitstüren verschlossen, und wer eine Plenarsitzung verfolgen möchte, muss sich anmelden und Jacken, Mäntel, Taschen sowie einen Ausweis abgeben.

Kölns Rathaus ist während der Öffnungszeiten grundsätzlich zugänglich, ein Streifendienst achtet jedoch darauf, dass sich Besucherinnen und Besucher nicht zu den Verwaltungsbüros verlaufen. Weil die Ratssitzungen mehrmals gestört wurden

durch Zwischenrufe, Entrollen von Transparenten oder Werfen von Flugblättern, erhalten Interessenten inzwischen erst nach Anmeldung eine Zutrittskarte, auf der auch die Verhaltensregeln stehen.

So zugänglich wie in München ist das Rathaus vielleicht noch in Leipzig – „als Erbe vom Herbst 1989“, wie ein Sprecher der Stadt sagt. Nach der Wende sollte das Gebäude für die neue Offenheit stehen. „Die Leute können überall klopfen“, sagt der Sprecher. Allerdings nicht mehr immer. Als Folge der Pegida-Demos in der aufgeheizten Stimmung von 2015 oder wegen Drohungen im Zusammenhang mit dem Prozess gegen die Linksextremistin Lina E. in diesem Jahr „haben wir das Rathaus teilweise abgeriegelt“, sagt der Sprecher.

Situationen für Zugangsbeschränkungen hält Grünen-Stadtrat Krause nicht prinzipiell für ausgeschlossen: „Aber ich sehe nicht, dass es im Rathaus nötig ist.“ CSU-Stadträtin Menges sieht ebenfalls höchstens eine abstrakte Gefahr. „Die gehört aber zum allgemeinen Lebensrisiko.“ Auch der Linken-Politiker Jagel plädiert weiter für ein offenes Rathaus. „Man muss mit den Menschen im Gespräch bleiben“, sagt er: „Das tut der Demokratie nicht gut, wenn wir uns verstecken.“

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-rathaus-sicherheit-1.6003935>

München

Wie steht es um die Sicherheit im Rathaus?

Bei der Vollversammlung müssen sich Oberbürgermeister Reiter und die Stadträte minutenlang von einem Störer beschimpfen lassen. Trotzdem werden die Sicherheitsmaßnahmen nur dezent verstärkt. Andere Städte gehen da weiter.

Von Joachim Mölter

Wer in diesen Tagen eine Ausschusssitzung des Stadtrats besucht und im Großen Sitzungssaal des Rathauses zugehört hat, über was zum Beispiel im Sozial-, Planungs-, Sport- oder Kommunalausschuss debattiert wurde, wird nichts Ungewöhnliches bemerkt haben. Die Stadträte gingen routiniert ihrer Tagesordnung nach, so als wäre nichts geschehen bei der Vollversammlung am Mittwoch voriger Woche.

Die Sitzung lief schon eine Weile, als ein Zwischenruf von der Zuschauer-Galerie zu hören war - bei dem es nicht blieb. Ein Mann sprang auf und schimpfte aufs Plenum hinunter, vor allem auf Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD), soweit es zu verstehen war im Schwall von Fäkalausdrücken. Es dauerte einige Minuten, ehe der Schreihals von einer Mitarbeiterin des Sicherheitsdienstes zu bewegen war, die Tribüne zu verlassen. Zu Handgreiflichkeiten kam es nicht, weder von ihm, noch von ihr.

Der Mann wartete danach sogar brav vor dem Sitzungssaal, bis die herbeigerufenen Polizisten eintrafen und seine Personalien aufnahmen. Wie eine Polizeisprecherin später mitteilte, handelte es sich bei ihm um einen 37 Jahre alten Münchner, der wegen verschiedener Delikte bereits bekannt ist. In der vorigen Woche kam eine Anzeige wegen Beleidigung dazu.

Im Stadtrat ist über den Zwischenfall diskutiert worden, selbst langgediente Mitglieder wie Christian Müller (SPD, Mandat seit 2002) oder Evelyn Menges

(CSU, seit 1996) erinnerten sich nicht, so einen Auftritt eines Rathaus-Gastes schon erlebt zu haben. "Das ist so selten, dass man das jetzt nicht als Anlass für Besorgnis nehmen sollte", sagte Menges.

Nichtsdestotrotz prüft das zuständige Kommunalreferat, ob am Sicherheitskonzept für das Rathaus nachjustiert werden muss. Bis die eingeschalteten Stellen zu einem Ergebnis kommen, wird erst einmal die Zahl der von einer externen Firma engagierten Sicherheitskräfte während der Sitzungen erhöht, vor allem im Bereich der Besuchertribüne. All das geschieht jedoch so dezent, dass es wohl nur wenige Rathaus-Gäste wahrnehmen werden.

Den Charakter des "offenen Rathauses" stellt wegen des Vorfalls niemand in Frage, auch nicht die CSU, die einst in Person ihres Stadtrats Michael Kuffer eine Sicherheitsdebatte angefangen hatte. Unter anderem wegen des OEZ-Anschlags von 2016 waren Maßnahmen eingeleitet worden, um die Sicherheit in öffentlichen Gebäude zu gewährleisten, auch im Rathaus. In der Folge hatte die CSU ihr zentrales Büro mit Gegensprechanlage, Videokamera und Türöffner ausstatten lassen - als bislang einzige Fraktion im Stadtrat. "Ich sehe keine Notwendigkeit zu Verschärfungen", sagt jetzt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Evelyn Menges.

Im Prinzip ist das Rathaus zu den üblichen Geschäftszeiten für jeden zugänglich, ohne Anmeldung, ohne Kontrolle. Das führt bisweilen dazu, dass Bürger im Büro einer Fraktion stehen. "Aber wir kriegen das immer gut moderiert", sagt Linken-Fraktionschef Stefan Jagel: "Viele wollen nur ihr Herz ausschütten. Wer ein Anliegen hat, den vermitteln wir ans Sozialbürgerhaus." Auch Grünen-Fraktionssprecher Dominik Krause berichtet: "Es kommt schon mal vor, dass sich jemand beschwert oder Sorgen äußert." Dennoch findet er es "grundsätzlich richtig, dass das Rathaus offen ist".

Das ist nicht überall der Fall. Im Roten Rathaus der Bundeshauptstadt Berlin ist eine Anmeldung nötig und der Bürotrakt generell für die Öffentlichkeit tabu. Der Zugang ins Gebäude wird von Pförtnern geregelt und von einem hauseigenen Ordnungsdienst überwacht.

Zu alldem ist auch noch die Abteilung Objektschutz der Berliner Polizei im Roten Rathaus ansässig.

Auch im Hamburger Rathaus gibt es eine Eingangskontrolle, frei zugänglich ist dort nur die Diele - das historische Foyer. Die Gänge zu den Räumen von Bürgerschaft und Senat sind durch Sicherheitstüren verschlossen, und wer eine Plenarsitzung verfolgen möchte, muss sich anmelden und Jacken, Mäntel, Taschen sowie einen Ausweis abgeben. Ansonsten kommt man nur mit Führungen in die repräsentativen Räume.

In Leipzig steht die Offenheit für den Herbst 1989

Kölns Rathaus ist während der Öffnungszeiten grundsätzlich zugänglich, ein Streifendienst achtet jedoch darauf, dass sich Besucherinnen und Besucher nicht zu den Verwaltungsbüros verlaufen. Weil die Ratssitzungen mehrmals gestört wurden durch Zwischenrufe, Entrollen von Transparenten oder Werfen von Flugblättern, erhalten Interessenten inzwischen erst nach Anmeldung eine Zutrittskarte, auf der auch die Verhaltensregeln stehen.

So zugänglich wie in München ist das Rathaus vielleicht noch in Leipzig - "als Erbe vom Herbst 1989", wie ein Sprecher der Stadt sagt. Nach der Wende sollte das Gebäude für die neue Offenheit stehen. "Die Leute können überall klopfen", sagt der Sprecher. Allerdings nicht mehr immer. Als Folge der Pegida-Demos in der aufgeheizten Stimmung von 2015 oder wegen Drohungen im Zusammenhang mit dem Prozess gegen die Linksextremistin Lina E. in diesem Jahr "haben wir das Rathaus tageweise abgeriegelt", sagt der Sprecher.

Situationen für Zugangsbeschränkungen hält Grünen-Stadtrat Krause nicht prinzipiell für ausgeschlossen: "Aber ich sehe nicht, dass es im Rathaus nötig ist." CSU-Stadträtin Menges sieht ebenfalls höchstens eine abstrakte Gefahr. "Die gehört aber zum allgemeinen Lebensrisiko." Auch der Linken-Politiker Jagel plädiert weiter für ein offenes Rathaus. "Man muss mit den Menschen im Gespräch bleiben", sagt er: "Das tut der Demokratie nicht gut, wenn wir uns verstecken."

SZ

<https://www.sueddeutsche.de/kolumne/sz-podcast-auf-den-punkt-transkript-rammstein-das-system-lindemann-1.5960835>

SZ-Podcast "Auf den Punkt"

Transkript - Rammstein: Das System Lindemann

Rammstein tourt gerade durch ausverkaufte Stadien in Europa. Doch junge Frauen erheben schwere Vorwürfe gegen Sänger Till Lindemann. Lesen Sie das Transkript zum Podcast.

Bei diesem Text handelt es sich um die schriftliche Fassung eines Podcasts. Trotz gründlicher Prüfung können Fehler im automatisch erstellten Transkript auftreten. Wir bitten um Verständnis für mögliche Ungenauigkeiten und freuen uns über Ihr Feedback zur kontinuierlichen Verbesserung an podcast@sz.de.

Anmoderation

Gerade tourt Rammstein durch Ausverkaufte Stadien in Europa. Doch nun erheben junge Frauen schwere Vorwürfe gegen Sänger Till Lindemann. Über Vorwürfe von Machtmissbrauch und sexueller Übergriffe gegen die bekannte Band habe ich mit Lena Kamp aus dem SZ-Investigativ-Team gesprochen. Sie hört auf den Punkt, den Nachrichten-Podcast der Süddeutschen Zeitung. Am Mikro ist Lars Langenau, herzlich willkommen.

Rammstein, das ist der deutsche Exportschlager, eine der erfolgreichsten Bands im Ausland. Das Statement, das diese Band Rammstein am 28. Mai verbreitet, ist kurz und knapp:

"Zu denen im Netz kursierenden Vorwürfen zu Vilnius können wir ausschließen, dass sich das, was behauptet wird, in unserem Umfeld zugetragen hat. Uns sind keine behördlichen Ermittlungen dazu bekannt."

Bei den im Netz kursierenden Vorwürfen ging es zunächst um einen angeblichen Vorfall beim Auftaktkonzert der Rammsteintour am 22. Mai in Litauens Hauptstadt Vilnius. Danach hat Shelby L., ein weiblicher Rammstein-Fan aus Irland, bei Instagram und Twitter gepostet, dass sie für eine Backstage-Party ausgewählt worden sei. Der 24-Jährigen zufolge soll sie während einer Konzertpause hinter die Bühne geführt worden sein. Laut ihrer Aussage sollte es dort zu Sex mit Sänger Till Lindemann kommen. Auf ihre Weigerung habe der 60-Jährige aggressiv reagiert. Nachdem Alkohol ausgeschenkt worden sei, habe sie Erinnerungslücken. Am Morgen danach sei sie übersät mit Blutergüssen aufgewacht. Womöglich seien ihr K.o.-Tropfen in den Drink gemischt worden. Und Shelby L. hat behauptet, dass es neben ihr noch weitere Opfer gibt. Sie haben in der Videoschleife mit der litauischen Polizei gesprochen. Bis Freitagnachmittag waren noch keine polizeilichen Ermittlungen bekannt, die das eine oder andere bestätigen können.

Wurden junge Frauen extra für Sex mit Lindemann gecastet? Nach Shelby L.'s Post haben sich immer mehr junge Frauen in sozialen Medien mit ähnlichen Vorwürfen gemeldet. Darüber habe ich mit meiner Kollegin Lena Kamp in den letzten Wochen recherchiert.

Interview

Lars Langenau:Lena, die aktuellen Vorwürfe gegen Till Lindemann kursieren seit einer Woche im Fernnetz. Es gab seither Unverständnis, dass Medien wie die SZ noch nicht darüber berichtet haben. Jetzt ist ein langer Text draußen. Wieso hat das so lange gedauert?

Lena Kamp:Ich kann verstehen, dass es, wenn solche Vorwürfe im Netz auftauchen, unter Fans einen großen Bedarf gibt, das aufzuklären. Und zwar so schnell wie möglich. Ich hatte das Gefühl, dass wir verhältnismäßig schnell waren mit der Berichterstattung. Denn solche Fälle sind extrem komplex. Das ist nicht innerhalb von ein paar Stunden zu machen. Im Gegenteil, wir haben für diese Recherche mit mehr als ein Dutzend Frauen gesprochen, die auf solchen Partys waren, die bestimmte Erlebnisse hatten. Wir verlassen uns nicht auf einzelne Aussagen. Wir prüfen diese Aussagen auf Herz und Nieren. Wir versuchen, die zu plausibilisieren. Wir sprechen mit anderen Zeuginnen und Zeugen. Wir schauen uns Kommunikation an, die die vielleicht noch haben. Wir prüfen kritisch nach, was uns erzählt und berichtet wird. Das braucht seine Zeit. Dafür, dass diese Vorwürfe seit einer Woche kursieren, war das schon sportlich.

Lars Langenau:Bis gestern Nacht habt ihr noch gearbeitet. Was habt ihr herausgefunden? Sind die Vorwürfe gegen Till Lindemann mehr als ein Gerede im Netz?

Lena Kamp:Wir waren überrascht von den Rückmeldungen, die wir erhalten hatten. Wir haben deutlich gemacht, dass wir an einer Aufklärung interessiert sind. Dass sich Personen melden können, die Erfahrungen in dieser sogenannten Row Zero gemacht haben. Da haben sich sehr viele Menschen gemeldet. Wir können schon sagen, dass wir aus aller Welt Rückmeldungen dazu haben. Und sich eine Art Muster herausbildet. Dass für die Row Zero, das ist die Reihe vor der ersten Reihe, auf Konzerten, etwas so leicht neben der Bühne, gezielt Frauen rekrutiert werden. Am Rande, vor und während Konzerten von Rammstein und von Till Lindemann Solo-Projekt. Die dann dem Liedsänger Till Lindemann für private Partys zugeführt werden. Diese Art Casting gibt es. Das halten wir für sehr gut belegt. Dass es auch darum geht, dass das eine sexuelle Konnotation hat. Es wurde auch explizit diesen Frauen gesagt, dass sie bereit sein sollen zu Sex mit Till Lindemann.

Lars Langenau:Dann habt ihr weiter recherchiert und habt nach weiteren Frauen gesucht, die das erlebt haben?

Lena Kamp:Wir haben mit mehr als ein Dutzend Frauen gesprochen, die auf solchen Partys waren oder rekrutiert werden sollten. Wir haben unterschiedliche

Berichte bekommen. Aber eine große Zahl berichtet darüber, dass sie gefragt wurden, ob sie bereit sind, mit Till Lindemann Sex zu haben. Oder dass ihnen klar war, dass es auch darum geht, dass es eine sexuelle Konnotation hat. Ich habe mit einer Frau gesprochen, die sagt, Till Lindemann hatte sie sehr angeflirtet beim Tanzen. Als er ihr beim Tanzen näher kam, hätte sie deutlich gemacht, dass sie nicht angefasst werden will, dass sie nicht intimer werden will mit ihm. Und dass er das auch akzeptiert hätte. Und sich dann auch Entschuldigt hätte. Und die das Gefühl hatt, er hat das vielleicht falsch verstanden. Es war dann auch in Ordnung. Die Berichte reichen von solchen Schilderungen bis hin zu Schilderungen, dass Frauen sagen, ihnen sei schon klar gewesen, worum es geht. Aber sie hätten erwartet, dass sie noch Nein sagen können. Oder dass sie noch in der Lage wären, darüber zu entscheiden, was passiert.

Lars Langenau:Welches System oder sogar Machtssystem steckt euren Erkenntnissen dahinter?

Lena Kamp:Es ist ein System, das Frauen gezielt Lindemann zuführt. Denen teilweise klargemacht wird, dass es darum geht, Sex mit Lindemann zu haben. Und dass es darum geht, auf Pre- und Afterpartys zu feiern. Und dass diese Frauen ihm durch zwei Helfer, eine Helferin und ein Helfer, systematisch zugeführt werden auf diese Art.

Lars Langenau:Aber es geht nur um Till Lindemann und nicht um Rammstein als Band?

Lena Kamp:Nach unserem Eindruck ist es so, dass der ein ziemliches Eigenleben führt in dieser Band. Nach unserem Eindruck feiert er nicht mit den anderen Bandmitgliedern zusammen. Es gibt bei den Rammstein-Konzerten, so wurde es uns vielfältig geschildert, auch eine Afterparty, wo die anderen Bandmitglieder sind. Und auf diesen offiziellen Afterpartys fließt natürlich auch Alkohol, natürlich wird da auch gefeiert. Aber da berichten uns Frauen, dass das sehr freundlich ist und sie sehr gute Erfahrungen gemacht haben. Das Eskalationspotenzial ist uns nur von diesen privaten Aftershow oder Pre-Partys erzählt worden, die Till Lindemann quasi organisiert.

Lars Langenau:Kürzlich hat seine Ex-Freundin Sophia Thomalla ihn noch in Schutz genommen. Da sei nichts dran, die Frauen suchen nur kurzen Fame. Ist da was dran oder ist das Statement durch eure Recherchen überholt?

Lena Kamp:Frau Thomalla mag andere Erfahrungen gemacht haben mit Herrn Lindemann. Die will ich ihr auch gar nicht absprechen. Es gibt viele Frauen, die von gute Erfahrungen mit ihm berichten. Aber es gibt Fälle, in denen das abgeglitten ist, in eine Grenzverletzung. Das System, das wir dahinter erkennen können, ist eigentlich so, dass wir das Gefühl haben, es ist darauf angelegt, in diesen Grenzbereich zu rutschen.

Lars Langenau:Sex, Drugs und Rock'n'Roll - in dieser Branche dürften wenig Waisenknaben unterwegs sein. Ist das

Artikel:

denn üblich oder nicht?

Lena Kamp:Also dass es Backstage Partys gibt, dass das Alkohol fließt, dass da vielleicht auch Drogen genommen werden, das gehört vielleicht auch ein bisschen zu dem Business dazu. Kontakte zwischen Fans und Stars müssen organisiert werden und sollen ermöglicht werden, wenn das alle wollen. Das ist klar. Aber dass es gezielt darum geht, nur junge Frauen einer bestimmten Altersgruppe, möglichst unter 30, nach optischen Kriterien einem Sänger zuzuführen, idealerweise, damit sie dann auch Sex mit ihm haben, das ist schon ein Spezialfall.

Lars Langenau:Aber um es noch mal zu verstehen, die jungen Frauen haben das freiwillig gemacht?

Lena Kamp:Die Frauen wollen auf diese Afterpartys gehen, die wollen ihrem Star nahe kommen. Die finden es spannend, mit Till Lindemann Kontakt zu haben, mit ihm zu sprechen. Die gehen da freiwillig hin. Wir haben mit genug Leuten geredet, die das nicht wollen. Eine, die beim Konzert angesprochen wurde von Joelle. Dann hat sie gefragt, ob sie ihren Freund mitnehmen kann. Dann hat Joelle gesagt: Nee, da sind keine Männer erwünscht. Also es wurde klar, Männer sollen nicht mitkommen. Dann hat sie gesagt: Nee, dann gehe ich da nicht hin. Natürlich kann man das auch ablehnen. Die, die da hingegangen sind, sind da freiwillig hingegangen. Aber es gibt eine absolute Macht-Asymmetrie zwischen dem Weltstar Till Lindemann und den Frauen, die ihn anhimmeln. Diese Position lädt dazu ein, das auch auszunutzen. Es gibt genug Frauen, die Bock haben, mit ihm ins Bett zu gehen. Diese Fälle halten wir nicht für berichtenswert. Das ist Privatsache von beiden Seiten. Aber es wird problematisch, wenn es ein System gibt, das bewusst diese Frauen in den Grenzbereich zieht. Wo dann auch Übergriffe möglich sind und die Frauen nicht mehr die Chance haben, sich dagegen zu wehren.

Lars Langenau:Lena, herzlichen Dank für deine Einblicke in diese Recherche.

Lena Kamp:Gerne.

Lena Kampf und ihre Kollegen haben versucht, Kontakt mit Lindemann und der Band aufzunehmen. Doch niemand wollte Stellung nehmen. Auf einen ausführlichen Fragebogen folgte ein Brief von Lindemanns Anwalt, in dem er auf die Kriterien der Verdachtsberichterstattung hingewiesen hat.

Nachrichten:

Die USA werden durch den Schuldenstreit doch nicht zahlungsunfähig. Nach dem Repräsentantenhaus hat der Senat in Washington einen neuen Abgeordnetenbeirat bewilligt. Der setzt die Staatliche Schuldenobergrenze in den USA vorerst aus. Ansonsten wäre der Regierung in wenigen Tagen das Geld ausgegangen. Über das jetzige Abkommen haben Demokraten und Republikaner monatelang gerungen. Viele Abgeordnete haben auch noch immer Bedenken.

AfD laut Umfrage zweitstärkste Kraft
Eine aktuelle Umfrage sieht die AfD als zweitstärkste Kraft in Deutschland.

Gleichauf mit der SPD. Im Moment kommt die AfD auf 18 %. Fast jeder Fünfte würde demnach die AfD wählen, wäre am Sonntag Bundestagswahl. Auffällig ist, wie die Mehrheit der Befragten ihre Entscheidung begründet. Und zwar damit, dass sie von den übrigen Parteien enttäuscht sind. Nur ein Drittel der AfD-Anhänger gab an, die Partei aus Überzeugung wählen zu wollen.

Urteil gegen Lina E.

Mittwoch wurde die Studentin Lina E. wegen Gewalttaten gegen Rechtsextreme als Reaktion in vielen Städten für die Samstagdemonstration angekündigt. In Leipzig rechnet die Polizei mit mehreren Tausend Teilnehmenden und befürchtet auch die Anreise gewaltbreiter Linke. Deshalb hat die Stadt die Demo verboten. Aktivisten haben auf das Verbot mit einem Eilantrag beim Verwaltungsgericht in Leipzig reagiert. Noch am Freitag will das Gericht entscheiden, ob die Demo stattfinden darf.

Abmoderation:

An diesem Samstag steigt das DFB-Pokalfinal. RB Leipzig gegen Eintracht Frankfurt. Alle aktuellen Meldungen dazu finden Sie unter SZ.de/Sport. Wenn Sie bis zum Start des Finales noch Zeit haben, empfehle ich Ihnen ein spannendes Interview. In der SZ am Wochenende spricht Uli Hoeneß mit meinen Kollegen über die 11. Bayern-Meisterschaft. Und über den Rauswurf von Oliver Kahn und Hasan Salihamidzic. Redaktionsschluss für Auf dem Punktwar 16 Uhr. Produzierte die Sendung Annika Binger. Vielen Dank fürs Lauschen. Bleiben Sie uns gewogen.

SZ

Verfassungsschutz Es ist ein Zufall, doch der hat einige Symbolkraft: Gleichzeitig zu den deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen stellt Verfassungsschutz-Präsident Thomas Haldenwang den Jahresbericht seiner Behörde vor. Eines der beiden zentralen Themen ist die Warnung vor der Einflussnahme Chinas und Russlands in Deutschland. Daneben ganz oben auf der Agenda: der neue Höchststand extremistischer Straftaten



„Zeitenwende“ auch für die Innere Sicherheit? Verfassungsschutz-Präsident Thomas Haldenwang und Bundesinnenministerin Nancy Faeser bei der Präsentation des Verfassungsschutzberichts. CHRISTOPH SÖDER/DPA

Das Unbehagen wächst

Desinformationskampagnen und Cyberangriffe von außen, zunehmende Gewalt im Inneren: Ungewöhnlich deutlich schlägt der Verfassungsschutz Alarm. Der Inlandsgeheimdienst sieht die demokratische Ordnung der Republik ernsthaft unter Druck

Von Markus Balser
und Christoph Koopmann

Die Wortwahl ist schon bemerkenswert. „Spionage, Cyberangriffe, Desinformation sowie unzulässige ausländische Einflussnahme“ und selbst „Staatsterrorismus“, so heißt es warnend im neuen Jahresbericht des Verfassungsschutzes, entwickelten sich zur „ernsthaften Bedrohung für Deutschland“. Der Präsident der Behörde, Thomas Haldenwang, und seine Dienstherrin, Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), machten am Dienstag bei der Bundespressekonferenz in Berlin klar, wie sehr sie sich um Angriffe auf die deutsche Demokratie sorgen – von außen und von innen. Faeser sprach gar von einer „Zeitenwende“ für die Innere Sicherheit.

Zum einen gingen internationale Geheimdienste immer skrupelloser vor. Der gesellschaftliche Zusammenhalt und außenpolitische Verhandlungspositionen könnten so geschwächt, die freie Meinungsbildung gestört und die nationale Souveränität beeinträchtigt werden. Zum anderen würden auch im Inneren die Bedrohungen wachsen: Allein die Zahl der rechtsextremistischen Personen stieg im Vergleich zum Vorjahr um fast 15 Prozent auf 38.800. Die Täter wurden nicht nur zahlreicher, sondern auch gewaltbereiter.

Wer aus Sicht des Inlandsgeheimdienstes zu den Ländern zählt, die sich in Deutschland mit aller Macht Einfluss verschaffen wollen, machte der Verfassungsschutz-Chef ungewohnt deutlich klar:

Hauptakteure seien mit „unterschiedlichen Schwerpunkten“ Russland, China, Iran und die Türkei, warnte Haldenwang. Besonders Russland hat großes Interesse an Informationen aus Deutschland, etwa wegen der zentralen Rolle in EU, Nato und anderen internationalen Organisationen. Weil der Westen allein 2022 mehr als 400 Angehörige russischer diplomatischer Vertretungen ausgewiesen habe, darunter 40 aus Deutschland, seien die Handlungsmöglichkeiten Moskaus eingeschränkt. Inzwischen mussten noch mehr russische Vertreter gehen, der Bericht bezieht sich allerdings nur auf das vergangene Jahr. Künftig sei mit „klandestinen und aggressiven“ Spionageoperationen Russlands und Aktivitäten im Cyberraum zu rechnen. Ziel der Aktivitäten seien Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik sowie Militär. Angriffsoperationen könnten auch Sabotage und Einflussnahme zum Ziel haben.

Von 28 500 AfD-Mitgliedern gelten 10 000 als rechtsextrem

Politische Sprengkraft hat eine weitere Warnung. Denn auch China kommt in dem 380-Seiten-Bericht schlecht weg. Während Ministerpräsident Li Qiang am Dienstag im Bundeskanzleramt bei Regierungskonsultationen für eine engere Kooperation in der Wirtschaft und beim Klimaschutz warb, meldete Haldenwang einige hundert Meter davon entfernt zeitgleich

Zweifel an, ob die Volksrepublik wirklich ein kooperativer Partner sein kann. Chinas Geheimdienste seien mit umfangreichen Befugnissen ausgestattet und spielten eine wesentliche Rolle beim Ziel des Landes, bis 2049 zur Weltmacht mindestens auf Augenhöhe mit den USA zu werden. Für die Ambitionen in der Industriepolitik nutze das Land Spionage in Wirtschaft und Wissenschaft. Informationen zur Bundeswehr seien ebenso Ziel der Dienste wie die Beschaffung moderner Waffentechnik aus der deutschen Industrie. Zudem bekämpften chinesische Behörden weltweit oppositionelle Gruppen als „Fünf Gifte“.

Akute Gefahren gehen laut Verfassungsschutz von iranischen Diensten aus, die vor „Staatsterrorismus“ nicht zurückschrecken. Dabei gehe es um die Einschüchterung und die „Neutralisierung“ Oppositioneller, aber auch die Bestrafung von „Verrätern“ oder „Überläufern“, speziell seit Ausbruch der Proteste von Regimegegnern vergangenen Herbst. Ausspähungsaktivitäten dienten auch der Entführung oder sogar Tötung von Zielpersonen. Seit 2019 seien immer wieder Oppositionelle Opfer aufwendiger und komplexer Entführungen geworden. Auch in Deutschland lebende Personen könnten Ziel sein.

cher Operationen werden. So war vor zweieinhalb Jahren der Deutsch-Iraner Jamshid Sharmahd in Dubai vom iranischen Geheimdienst entführt worden. Er wurde wegen angeblichen Terrorverdachts zum Tode verurteilt und sitzt in Isolationshaft.

Eines der wichtigsten deutschen Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes hat durchaus auch bemerkenswerte internationale Kontakte: die AfD. Sie ist immer wieder mit einer besonderen Rücksichtnahme auf Putin aufgefallen. Ihr Co-Chef Tino Chrupalla feierte erst vor Kurzem das Ende des Zweiten Weltkriegs in der russischen Botschaft. Der Verfassungsschutz führt die Partei aber eher aus Gründen der sonstigen Gesinnung als „Verdachtsfall Rechtsextremismus“, wobei er einschränkt, dass nicht alle 28 500 AfD-Mitglieder auch extremistisch seien – dies trifft aber immerhin auf etwa 10 000 Mitglieder zu. Im vergangenen Jahr hat sich die Partei dem Verfassungsschutz zufolge weiter radikalisiert: Die Gemäßigten hätten an Macht verloren, die Radikalen unter der Führungsfigur Björn Höcke ihren Einfluss dagegen ausgebaut. Diese verbreiteten Hass und Hetze, sagt Verfassungsschutzchef Haldenwang, dazu auch antisemitische Parolen und russische Narrative.

Haldenwang hatte in letzter Zeit gleich mehrmals öffentlich gewarnt, der Kurs der AfD gehe weiter nach rechts. Ende April hat sein Amt die Nachwuchsorganisation Junge Alternative (JA) sowie die AfD-nahen Organisationen „Institut für Staatspolitik“ und „Ein Prozent“ als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Die Einstu-

fung der JA nahm der Verfassungsschutz zwar zwischenzeitlich zurück, bis Gerichte über ein Eilverfahren entschieden haben. Aber das Signal an die rechte Partei ist klar: Wir warnen euch.

Auch beim wohl aufsehenerregendsten Ereignis des Jahres 2022 im Zuständigkeitsbereich des Verfassungsschutzes hat die AfD eine Rolle gespielt, in Person der mitbeschuldigten früheren Bundestagsabgeordneten Birgit Malsack-Winkemann: bei der Razzia gegen das mutmaßliche Verschwörer-Netzwerk um Heinrich XIII. Prinz Reuß, das den gewaltsamen Umsturz in Deutschland geplant haben soll. Zwei Dutzend mutmaßliche Mitverschwörer sitzen in Untersuchungshaft, auch Malsack-Winkemann, gegen mehr als 60 wird ermittelt.

Die „Reichsbürger“ hatten im vergangenen Jahr viel mehr Zulauf

Von einer „Reichsbürger“-Vereinigung zu sprechen, greift aus Sicht der Verfassungsschützer aber zu kurz. Die Gruppe sei „ideologisch und personell äußerst heterogen“. „Reichsbürger“, QAnon-Verschwörungsgläubige, Rechtsextremisten und Esoteriker zählen dazu. Diese Vermischung sei grundsätzlich auch in „Reichsbürger“-Kreisen zu beobachten. Auf die Truppe um Reuß waren die Fahnder überhaupt erst aufmerksam geworden durch Ermittlungen gegen eine andere mutmaßliche Terrorgruppe – eine Handvoll „Reichsbürger“ und Verschwörungsideologen, die mutmaßlich bürgerkriegsähnliche Zustände im Land auslösen und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach entführen wollten. Im vergangenen Jahr kam es noch zu mehreren weiteren beinahe tödlichen Vorfällen mit „Reichsbürgern“. So eskalierte im April in Baden-Württemberg ein Polizeieinsatz, als ein mutmaßlicher „Reichsbürger“, dem ein SEK eine illegale Waffe abnehmen wollte, auf die Beamten schoss und einen verletzte.

23 000 Menschen zählt der Verfassungsschutz inzwischen als „Reichsbürger“, 2000 mehr als noch im Jahr zuvor. Die meisten sind Einzelgänger, die nicht in einer Organisation versammelt sind. Besonders alarmierend: Jeder Zehnte ist demnach „gewaltorientiert“. Überschneidungen gibt es weltanschaulich auch mit dem Spektrum der „Delegitimierung des Staates“, einer Kategorie, die der Verfassungsschutz im Rahmen der Corona-Proteste etwa für „Querdenker“ eingeführt hat. Immerhin in diesem Bereich gibt es offenbar etwas Beruhigung – die Pandemie ist schließlich ausgetrudelt und mit ihr der Protest gegen die Schutzmaßnahmen.

Wie bedrohlich wiederum die linksradikale Szene werden kann, hat neulich erst das Ende des Prozesses gegen die Studentin Lina E. gezeigt – am Wochenende nach dem Urteilsspruch kam es in Leipzig und anderen Städten zu teils heftigen Ausschreitungen, vor denen Sicherheitsbehörden wochenlang gewarnt hatten. Die Zahl der linksextremistischen Gewalttaten ging zwar vergangenes Jahr um 37 Prozent zurück, die Gewalt sei aber „hemmungslos“ und „uferlos“ geworden, sagte Haldenwang. Und die aktuellen Ereignisse zählen da noch nicht mit.

Eine andere Gefahr betont der Verfassungsschutz, obwohl – oder vielleicht gerade weil – sie eher aus dem öffentlichen Blick geraten ist: Der Islamismus sei nach wie vor eine reale Gefahr. Die Bedrohung gehe dabei weiterhin vor allem von Einzeltätern mit einfach zu beschaffenden „Tatmitteln“ aus. Haldenwang nannte am Dienstag auch den „Islamischen Staat“ und dessen Gruppe in der afghanischen Provinz Khorasan, die sehr aktiv sei und der auch Anschläge in Europa zuzutrauen seien. „Diesen Namen sollten Sie sich merken“, sagte Haldenwang.



<https://www.sueddeutsche.de/politik/verfassungsschutz-bericht-russland-china-spionage-afd-reichsbuerger-1.5949880>

Spionage und Staatsterrorismus

Verfassungsschutz warnt vor "ernsthafter Bedrohung für Deutschland"

Der Inlandsgeheimdienst ist wegen massiver Einflussversuche von Russland, China und Iran alarmiert. Gefahren aus dem Inneren kommen vor allem von Rechten und "Reichsbürgern" - wie der Truppe um Heinrich Prinz Reuß.

Von Markus Balser und Christoph Koopmann

Die Wortwahl ist schon bemerkenswert. "Spionage, Cyberangriffe, Desinformation sowie unzulässige ausländische Einflussnahme" und selbst "Staatsterrorismus", so heißt es warnend im neuen Jahresbericht des Verfassungsschutzes, entwickelten sich zur "ernsthaften Bedrohung für Deutschland". Der Präsident der Behörde, Thomas Haldenwang, und seine Dienstherrin, Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), machten am Dienstag bei der Bundespressekonferenz in Berlin klar, wie sehr sie sich um Angriffe auf die deutsche Demokratie sorgen - von außen und von innen. Faeser sprach gar von einer "Zeitenwende" für die Innere Sicherheit.

Zum einen gingen internationale Geheimdienste immer skrupelloser vor. Der gesellschaftliche Zusammenhalt und außenpolitische Verhandlungspositionen könnten so geschwächt, die freie Meinungsbildung gestört und die nationale Souveränität beeinträchtigt werden. Zum anderen würden auch im Inneren die Bedrohungen wachsen: Allein die Zahl der rechtsextremistischen Personen stieg im Vergleich zum Vorjahr um fast 15 Prozent auf 38 800. Die Täter würden nicht nur zahlreicher, sondern auch gewaltbereiter.

Wer aus Sicht des Inlandsgeheimdienstes zu den Ländern zählt, die sich in Deutschland mit aller Macht Einfluss verschaffen wollen, machte der Verfassungsschutz-Chef ungewohnt deutlich klar. Hauptakteure seien mit "unterschiedlichen Schwerpunkten" Russland, China, Iran und die Türkei, warnte Haldenwang.

Mehr als 400 russische Diplomaten hat der Westen 2022 ausgewiesen

Besonders Russland hat großes Interesse an Informationen aus Deutschland, etwa wegen der zentralen Rolle in EU, Nato und anderen internationalen Organisationen. Weil der Westen allein 2022 mehr als 400 Angehörige russischer diplomatischer Vertretungen ausgewiesen habe, darunter 40 aus Deutschland, seien die Handlungsmöglichkeiten Moskaus eingeschränkt. Inzwischen mussten noch mehr russische Vertreter gehen, der Bericht bezieht sich allerdings nur auf das vergangene Jahr. Künftig sei mit

"klandestineren und aggressiveren" Spionageoperationen Russlands und Aktivitäten im Cyberraum zu rechnen. Ziel der Aktivitäten seien Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik sowie Militär. Angriffsoperationen könnten auch Sabotage und Einflussnahme zum Ziel haben.

Politische Sprengkraft hat eine weitere Warnung. Denn auch China kommt in dem 380-Seiten-Bericht schlecht weg. Während Ministerpräsident Li Qiang am Dienstag im Bundeskanzleramt bei Regierungskonsultationen für eine engere Kooperation in der Wirtschaft und beim Klimaschutz warb, meldete Haldenwang einige hundert Meter davon entfernt zeitgleich Zweifel an, ob die Volksrepublik wirklich ein kooperativer Partner sein kann. Chinas Geheimdienste seien mit umfangreichen Befugnissen ausgestattet und spielten eine wesentliche Rolle beim Ziel des Landes, bis 2049 zur Weltmacht mindestens auf Augenhöhe mit den USA zu werden. Für die Ambitionen in der Industriepolitik nutze das Land Spionage in Wirtschaft und Wissenschaft. Informationen zur Bundeswehr seien ebenso Ziel der Dienste wie die Beschaffung moderner Waffentechnik aus der deutschen Industrie. Zudem bekämpften chinesische Behörden weltweit oppositionelle Gruppen als "Fünf Gifte".

Akute Gefahren gehen laut Verfassungsschutz von iranischen Diensten aus, die vor "Staatsterrorismus" nicht zurückschrecken. Dabei gehe es um die Einschüchterung und die "Neutralisierung" Oppositioneller, aber auch die Bestrafung von "Verrätern" oder "Überläufern", speziell seit Ausbruch der Proteste von Regimegegnern vergangenen Herbst. Ausspähungsaktivitäten dienten auch der Entführung oder sogar Tötung von Zielpersonen. Seit 2019 seien immer wieder Oppositionelle Opfer aufwendiger und komplexer Entführungen geworden. Auch in Deutschland lebende Personen könnten Ziel solcher Operationen werden. So war vor zweieinhalb Jahren der Deutsch-Iraner Jamshid Sharmahd in Dubai vom iranischen Geheimdienst entführt worden. Er wurde wegen angeblichen Terrorverdachts zum Tode verurteilt und sitzt in Isolationshaft.

Von 28 500 AfD-Mitgliedern gelten 10 000 als rechtsextrem

Eines der wichtigsten deutschen Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes hat durchaus auch bemerkenswerte internationale Kontakte: die AfD. Sie ist immer wieder mit einer besonderen Rücksichtnahme auf Putin aufgefallen. Ihr Co-Chef Tino Chrupalla feierte erst vor Kurzem das Ende des Zweiten Weltkriegs in der russischen Botschaft. Der Verfassungsschutz führt die Partei aber eher aus Gründen der sonstigen Gesinnung als "Verdachtsfall Rechtsextremismus", wobei er einschränkt, dass nicht alle 28 500 AfD-Mitglieder auch extremistisch seien - dies treffe aber immerhin auf etwa 10 000 Mitglieder zu. Im vergangenen Jahr hat sich die Partei dem Verfassungsschutz zufolge weiter radikalisiert: Die Gemäßigten hätten an Macht verloren, die Radikalen unter der Führungsfigur Björn Höcke ihren Einfluss

dagegen ausgebaut. Diese verbreiteten Hass und Hetze, sagt Verfassungsschutzchef Haldenwang, dazu auch antisemitische Parolen und russische Narrative.

Haldenwang hatte in letzter Zeit gleich mehrmals öffentlich gewarnt, der Kurs der AfD gehe weiter nach rechts. Ende April hat sein Amt die Nachwuchsorganisation Junge Alternative (JA) sowie die AfD-nahen Organisationen "Institut für Staatspolitik" und "Ein Prozent" als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Die Einstufung der JA nahm der Verfassungsschutz zwar zwischenzeitlich zurück, bis Gerichte über ein Eilverfahren entschieden haben. Aber das Signal an die rechte Partei ist klar: Wir warnen euch.

Auch beim wohl aufsehenerregendsten Ereignis des Jahres 2022 im Zuständigkeitsbereich des Verfassungsschutzes hat die AfD eine Rolle gespielt, in Person der mitbeschuldigten früheren Bundestagsabgeordneten Birgit Malsack-Winkemann: bei der Razzia gegen das mutmaßliche Verschwörer-Netzwerk um Heinrich XIII. Prinz Reuß, das den gewaltsamen Umsturz in Deutschland geplant haben soll. Zwei Dutzend mutmaßliche Mitverschwörer sitzen in Untersuchungshaft, auch Malsack-Winkemann, gegen mehr als 60 wird ermittelt.

Von einer "Reichsbürger"-Vereinigung zu sprechen, greift aus Sicht der Verfassungsschützer aber zu kurz. Die Gruppe sei "ideologisch und personell äußerst heterogen": "Reichsbürger", QAnon-Verschwörungsgläubige, Rechtsextremisten und Esoteriker zählten dazu. Diese Vermischung sei grundsätzlich auch in "Reichsbürger"-Kreisen zu beobachten. Auf die Truppe um Reuß waren die Fahnder überhaupt erst aufmerksam geworden durch Ermittlungen gegen eine andere mutmaßliche Terrorgruppe - eine Handvoll "Reichsbürger" und Verschwörungsideologen, die mutmaßlich bürgerkriegsähnliche Zustände im Land auslösen und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach entführen wollten. Im vergangenen Jahr kam es noch zu mehreren weiteren beinahe tödlichen Vorfällen mit "Reichsbürgern". So eskalierte im April in Baden-Württemberg ein Polizeieinsatz, als ein mutmaßlicher "Reichsbürger", dem ein SEK eine illegale Waffe abnehmen wollte, auf die Beamten schoss und einen verletzte.

Die "Reichsbürger" hatten im vergangenen Jahr deutlich Zulauf

23 000 Menschen zählt der Verfassungsschutz inzwischen als "Reichsbürger", 2000 mehr als noch im Jahr zuvor. Die meisten sind Einzelgänger, die nicht in einer Organisation versammelt sind. Besonders alarmierend: Jeder Zehnte ist demnach "gewaltorientiert". Überschneidungen gibt es weltanschaulich auch mit dem Spektrum der "Delegitimierung des Staates", einer Kategorie, die der Verfassungsschutz im Rahmen der Corona-Proteste etwa für "Querdenker" eingeführt hat. Immerhin in diesem Bereich gibt es offenbar etwas Beruhigung - die Pandemie ist schließlich ausgetrudelt und mit ihr der Protest gegen die Schutzmaßnahmen.

Wie bedrohlich wiederum die linksradikale

Artikel:

Szene werden kann, hat neulich erst das Ende des Prozesses gegen die Studentin Lina E. gezeigt - am Wochenende nach dem Urteilsspruch kam es in Leipzig und anderen Städten zu teils heftigen Ausschreitungen, vor denen Sicherheitsbehörden wochenlang gewarnt hatten. Die Zahl der linksextremistischen Gewalttaten ging zwar vergangenes Jahr um 37 Prozent zurück, die Gewalt sei aber "hemmungslos" und "uferlos" geworden, sagte Haldenwang. Und die aktuellen Ereignisse zählen da noch nicht mit.

Eine andere Gefahr betont der Verfassungsschutz, obwohl - oder gerade weil - sie eher aus dem öffentlichen Blick geraten ist: Der Islamismus sei nach wie vor eine reale Gefahr. Die Bedrohung gehe dabei weiterhin vor allem von Einzeltätern mit einfach zu beschaffenden "Tatmitteln" aus. Haldenwang nannte am Dienstag auch den "Islamischen Staat" und dessen Gruppe in der afghanischen Provinz Khorasan, die sehr aktiv sei und der auch Anschläge in Europa zuzutrauen seien. "Diesen Namen sollten Sie sich merken", sagte Haldenwang.

SZ



2500 Beamte aus fast allen Bundesländern waren am Samstag in Leipzig im Einsatz – später spricht die Polizei von „massiven Ausschreitungen“. FOTO: HENDRIK SCHMIDT/DPA

Pyro, Steine, Scherben

Nach dem Urteil gegen Lina E. hatten Linksautonome für eine Großdemo in Leipzig mobilisiert. Die blieb verboten – aber es flogen dennoch Pflastersteine

Von Iris Mayer

Leipzig – Am „Tag X“ steht Jule Nagel im Leipziger Süden und schaut über den Alexis-Schumann-Platz. „Sieht friedlich aus“, sagt die Linke-Abgeordnete am Samstagmittag mit Blick auf 1500 Menschen, die sich unter dem Motto „Die Versammlungsfreiheit gilt auch in Leipzig“ eingefunden haben. Die sieht Nagel auf skandalöse Weise eingeschränkt. Denn die Stadt hat die eigentlich geplante Großdemo schon am Donnerstag verboten, zu massiv sei die Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Bundesweit hatten Linke und Linksextreme den Samstag zum „Tag X“ erklärt, als Reaktion auf das Urteil gegen Lina E. und drei Mitangeklagte für eine Serie von Überfällen auf echte und vermeintliche Neonazis. Es gab Aufrufe, für jedes Jahr verhängte Haft eine Million Sachschaden zu verursachen. Nagel gehörte zu denen, die für eine Demonstration warben, die Ver-

anstalter aber baten „dass sie Leipzig und Connewitz nicht zerkloppen“. Schon seit Freitagabend gab es deshalb massives Polizeiaufgebot, Kontrollen an den Zufahrtsstraßen, am Bahnhof und im Süden der Stadt. Das ganze Wochenende kreisten Polizeihubschrauber am Himmel. Gekloppt wurde trotzdem, bereits in der Nacht vor dem „Tag X“ brannten Barrikaden im links-autonomen Viertel Connewitz, es gab Ausschreitungen und Verletzte. Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) fasste die Polizeistrategie am Samstagmittag so zusammen: „Wir haben die Hand ausgestreckt. Aber wer reinschlägt, kriegt die Antwort.“

Am Samstag sind 2500 Beamte aus fast allen Bundesländern im Einsatz, zehn Wasserwerfer, Räumpanzer. Denn in Leipzig wollen nicht nur Linke demonstrieren, sondern es ist auch Stadtfest, Sachsenpokalfinale im Fußball und Grönemeyer-Konzert. Bis hin zum Bundesverfassungsgericht hat-

ten sich die Anmelder der „Tag X“-Demo am Samstag durchgeklagt – ohne Erfolg. „Wir sind die einzigen, die hier demonstrieren dürfen“, ruft der grüne Stadtrat Jürgen Kasek, der die Versammlung gegen das Verbot der Großdemo leitet.

Erst einmal aber braucht er mehr Order, denn angemeldet hat er 100 Teilnehmer, gekommen sind 15-mal so viele. Weil sich ungefähr 500 nicht ans Versammlungsverbot halten, lässt die Polizei keinen Demonstrationszug zu, die Menge muss auf dem Platz bleiben. Und wer möchte, erkennt darin eine Eskalationsstrategie der Polizei. Das möchten am Samstag einige. Auf ihren Transparenten steht „Die Rechten zu Boden“ oder „If I had a hammer“, eine wenig subtile Anspielung auf die Gruppe um Lina E., vom Boulevard die Hammer-Bande getauft, weil sie bei ihren Überfällen auf echte und vermeintliche Neonazis auch mit Hämmern zugeschlagen haben sollen.

Auch die inzwischen fast Pop gewordene Parole „Free Lina“ steht weiter auf Schildern, obwohl sie seit Mittwochabend Wirklichkeit ist: Die 28-Jährige ist nach zweieinhalb Jahren Untersuchungshaft auf freiem Fuß. Bis das Urteil rechtskräftig ist, wurde ihr Haftbefehl außer Vollzug gesetzt, die Reststrafe muss sie erst dann verbüßen. Zweimal in der Woche muss sie sich bei der Polizei melden, immer montags und donnerstags. Das erste Mal war sie vergangene Woche da, zusammen mit ihrem Anwalt.

Für derartige Zwischentöne aber ist kein Platz in der Menge, hier dominiert Klassenkampf-Rhetorik. „Feindstrafrecht“ sei das Urteil gegen E., ruft Kasek unter Jubel. Deutschland habe kein Problem mit Antifaschisten, sondern mit Nazis in Polizei und Behördenapparat. Es wird geklatscht und geöhlt, immer wieder gibt es Sprechchöre „129, das kennen wir schon – Feuer und Flamme der Repression“. Das haben Antifa-Aktivisten auch bei der Urteils-

verkündung gerufen. Im Paragraph 129 des Strafgesetzbuches geht es um die Bildung einer kriminellen Vereinigung, auch deswegen wurden Lina E., Jannis R., Lennart A. und Jonathan M. verurteilt. Ermittlern verschafft diese Anklage besondere Befugnisse: Telefone und Online-Kommunikation dürfen überwacht, verdeckte Ermittler eingesetzt werden.

Gut ein Drittel der Teilnehmer ist schwarz verumumt, mit Kapuzen, Sonnenbrillen, Masken. Versammlungsleiter Kasek rät allen: „nicht provozieren lassen“, um der „Presse und der AfD“ nicht die Bilder zu liefern, auf die sie warteten. Die Welt ist nach dieser Ansicht sauber eingeteilt: auf der einen Seite Antifaschisten, auf der anderen die Feinde, in erster Linie die Polizei, aber auch Presse. Was das heißt, erfährt ein freier Journalist am Freitag, den ein Demonstrant attackiert und

Die Welt wird eingeteilt: auf der einen Seite Antifaschisten, auf der anderen Feinde

leicht verletzt, weil er ein „Springer-Fotograf“ sei. „Kollegen anzugreifen, weil deren Auftraggeber nicht genehm sei, da fehlen uns fast die Worte“, erklärt der Deutsche Journalisten-Verband. Vorher hatte er eine Anleitung verschickt, wie sich Pressevertreter bei Demonstrationen schützen sollen: Erste-Hilfe-Set mitnehmen, Helm aufsetzen, Notfallnummern notieren.

Auch am frühen Samstagabend attackiert der schwarze Block die Polizei mit Steinen, Pyrotechnik und Flaschen. Der Platz wird geräumt, Wasserwerfer fahren auf, und Kasek sagt, es sei genau die Situation eingetreten, „die wir unbedingt vermeiden wollten“. Die Polizei spricht von „massiven Ausschreitungen“, kesselt mehrere Hundert Menschen ein, leitet zahlreiche Verfahren wegen schweren Landfriedensbruch ein. Über Stunden zieht sich die Feststellung der Identitäten hin. Im Kessel wird skandiert „BRD-Bullenstaat – wir haben euch zum Kotzen satt“, von draußen rufen Unterstützer „Ihr seid nicht allein“.

Am Abend kommt auf Geheiß der Polizei ein Laster der Stadtwerke, um die Einkesselten mit Trinkwasser zu versorgen. Die Letzten stehen am Sonntagmorgen um fünf Uhr in der Schlange zur erkennungsdienstlichen Behandlung. In Connewitz fliegen in der Nacht noch einmal Steine gegen eine Polizeiwache, Barrikaden brennen, es kommt zu kleineren Scharmützeln, dann ist „Tag X“ vorbei. Die vorläufige Bilanz: etwa 50 verletzte Beamte, 17 beschädigte Einsatzfahrzeuge, acht brennende Autos, Sachschaden in fünfstelliger Höhe an einer Bankfiliale. Außerdem gab es der Polizei zufolge 30 vorläufige Festnahmen, bei denen nun Haftanträge geprüft würden.

KRAWALLE IN LEIPZIG

Diese Töne sind gefährlich

Im Klassenkampf bleibt kein Raum für Zwischentöne. Arbeiter gegen Kapitalisten, Revolution gegen Repression, wir hier unten gegen die da oben. Wer sich im Fight für die gute, die richtige Sache glaubt, verliert schnell den Blick dafür, dass der Zweck eben nicht die Mittel heiligt. Das gilt auch für die Vermummten in Leipzig, die am Wochenende Pyro und Steine auf die Polizei geworfen haben, angeblich weil es um die Versammlungsfreiheit ging. Glaubt man den Sprechchören von „Feuer und Flamme der Repression“ ging es um viel mehr: einen Abwehrkampf gegen einen „Polizei- und Repressionsstaat“. Dafür zerschlägt man eine Sparkasse, zündet Mülltonnen an, brüllt „BRD Bullenstaat“.

Das gilt aber darüber hinaus für alle im linken Lager, die die Erzählung vom Klassenkampf allzu gern nähren. Wenn es um das Urteil gegen Lina E. geht, die wegen ihrer Selbstjustiz gegenüber Rechtsextremisten vom Oberlandesgericht Dresden zu fünf Jahren und drei Monaten Haft ver-

urteilt wurde, ist die Rede von Gesinnungsjustiz oder Feindstrafrecht. Als sei diese Gruppe ein Opfer von Willkür. Das Gegenteil ist der Fall: Wer das staatliche Gewaltmonopol mit Selbstjustiz unterläuft, spürt zu Recht Konsequenzen.

Ohne staatliches Gewaltmonopol kann eine Demokratie nicht existieren. Auch deshalb ist das Geraune vom Repressionsstaat so gefährlich. Es delegitimiert einen Grundpfeiler des friedlichen Zusammenlebens. Keine Frage, aktuell ist der Rechtsextremismus die größte Bedrohung im Land. Das zeigen Umsturzpläne von Reichsbürgern, Rassismus gegen Geflüchtete und Mordanschläge wie in Hanau. Und zweifellos gibt es Defizite beim Ahnden rechtsextremer Straftaten. Doch die Konsequenz kann nur „mehr Rechtsstaat“ heißen, mehr Kontrolle von Polizei durch unabhängige Justiz und auch kritische Öffentlichkeit. Was es ganz bestimmt nicht braucht: Angriffe auf demokratische Prinzipien. Also, dringend deeskalieren bitte.

Iris Mayer

Ausschreitungen und Festnahmen in Leipzig

Leipzig – Nach Auseinandersetzungen am Samstag zwischen Linksradikalen und der Polizei hat die Stadt Leipzig eine für Sonntagabend angemeldete Demonstration verboten. Bei den Ausschreitungen im Süden Leipzigs waren mehrere Beamte und Demonstrierende verletzt worden, knapp 30 Menschen wurden festgenommen. Grund für die Demonstrationen war das Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. vergangene Woche. **SZ** ➤ **Seiten 4 und 5**

<https://www.sueddeutsche.de/politik/news-nachrichten-ukraine-1.5900692>

SZ am Abend

Nachrichten am 4. Juni 2023

Was heute wichtig war.

Von Martin Tofern

Nachrichten kompakt

EXKLUSIV EU-Asylreform: Faeser sieht Schengen-Raum "in ernsthafter Gefahr". Trotz heftiger Kritik will die deutsche Innenministerin die geplante Verschärfung der EU-Asylregeln mittragen. Die Bundesregierung fordert allerdings Ausnahmen für Familien und Kinder. Zum Artikel (SZ Plus)

MEINUNG Wie menschenfeindliche Politik in Europa normalisiert wird (SZ Plus)

Erdoğan stellt sein Kabinett vor. Recep Tayyip Erdoğan präsentiert seine Regierungsmannschaft: Sie ist fast komplett neu. Männer, die gerade noch mächtig waren, sind abgesetzt. Für die kriselnde Wirtschaft holt der Präsident einen alten Bekannten. Zum Artikel (SZ Plus)

500 000 Menschen protestieren gegen Polens Regierung. Hunderttausende demonstrieren im ganzen Land gegen die Politik der rechten PiS-Regierung - und gegen ein geplantes Gesetz, das Oppositionspolitiker Donald Tusk von der Wahl im Herbst aussperren könnte. Zum Artikel

Anhaltender Beschuss auf russische Region Belgorod. Der russische Gouverneur schreibt auf Telegram von zwei Toten, 4000 Personen sollen in Sicherheit gebracht worden sein. Bei einem Angriff nahe der ukrainischen Stadt Dnipro stirbt ein Kleinkind. Zum Liveblog

Ausschreitungen in Leipzig: Pyro, Steine, Scherben. Nach dem Urteil gegen Lina E. hatten Linksautonome für eine Großdemo in Leipzig mobilisiert. Die blieb verboten - aber es flogen dennoch Pflastersteine. Zum Artikel (SZ Plus)

Triathlon-EM in Hamburg: "Habe das Fahrrad in gefühlt tausend Teile zerspringen sehen". Beim Hamburger Ironman kollidiert ein Motorrad mit einem Teilnehmer - ein Mensch stirbt. Doch der Wettbewerb wird fortgesetzt. Harte Kritik äußert Deutschlands bester Triathlet. Zum Artikel

Was außerdem noch wichtig war

Thüringen: Neunjähriger nach Feuer in Flüchtlingsunterkunft vermisst

Formel 1: Die Silberpfeile melden sich zurück

SZ

<https://www.sueddeutsche.de/meinung/leipzig-lina-e-linksextremistin-rechtsextremismus-kommentar-1.5900190>

Politische Kriminalität

Diese Töne sind gefährlich

Nach dem Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. brennen in Leipzig Barrikaden. Wer vom "Repressionsstaat" spricht, sollte bitte deeskalieren.

Kommentar von Iris Mayer

Im Klassenkampf bleibt kein Raum für Zwischentöne. Arbeiter gegen Kapitalisten, Revolution gegen Repression, wir hier unten gegen die da oben. Wer sich im Fight für die gute, die richtige Sache glaubt, verliert schnell den Blick dafür, dass der Zweck eben nicht die Mittel heiligt. Das gilt auch für die Vermummten in Leipzig, die am Wochenende Pyro und Steine auf die Polizei geworfen haben, angeblich weil es um die Versammlungsfreiheit ging. Glaubt man den Sprechchören von "Feuer und Flamme der Repression" ging es um viel mehr: einen Abwehrkampf gegen einen "Polizei- und Repressionsstaat". Dafür zerschlägt man eine Sparkasse, zündet Mülltonnen an, brüllt "BRD Bullenstaat".

Das gilt aber darüber hinaus für alle im linken Lager, die die Erzählung vom Klassenkampf allzu gern nähren. Wenn es um das Urteil gegen Lina E. geht, die wegen ihrer Selbstjustiz gegenüber Rechtsextremisten vom Oberlandesgericht Dresden zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden ist, ist die Rede von Gesinnungsjustiz oder Feindstrafrecht. Gerade so, als sei diese Gruppe ein Opfer von Willkür. Das Gegenteil ist der Fall: Wer das staatliche Gewaltmonopol mit Selbstjustiz unterläuft, muss zu Recht mit den Konsequenzen leben.

Mehr Rechtsstaat braucht es, keinesfalls weniger

Ohne staatliches Gewaltmonopol kann eine Demokratie nicht existieren. Auch deshalb ist das Geraune vom Repressionsstaat so gefährlich. Es delegitimiert einen Grundpfeiler des friedlichen Zusammenlebens. Keine Frage, aktuell ist der Rechtsextremismus die größte Bedrohung im Land. Das zeigen Umsturzpläne von Reichsbürgern, Rassismus gegen Geflüchtete und Mordanschläge wie in Hanau. Und zweifellos gibt es Defizite beim Ahnden rechtsextremer Straftaten. Doch die Konsequenz kann nur "mehr Rechtsstaat" heißen, mehr Kontrolle von Polizei durch unabhängige Justiz und auch kritische Öffentlichkeit. Was es ganz bestimmt nicht braucht: Angriffe auf demokratische Prinzipien. Also, dringend deeskalieren bitte.

SZ

<https://www.sueddeutsche.de/politik/tag-x-demonstration-leipzig-lina-e-1.5899795>

Ausschreitungen in Leipzig

Pyro, Steine, Scherben

Nach dem Urteil gegen Lina E. hatten Linksautonome für eine Großdemo in Leipzig mobilisiert. Die blieb verboten - aber es flogen dennoch Pflastersteine.

Von Iris Mayer

Am "Tag X" steht Jule Nagel im Leipziger Süden und schaut über den Alexis-Schumann-Platz. "Sieht friedlich aus", sagt die Linken-Abgeordnete am Samstagnachmittag mit Blick auf 1500 Menschen, die sich unter dem Motto "Die Versammlungsfreiheit gilt auch in Leipzig" eingefunden haben. Die sieht Nagel auf skandalöse Weise eingeschränkt. Denn die Stadt Leipzig hat die eigentlich geplante Großdemo schon am Donnerstag verboten, zu massiv sei die Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Bundesweit hatten Linke und Linksextreme den Samstag zum "Tag X" erklärt, als Reaktion auf das Urteil gegen Lina E. und drei Mitangeklagte für eine Serie von Überfällen auf echte und vermeintliche Neonazis. Es gab Aufrufe, für jedes Jahr verhängte Haft eine Million Sachschaden zu verursachen. Nagel gehörte zu denen, die für eine Demonstration warben, die Veranstalter aber baten "dass sie Leipzig und Connewitz nicht zerkloppen". Schon seit Freitagabend gab es deshalb massives Polizeiaufgebot, Kontrollen an den Zufahrtsstraßen, am Bahnhof und im Süden der Stadt. Das ganze Wochenende kreisten Polizeihubschrauber am Himmel. Gekloppt wurde trotzdem, bereits in der Nacht vor dem "Tag X" brannten Barrikaden im linksautonomen Viertel Connewitz, es gab Ausschreitungen und Verletzte. Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) fasste die Polizeistrategie am Samstagmittag so zusammen: "Wir haben die Hand ausgestreckt. Aber wer reinschlägt, kriegt die Antwort."

Bei der Versammlung dominiert Klassenkampf-Rhetorik

Am Samstag sind 2500 Beamte aus fast allen Bundesländern im Einsatz, zehn Wasserwerfer, Räumpanzer. Denn in Leipzig wollen nicht nur Linke demonstrieren, sondern es ist auch

Stadtfest, Sachsenpokalfinale im Fußball und Grönemeyer-Konzert. Bis hin zum Bundesverfassungsgericht hatten sich die Anmelder der "Tag X"-Demo am Samstag durchgeklagt - ohne Erfolg. "Wir sind die einzigen, die hier demonstrieren dürfen", ruft der grüne Stadtrat Jürgen Kasek, der die Versammlung gegen das Verbot der Großdemo leitet.

Erst einmal aber braucht er mehr Ordner, denn angemeldet hat er 100 Teilnehmer, gekommen sind 15-mal so viele. Weil sich ungefähr 500 nicht ans Vermummungsverbot halten, lässt die Polizei keinen Demonstrationszug zu, die Menge muss auf dem Platz bleiben. Und wer möchte, erkennt darin eine Eskalationsstrategie der Polizei. Das möchten am Samstag einige. Auf ihren Transparenten steht "Die Rechten zu Boden" oder "If I had a hammer", eine wenig subtile Anspielung auf die Gruppe um Lina E., vom Boulevard die Hammer-Bande getauft, weil sie bei ihren Überfällen auf echte und vermeintliche Neonazis auch mit Hämmern zugeschlagen haben sollen.

Auch die inzwischen fast Pop gewordene Parole "Free Lina" steht weiter auf Schildern, obwohl sie seit Mittwochabend Wirklichkeit ist. Denn die 28-Jährige ist nach zweieinhalb Jahren Untersuchungshaft derzeit auf freiem Fuß. Bis das Urteil rechtskräftig ist, wurde ihr Haftbefehl außer Vollzug gesetzt, die Reststrafe muss sie erst dann verbüßen. Zweimal in der Woche muss sie sich bei der Polizei melden, immer montags und donnerstags. Das erste Mal war sie vergangene Woche da, zusammen mit ihrem Anwalt.

Für derartige Details oder Zwischentöne aber ist kein Platz in der Menge, hier dominiert Klassenkampf-Rhetorik. "Feindstrafrecht" sei das Urteil gegen E., ruft Kasek unter Jubel. Deutschland habe kein Problem mit Antifaschisten, sondern mit Nazis in Polizei und Behördenapparat. Es wird geklatscht und gehöhlt, immer wieder gibt es Sprechchöre "129, das kennen wir schon - Feuer und Flamme der Repression". Das haben Antifa-Aktivist*innen auch bei der Urteilsverkündung gerufen. Im Paragraph 129 des Strafgesetzbuches geht es um die Bildung einer kriminellen Vereinigung, auch deswegen wurden Lina E., Jannis R., Lennart A. und Jonathan M. verurteilt. Ermittlern verschafft die Anklage in einem solchen Verfahren besondere Befugnisse: Telefone und Online-Kommunikation dürfen überwacht, verdeckte Ermittler eingesetzt werden.

Die Welt wird eingeteilt: in Antifaschisten und Feinde

Gut ein Drittel der Teilnehmer ist schwarz vermummt, mit Kapuzen, Sonnenbrillen, Masken. Versammlungsleiter Kasek rät allen: "nicht provozieren lassen", um der "Presse und der AfD" nicht die Bilder zu liefern, auf die sie warteten. Die Welt ist nach dieser Ansicht sauber eingeteilt: auf der einen Seite Antifaschisten, auf der anderen die Feinde, in erster Linie die Polizei, aber auch Presse. Was das heißt, erfährt ein freier Journalist am Freitagabend, den ein Demonstrant attackiert und leicht verletzt, weil er ein "Springer-Fotograf" sei. "Kollegen anzugreifen, weil deren Auftraggeber nicht genehm sei, da fehlen uns fast die Worte", erklärt der Deutsche Journalisten-Verband. Vorher hatte er eine Anleitung verschickt, wie sich Pressevertreter bei Demonstrationen schützen sollen: Erste-Hilfe-Set mitnehmen, Helm aufsetzen, Notfallnummern notieren.

Auch am frühen Samstagabend attackiert der schwarze Block die Polizei mit Pflastersteinen, Pyrotechnik und Flaschen. Der Platz wird geräumt, Wasserwerfer fahren auf, und Kasek sagt, es sei genau die Situation eingetreten, "die wir unbedingt vermeiden wollten". Die Polizei spricht von "massiven Ausschreitungen", kesselt mehrere Hundert Menschen ein, leitet zahlreiche Verfahren wegen schweren Landfriedensbruch ein. Über Stunden zieht sich die Feststellung der Identitäten hin. Im Kessel wird skandiert "BRD-Bullenstaat - wir haben euch zum Kotzen satt", von draußen rufen Unterstützer "Ihr seid nicht allein".

Am Abend kommt auf Geheiß der Polizei ein Laster der Stadtwerke, um die Einkesselten mit Trinkwasser zu versorgen. Die Letzten stehen am Sonntagmorgen um fünf Uhr in der Schlange zur erkennungsdienstlichen Behandlung. In Connewitz fliegen in der Nacht noch einmal Steine gegen eine Polizeiwache, Barrikaden brennen, es kommt zu kleineren Scharmützeln, dann ist "Tag X" vorbei. Die vorläufige Bilanz: etwa 50 verletzte Beamte, 17 beschädigte Einsatzfahrzeuge, acht brennende Autos, Sachschaden in fünfstelliger Höhe an einer Bankfiliale. Außerdem gab es der Polizei zufolge 30 vorläufige Festnahmen, bei denen nun Haftanträge geprüft würden.

SZ

<https://www.sueddeutsche.de/politik/leipzig-demonstration-line-e-tag-x-1.5898936>

"Tag X"

Proteste in Leipzig, Polizei spricht von "schweren Ausschreitungen"

Polizei und Demonstranten geraten aneinander. Die Versammlung wird aufgelöst, Politiker der Linken werfen der Polizei vor, die Lage zu eskalieren. Sachsens Ministerpräsident Kretschmer verteidigt das Vorgehen.

In Leipzig hat es am Samstag nach dem Urteil gegen Lina E. wegen Gewalttaten gegen Rechtsextreme erneut Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gegeben. Laut einem Polizeisprecher ist die Demonstration aufgelöst worden, die Lage sei "wieder ruhig." Einer Sprecherin zufolge wurden gegen fünf Menschen Haftbefehle erlassen. Betroffen seien fünf Männer im Alter zwischen 20 und 32 Jahren. Ihnen wird Landfriedensbruch vorgeworfen. Zwischenzeitlich wurden auf der Demonstration Hunderte Teilnehmer von der Polizei eingekesselt, um Personalien aufzunehmen.

Zuvor habe es Böllerschüsse gegeben, Steine, Flaschen und ein Brandsatz seien auf Polizisten geworfen worden. Die Polizei sprach von "massiven Ausschreitungen" im Leipziger Süden. Mehrere Wasserwerfer seien zwar in Stellung gebracht worden, aber nicht zum Einsatz gekommen, sagte der Sprecher. Rund 1500 Teilnehmer hatten sich laut Polizei bei der Demo versammelt. Ein Drittel der Demonstranten soll nach Einschätzung der Polizei gewaltbereit gewesen sein. Angemeldet waren 100 Demonstranten.

Die Versammlung blieb zunächst friedlich, eskalierte dann aber - der Grund dafür ist noch unklar. Mehrere Beamte seien von Steinen und anderen Wurfgeschossen getroffen und verletzt worden, sagte der Polizeisprecher. Zur genauen Zahl der verletzten Beamten machte er keine Angaben. "Die Lage auf der Karl-Liebknecht-Straße wird unfriedlich. Unsere Kräfte werden immer wieder attackiert und mit Steinen/Pyrotechnik beworfen", schrieb die Polizei am Samstagabend bei Twitter. Man appelliere an alle Personen dort, sich von Straftätern zu distanzieren und friedlich zu verhalten.

In linken Kreisen war bundesweit für die Demonstration am Samstag mobilisiert worden. Anlass ist das Urteil gegen Lina E. und drei Mitangeklagte wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis, bei denen mehrere Menschen teils schwer verletzt worden waren. Die 28-Jährige war am Mittwoch vom Oberlandesgericht Dresden zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden.

"Deeskalation sieht anders aus", schreibt Linken-Politikerin Köditz

Trotz des endgültigen Verbots einer großen "Tag X"-Demonstration der linksradikalen Szene war die Polizei mit einem Großaufgebot in der Stadt präsent. Zudem fanden in der Stadt das Sachsenpokal-Finale, das Stadtfest sowie ein Konzert von Herbert Grönemeyer statt. An Zufahrtswegen in die Stadt sowie am Bahnhof gab es den ganzen Tag Kontrollstellen. Am frühen Samstagnachmittag brannten mehrere Fahrzeuge und Mülltonnen.

Die "Tag X"-Demo sollte eigentlich am Samstag um 17.00 Uhr in der Wolfgang-Heinze-Straße stattfinden. Die Stadt hatte diese jedoch verboten. Das Verbot war sowohl vom Verwaltungsgericht Leipzig als auch vom Sächsischen Obergericht bestätigt worden. Auch eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht blieb erfolglos. Sie wurde nicht zur Entscheidung angenommen.

Nach den Krawallen gab es Kritik der Linken am Vorgehen der Polizei. Ihr Parlamentsgeschäftsführer im sächsischen Landtag, Marco Böhme, warf der Polizei bei Twitter vor, sie habe die Lage durch das "faktische Verbot" eskalieren lassen. Die Linken-Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz kritisierte die Entscheidung, die Demonstranten nicht laufen zu lassen. "Deeskalation sieht anders aus", schreibt die Politikerin bei Twitter. Das linksgerichtete Bündnis "Dresden Nazifrei" bezeichnete das Auftreten der Polizei als "martialisch".

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer verteidigt derweil das Vorgehen der Beamten. "Das Ziel ist Menschen und Sachwerte zu beschützen und Gewalttäter festzunehmen", schrieb der CDU-Politiker bei Twitter.

Bereits am Freitagabend hatte es in Connewitz Randalen gegeben. Vermummte hatten Polizisten angegriffen. Nach dem zunächst friedlichen Verlauf einer Versammlung am Wiedebachplatz im Stadtteil Connewitz wurden aus einer Menge von bis zu 700 Vermummten heraus Steine geworfen und Pyrotechnik gezündet. Sowohl dort als auch in Nebenstraßen brannten Barrikaden aus Mülltonnen und Baustellenabsperungen. Die Polizei setzte Tränengas ein und wurde nach eigenen Angaben von Hausdächern mit Gegenständen beworfen. Die meisten brennenden Barrikaden waren kurz nach Mitternacht gelöscht, teils mit Hilfe von Wasserwerfern. Nach ersten Erkenntnissen wurden 23 Beamte verletzt. Einer von ihnen wurde im Krankenhaus behandelt. Ein Journalist wurde den Angaben zufolge von einer unbekannten Person attackiert und leicht verletzt. Ermittelt wird unter anderem wegen schweren Landfriedensbruchs. Den Angaben zufolge wurden fünf Tatverdächtige festgenommen, drei Menschen kamen in Gewahrsam.

SZ/dpa/zaa

<https://www.sueddeutsche.de/politik/news-ukraine-1.5898148>

SZ am Morgen

Nachrichten des Tages - die Übersicht für Eilige

Was wichtig ist und wird.

Von Katja Guttman

Was heute wichtig ist

EKLUSIV Ministerpräsident Rhein: "Der Regierungsstil ist ein Katalysator für die AfD". Die Ampelkoalition überfordere die Menschen im Land mit ihren Reformplänen, wirft Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) der Regierung in Berlin vor. "Diktat statt Debatte - das schadet der Demokratie", sagte er gegenüber der Süddeutschen Zeitung. Konkret kritisiert er, dass die Bundesregierung ihre Vorhaben - vor allem in der Klimapolitik - nicht mit den Menschen diskutiere. Wegen der fehlenden Kommunikation lehnten viele zunehmend das eigentlich richtige Ziel der Klimaneutralität ab. Zum Interview (SZ Plus)

MEINUNG Heizungsgesetz: Klimaschutz funktioniert nicht von oben (SZ Plus)

Krawalle in Leipzig am Vorabend von "Tag X". Die für Samstag geplante Solidaritätsdemo für die verurteilte Studentin Lina E. bleibt verboten. Nach dem zunächst friedlichen Verlauf einer Versammlung am Vorabend im Leipziger Stadtteil Connewitz flogen aus einer Menge von mehreren Hundert Vermummten heraus plötzlich Steine und Pyrotechnik auf Beamte. Die Polizei setzte Tränengas ein. Oberbürgermeister Jung ist besorgt um die Sicherheit in der Messestadt. Zum Artikel

Mindestens 238 Tote bei Zugunglück in Indien. Zwei Personenzüge und ein Güterzug sollen bei dem schweren Unglück involviert gewesen sein. Der genaue Unfallhergang ist noch unklar und auch das ganze Ausmaß ist noch nicht absehbar. Etwa 900 Menschen sollen verletzt worden sein. Die Zahl der Opfer wird vermutlich noch steigen. Zum Artikel

Vor Treffen der EU-Innenminister zeichnen sich Kompromisslinien für Migrationspolitik ab. Im Februar starben bei einem Bootsunglück viele Geflüchtete auf dem Weg nach Europa. Recherchen haben ergeben, dass der Vorfall vermeidbar gewesen wäre. Bei einem Treffen in Luxemburg in der kommenden Woche werden die Innenministerinnen und -minister der EU-Staaten über eine Reform der Asylpolitik beraten. Zum Artikel (SZ Plus)

MEINUNG Migrationspolitik: Baerbock offen für Asyl-Vorprüfungen an den EU-Außengrenzen

EKLUSIV "Summe Love": Das verlorene Boot: Eine Rekonstruktion (SZ Plus)

Polens Opposition ruft zum Marsch für die Demokratie. Ein Protestmarsch soll am Sonntag das Ende der rechtsnationalen PiS-Regierung einläuten. Die Organisatoren erwarten mehr als 300 000 Demonstranten aus dem ganzen Land. Befeuert wird der Zulauf durch ein kürzlich verabschiedetes Gesetz, mit dem die PiS-Regierung ihren Lieblingsfeind und schärfsten politischen Konkurrenten Donald Tusk kaltstellen will. Zum Artikel

0:4-Niederlage in der Relegation: Fan-Krawalle bei Bielefelds Debakel. Arminia Bielefeld verliert das Relegations-Hinspiel zur zweiten Liga beim SV Wehen Wiesbaden 0:4. Noch schlimmer ist für den Verein aber das Fehlverhalten der eigenen Anhänger: Nach dem vierten Gegentor fliegen Böller aufs Feld, das Spiel muss 20 Minuten unterbrochen werden. Bielefelds Fabian Klos äußert sich emotional. Zum Artikel

Nach Bayerns Playoff-Aus: Trainer Trinchieri kündigt Abschied an. Die Basketballer des FC Bayern unterliegen Ulm glatt mit 0:3 und verabschieden sich aus dem Rennen um die Meisterschaft. Trainer Andrea Trinchieri sagt danach, dies sei wohl sein letztes Spiel als Trainer der Münchner. Zum Artikel

Was sonst noch wichtig war:

Nicaragua: Diktator Ortega geht hart gegen die Kirchen vor

USA: Boykott gegen Unternehmen wegen Bestrebungen zu mehr Diversität

Niedersachsen: Eschede: 25. Jahrestag des schlimmsten Zugunglücks der deutschen Nachkriegsgeschichte

Alles Wichtige zum Krieg in der Ukraine

So landen deutsche Waren doch noch in Russland. Exportdaten zeigen, dass in Ländern wie Kasachstan, Georgien oder Armenien plötzlich viel mehr Elektrogeräte gekauft werden. Kühlschränke, Waschmaschinen aber auch LKWs werden stärker nachgefragt. In Brüssel vermutet man, dass Russland den Handel mit nicht-sanktionierter Ware über Drittländer nutzt, um an Ersatzteile für Waffen zu kommen. Zum Artikel (SZ Plus)

Prigoschin erhebt schwere Vorwürfe gegen Moskau. Das russische Verteidigungsministerium soll den Rückzugsweg der Söldner vermint haben. Das Atomkraftwerk Saporischschja ist nach Angaben der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) seit drei Monaten ohne externe Notstromversorgung. Zum Liveblog

MEINUNG Die Erwartungen an die ukrainische Offensive sind hoch (SZ Plus)

SZ

<https://www.sueddeutsche.de/politik/podcast-nachrichten-lina-e-linksextremismus-extremismus-1.5897192>

SZ-Podcast "Auf den Punkt" - am Wochenende

Urteil gegen Lina E.: Wie radikal ist die linksextreme Szene?

Am Mittwoch wurde Lina E. zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Ist das Urteil angemessen?

Von Nadja Schlüter

In einem der wichtigsten Linksextremismus-Prozesse der vergangenen Jahre wurden am Mittwoch Lina E. und drei Mitangeklagten zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Gemeinsam sollen sie zwischen 2018 und 2020 tatsächliche und vermeintliche Rechtsextreme brutal zusammengeschlagen haben. Sie wurden auch der Mitgliedschaft oder Unterstützung einer kriminellen Vereinigung schuldig gesprochen.

"Es handelt sich hier um eine Serie von schwersten Körperverletzungen, die systematisch geplant worden sind. Darum denke ich, dass die Verurteilung angemessen ist", sagt Hendrik Hansen, Professor für Politischen Extremismus und Politische Ideengeschichte an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. Er rechnet in Zukunft mit weiteren Gewalttaten von links, weil vermehrt Extremisten in den Untergrund gegangen seien. "Wir haben dieses neuere Phänomen der klandestinen operierenden Gruppierungen, die schwere Anschläge auf Personen planen", so Hansen. "Diese Qualität der Straftaten deutet auf eine Radikalisierung hin."

Generell sei in Deutschland die Gefahr, die vom Rechtsextremismus

ausgehe, größer als die durch Linksextremismus. Allerdings kann zwischen beiden ein Zusammenhang bestehen: "Man kann eindeutig feststellen, dass linksextremistische und rechtsextremistische Radikalisierung einander bedingen können", sagt Hansen. Um Radikalisierungstendenzen - egal welcher Seite - entgegenzuwirken, müssten "die Bürger den Wert unserer Demokratie erkennen und in politischen Debatten das auch entsprechend einbringen."

Redaktionsschluss für diese Sendung war Freitag, 02.06.2023, um 18 Uhr.

Weitere Nachrichten: Drohnenangriff auf Moskau, Lauterbach berät mit Landesministern über Krankenhausreform, Einigung im US-Schuldenstreit, Selskij beim Gipfel der Europäischen Politischen Gemeinschaft

Moderation, Redaktion: Nadja Schlüter
Redaktion: Johannes Korsche,
Wanda Silberhorn

Produktion: Imanuel Pedersen
Zusätzliches Audiomaterial über Reuters, ARD, Phoenix und Büro des Präsidenten der Ukraine.

So können Sie unseren Nachrichtenpodcast abonnieren:

"Auf den Punkt" ist der Nachrichtenpodcast der Süddeutschen Zeitung zu den wichtigsten Themen des Tages. Der Podcast erscheint von Montag bis Freitag immer um 17 Uhr. Sie finden alle Folgen auf [sz.de/nachrichtenpodcast](https://www.sz.de/nachrichtenpodcast). Verpassen Sie keine Folge und abonnieren Sie unser Audio-Angebot in Ihrer Lieblings-Podcast-App oder bei iTunes, Spotify, Deezer, Audio Now. Eine Übersicht über all unsere Podcasts finden Sie unter www.sz.de/podcast und hier erfahren Sie, wie Sie unsere Podcasts hören können.

Sie haben Fragen oder Anregungen? Dann schreiben Sie uns: podcast@sz.de.

SZ

<https://www.sueddeutsche.de/politik/leipzig-lina-e-demo-verbot-krawalle-1.5897901>

Leipzig

Krawalle am Vorabend von "Tag X"

Die für Samstag geplante Solidaritätsdemo für die verurteilte Studentin Lina E. bleibt verboten. In Leipzig brennen Barrikaden und mehrere Polizisten werden leicht verletzt.

Vor einem linksautonomen Solidaritätstag für die verurteilte Studentin Lina E. haben Vermummte in Leipzig Polizisten angegriffen. Nach zunächst friedlichem Verlauf einer Versammlung am Wiedebachplatz im Stadtteil Connewitz flogen aus einer Menge von mehreren Hundert Vermummten heraus plötzlich Steine und Pyrotechnik auf Beamte, wie eine Reporterin der Deutschen Presse-Agentur beobachtete. Sowohl dort als auch in Nebenstraßen brannten Barrikaden aus Mülltonnen und Baustellenabsperungen. Die Polizei setzte Tränengas ein und wurde nach eigenen Angaben von Hausdächern "mit Gegenständen beworfen".

In sozialen Netzwerken hatte es aus der linken Szene einen Aufruf zum "Massencorner" gegeben, also zu größeren Versammlungen, um trotz des Verbots der sogenannten Tag X-Demo am Samstag Solidarität mit der Studentin Lina E. zu zeigen. Der "Tag X" galt als Reaktion auf das Urteil gegen die 28-Jährige und drei Mitangeklagte wegen Überfällen auf vermeintliche oder tatsächliche Neonazis.

Die Polizei bereitete in Vorahnung drohender Ausschreitungen einen Großeinsatz vor. Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) zeigte sich angesichts zahlreicher Gewaltaufrufe in sozialen Medien besorgt um die Sicherheit in der Messestadt. Zwar waren die meisten brennenden Barrikaden kurz nach Mitternacht gelöscht, teils mithilfe von Wasserwerfern. Im Verlauf der Nacht wurden laut Polizei aber weiter "Straftaten begangen". Demnach wurden mehrere Beamte leicht verletzt, einer sei zur Behandlung ins Krankenhaus gekommen. Ein Journalist sei von einer unbekannten Person attackiert und leicht verletzt worden. Bis zum frühen Morgen habe es drei vorläufige Festnahmen wegen

schweren Landfriedensbruchs gegeben. "Es wurden Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung, tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte, Sachbeschädigung sowie eines Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz aufgenommen", teilte die Polizei mit.

Die am Samstag geplante linksautonome Demonstration bleibt verboten

Das Quartett um Lina E. war am Mittwoch vom Oberlandesgericht Dresden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden wegen Körperverletzung und Mitgliedschaft in oder Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Lina E., die seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft saß, kam nach der Urteilsverkündung vorläufig frei - zur Begründung verwies das Gericht auf eine Rheuma-Erkrankung der 28-Jährigen und eine Vorverurteilung infolge medialer Berichterstattung.

Eine am Samstag geplante linksautonome Demonstration bleibt zudem verboten. Das Verwaltungsgericht in Leipzig wies am späten Freitagnachmittag einen Eilantrag gegen das Verbot durch die Stadt zurück. Beim sächsischen Obergericht in Bautzen ging am Abend eine Beschwerde dagegen ein, die letztlich ebenfalls abgelehnt wurde.

Die Stadt Leipzig hatte die "Tag X"-Demo mit dem Motto "United we stand - Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!" verboten, weil ein unfriedlicher Verlauf zu befürchten sei. Grundlage dafür waren Gefahrenprognosen der Polizei und Lageeinschätzungen des Verfassungsschutzes. In linken Kreisen war bundesweit mobilisiert worden. Laut Polizei gab es auch Gewaltandrohungen und Aufrufe zur Militanz.

Das Verwaltungsgericht erklärte, es sei mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem unfriedlichen Verlauf der Versammlung auszugehen. Insofern habe sich die Gefahrenprognose der Stadt als zutreffend erwiesen. Es sei insbesondere zu berücksichtigen, dass sich die Mobilisierung im Internet einschließlich des Demonstrationsaufrufs auch an eine gewaltbereite autonome linksextremistische Szene gerichtet habe. Auch wenn es inzwischen eine Distanzierung von Gewaltaufrufen gegeben habe und zuletzt zu einer friedlichen Demonstration aufgerufen worden sei, bleibe zu befürchten, dass aus der angemeldeten Versammlung heraus Gewalttaten begangen würden.

SZ/dpa/tpa

<https://www.sueddeutsche.de/kultur/podcast-nachrichten-rammstein-das-system-lindemann-1.5897080>

SZ-Podcast "Auf den Punkt"

Rammstein: Das System Lindemann

Rammstein tourt gerade durch ausverkaufte Stadien in Europa. Doch junge Frauen erheben schwere Vorwürfe gegen Sänger Till Lindemann.

Von Lena Kampf und Lars Langenau
Das Statement der Band Rammstein vom 28. Mai 2023 bei Twitter ist kurz und knapp: "Zu den im Netz kursierenden Vorwürfen zu Vilnius können wir ausschliessen, dass sich was behauptet wird, in unserem Umfeld zugetragen hat. Uns sind keine behördlichen Ermittlungen dazu bekannt."

Bei den "im Netz kursierenden Vorwürfen" geht es um einen angeblichen Vorfall beim Auftaktkonzert der Rammstein-Tour am 22. Mai in Litauens Hauptstadt. Denn dort will Shelby L., ein weiblicher Rammstein-Fan aus Irland, für eine Backstageparty ausgewählt worden sein. Bei Instagram und Twitter hat die 24-Jährige weiter gepostet, dass sie während einer Konzertpause hinter die Bühne geführt worden sei. Laut ihrer Aussage sollte es dort zu Sex mit Sänger Till Lindemann kommen. Auf ihre Weigerung habe der 60-Jährige aggressiv reagiert.

Nachdem Alkohol ausgeschenkt worden sei, habe sie Erinnerungslücken. Am Morgen danach sei sie jedenfalls übersät mit Blutergüssen aufgewacht. Womöglich seien ihr K.o.-Tropfen in den Drink

gemischt worden. Und Shelby L. hat behauptet, dass es neben ihr noch weitere Opfer gibt. Bis Freitagnachmittag waren noch keine polizeilichen Ermittlungen bekannt, die das eine oder andere bestätigen können. Doch die SZ hat mit dem NDR zusammen weiterrecherchiert.

"Wir haben für diese Recherche mit mehr als ein Dutzend Frauen gesprochen, die auf solchen Partys waren und die bestimmte Erlebnisse hatten", sagt Lena Kampf aus dem SZ-Investigativteam. Dabei habe sich eine Art Muster gezeigt, dass im Vorfeld und aus der ersten Reihe von Rammstein-Konzerten nach optischen Kriterien gezielt Frauen rekrutiert worden seien, die dann für Sex mit dem 60-Jährigen bereit sein sollten.

Weitere Nachrichten: US-Schuldendrama beendet, AfD in Umfrage bei 18 Prozent, Linksautonome Demo in Leipzig wegen Lina E.

Lesen Sie das Transkript zur Folge hier.

So können Sie unseren Nachrichtenpodcast abonnieren:

"Auf den Punkt" ist der Nachrichtenpodcast der Süddeutschen Zeitung zu den wichtigsten Themen des Tages. Der Podcast erscheint von Montag bis Freitag immer um 17 Uhr. Sie finden alle Folgen auf [sz.de/nachrichtenpodcast](https://www.sz.de/nachrichtenpodcast). Verpassen Sie keine Folge und abonnieren Sie unser Audio-Angebot in Ihrer Lieblings-Podcast-App oder bei iTunes, Spotify, Deezer, Audio Now. Eine Übersicht über all unsere Podcasts finden Sie unter www.sz.de/podcast und hier erfahren Sie, wie Sie unsere Podcasts hören können.

Sie haben Fragen oder Anregungen? Dann schreiben Sie uns: podcast@sz.de.

SZ/lala

Faeser verurteilt linke Gewalt

München – Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat die Ausschreitungen bei den Solidaritätskundgebungen für die Studentin Lina E. aufs Schärfste kritisiert. „Mein Appell ist noch mal und ich bin da etwas härter: Selbstjustiz ist nicht erlaubt in unserem Land“, sagte die SPD-Politikerin. Die linksextreme Lina E. war am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden – in der Folge war es in Leipzig am Abend zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen. Solidaritätskundgebungen hatte es unter anderem auch in Berlin und Hamburg gegeben. In Bremen wurden bei Ausschreitungen acht Polizisten verletzt. Eine für Samstag geplante Demonstration in Leipzig hat die Stadt verboten. Die Szene dort ruft zu einem „Tag x“ auf. Die Polizei befürchtet Ausschreitungen. **DPA ▶ Seite 4**

PROFIL

Am Ende streikt selbst die Stimme des Richters. „Ich bin auch erschöpft und brauche jetzt noch mal 'ne kurze Pause“, sagt Hans-Schlüter-Staats, 61, als er schon fast neun Stunden lang akribisch, ja ausufernd sein Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. begründet hat. Im Publikum sind da auch die lautesten Antifa-Aktivistinnen dem Erschöpfungsschlaf näher als der nächsten „Scheiß-Klassenjustiz“-Parole. Kurz vor 20 Uhr tritt er wieder aus der Tür des Richterzimmers und verkündet die Nachricht, die einem politisch aufgeheizten Prozess ein überraschendes Ende setzt: Lina E. kann das Gericht trotz fünf Jahren Haftstrafe auf freiem Fuß verlassen, ihr Haftbefehl wird gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. „Free Lina“ – seit zweieinhalb Jahren auf Demos gefordert, als Parole auf zahllose Häuser in Leipzig gesprüht: Am Ende eines langen Prozesses wird dies auf einmal Wirklichkeit. Verkündet von einem Richter, der von Pöblern als „Fascho-Freund“ beschimpft wird.

Schlüter-Staats hat Erfahrung mit spektakulären Prozessen und Anfeindungen. Bevor er 2019 Vorsitzender des Staatsschutzsenats am Oberlandesgericht Dresden wurde, verhandelte er Wirtschaftsstrafsachen. In einem seiner größten Verfahren, mehr als 160 Verhandlungstage, hatte er es mit dem Skandal beim insolventen Finanzdienstleister Infinitus zu tun, wo Manager gutgläubige Anleger mit einem Schneeballsystem um Millionenbeträge geprellt hatten.

In seinen Verhandlungen gab er immer wieder Persönliches preis. Bei der Urteilsverkündung gegen Abdullah A., der im Oktober 2020 in Dresden ein schwu-

les Paar niedergestochen und dabei einen Mann getötet hatte, sprach er über seinen Glauben. „Ich bin selbst ein gläubiger Mensch, und deshalb sage ich Ihnen: Das, was Sie getan haben, ist wahrlich gotteslästerlich gewesen. Sie haben den Namen Gottes missbraucht, und das ist eine Sünde, die kaum zu übertreffen ist.“ Deutliche Worte fand er auch für die verurteilten Rechtsextremisten der Gruppe Freital, verantwortlich für Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und politische Gegner. Schon vor deren Anti-Asyl-Protesten seien sie keine besorgten Bürger gewesen, sondern sie hätten Spaß an der Gewalt gehabt.



Hans Schlüter-Staats

**Vorsitzender Richter
in Dresden,
mit Hang zur Pointe**

Deshalb mag ihn der Vorwurf der Verteidigung auch persönlich getroffen haben, er sei voreingenommen, er folge der Bundesanwaltschaft in deren „unglaublicher Geschichtsvergessenheit“. Stellenweise hörte sich seine Urteilsbegründung fast wie eine Selbstverteidigung an. Dass er es sich leicht gemacht habe, dürfte danach schwer zu behaupten sein. Diese juristische Vorlesung in auch körperlich erschöpfender Detailtiefe hielt Schlüter-Staats höchst souverän; für seine Verhandlungsführung gilt das nicht immer. Er lieferte sich endlose Wortgefechte mit den Verteidigern. Nach Provokationen aus dem Publikum sagte er, nicht über jedes Stöckchen zu springen – und tat dann genau das. Auch am Mittwoch ließ er sich auf Wortgefechte ein, bescheinigte Störern politische Dummheit oder ideologisches Schrebergartentum. Zum Agieren der linken Szene gegen einen Aussteiger und Kronzeugen sagte er, ihn habe „hoch irritiert“, wie die Szene gegen „Gesinnungsfreunde“ vorgehe. Ruhiger wurde es danach nicht im Saal.

Dass er auch anders kann, zeigte Schlüter-Staats im Geplänkel mit der Verteidigung. Da bat er um Nachsicht für seine Schwäche, andere immer wieder zu unterbrechen. Und dann teilte er einmal mit, ein großer Freund der TV-Serie „Columbo“ zu sein. Markenzeichen des knautschgesichtigen Ermittlers im Trenchcoat: Ganz am Ende noch mal zur Tür reinkommen, und mit einem „Da wäre noch eine Kleinigkeit“ den eigentlichen Clou zu verkünden. So machte es Schlüter-Staats am Mittwochabend auch, als er die von ihm verurteilte Angeklagte nach Hause entließ.

Iris Mayer

FOTO: ROBERT MICHAEL/DPA

<https://www.sueddeutsche.de/politik/demo-lina-e-verbot-1.5895416>

Gefahrenprognose

Stadt Leipzig verbietet Soli-Demo für Lina E. am Samstag

Weil die Polizei nach dem Urteil gegen die Studentin Lina E. bei einer geplanten Demonstration schwere Ausschreitungen befürchtet, wurde die Versammlung untersagt.

Nach dem Dresdner Urteil gegen die Studentin Lina E. wegen linksextremistischer Gewalttaten hat die Stadt Leipzig eine für Samstag geplante Demonstration verboten. Das teilte die Versammlungsbehörde des Ordnungsamtes am Donnerstag mit. Die Demonstration sollte unter dem Motto "United we stand - Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!" stehen.

Für Samstag hatte die linksradikale Szene überregional zur Teilnahme an einem großen "Tag X" in Leipzig aufgerufen. Die Polizei befürchtet Ausschreitungen und bereitet einen Großeinsatz vor. Die nun verbotene Demonstration war die bisher einzig bekannte angemeldete Versammlung an jenem Tag. Wie viele Teilnehmer angemeldet waren, wurde zunächst nicht mitgeteilt.

Grund für das Verbot seien die Gefahrenprognosen der Polizeidirektion Leipzig, die Lageeinschätzungen des Landesamtes für Verfassungsschutz sowie weitere Erkenntnisse der Versammlungsbehörde, hieß es. Die öffentliche Sicherheit sei nach den derzeit erkennbaren Umständen durch die Versammlung unmittelbar gefährdet. Die Demonstration sollte 17 Uhr im Stadtteil Connewitz beginnen. Im weiteren Verlauf sollten die Teilnehmer durch die Stadt ziehen und mit einer Abschlusskundgebung im Stadtzentrum enden.

SZ/dpa/mt

<https://www.sueddeutsche.de/politik/lina-e-prozess-schluter-staats-richter-1.5894744>

Dresden

Detailversessen, gläubig und
"Columbo"-Fan

Richter Hans Schlüter-Staats hat die Linksextremistin Lina E. erst zu fünf Jahren Haft verurteilt - und dann gegen Auflagen auf freien Fuß gesetzt. Mit Pointen kennt er sich aus.

Von Iris Mayer

Am Ende streikt selbst die Stimme des Richters. "Ich bin auch erschöpft und brauche jetzt noch mal 'ne kurze Pause", sagt Hans-Schlüter-Staats, 61, als er schon fast neun Stunden lang akribisch, ja ausufernd sein Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. begründet hat. Im Publikum sind da auch die lautesten Antifa-Aktivist*innen dem Erschöpfungsschlaf näher als der nächsten "Scheiß-Klassenjustiz"-Parole. Kurz vor 20 Uhr tritt er wieder aus der Tür des Richterzimmers und verkündet die Nachricht, die einem politisch aufgeheizten Prozess ein überraschendes Ende setzt: Lina E. kann das Gericht trotz fünf Jahren Haftstrafe auf freiem Fuß verlassen, ihr Haftbefehl wird gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. "Free Lina" - seit zweieinhalb Jahren auf Demos gefordert, als Parole auf zahllose Häuser in Leipzig gesprüht: Am Ende eines langen Prozesses wird dies auf einmal Wirklichkeit. Verkündet von einem Richter, der von Pöblern als "Fascho-Freund" beschimpft wird.

Schlüter-Staats hat Erfahrung mit spektakulären Prozessen und Anfeindungen. Bevor er 2019 Vorsitzender des Staatsschutzsenats am Oberlandesgericht Dresden wurde, verhandelte er Wirtschaftsstrafsachen. In einem seiner größten Verfahren, mehr als 160 Verhandlungstage, hatte er es mit dem Skandal beim insolventen Finanzdienstleister Infinus zu tun, wo mehrere Manager gutgläubige Anleger mit einem Schneeballsystem um Millionenbeträge geprellt hatten.

In seinen Verhandlungen gab er immer wieder Persönliches preis. Bei der Urteilsverkündung gegen Abdullah A., der im Oktober 2020 in Dresden ein schwules Paar niedergestochen und dabei einen Mann getötet hatte, sprach

er über seinen Glauben. "Ich bin selbst ein gläubiger Mensch, und deshalb sage ich Ihnen: Das, was Sie getan haben, ist wahrlich gotteslästerlich gewesen. Sie haben den Namen Gottes missbraucht, und das ist eine Sünde, die kaum zu übertreffen ist." Deutliche Worte fand er auch für die verurteilten Rechtsextremisten der Gruppe Freital, verantwortlich für Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und politische Gegner. Schon vor deren Anti-Asyl-Protesten seien sie keine besorgten Bürger gewesen, sondern sie hätten Spaß an der Gewalt gehabt.

Wo ein Stöckchen ist, da springt er

Deshalb mag ihn der Vorwurf der Verteidigung von Lina E. auch persönlich getroffen haben, er sei voreingenommen, er folge der Bundesanwaltschaft in deren "unglaublicher Geschichtsveressenheit". Stellenweise hörte sich seine Urteilsbegründung fast wie eine Selbstverteidigung an. Dass es sich der Staatsschutzsenat leicht gemacht habe, dürfte danach schwer zu behaupten sein; Kollegen beschreiben Schlüter-Staats als Arbeitstier und Aktenfresser. Diese juristische Vorlesung in auch körperlich erschöpfender Detailtiefe hielt Schlüter-Staats höchst souverän; für seine Verhandlungsführung gilt das nicht immer. Er lieferte sich endlose Wortgefechte mit den Verteidigern. Nach Provokationen aus dem Publikum sagte er, nicht über jedes Stöckchen zu springen - und tat dann genau das. Auch am Mittwoch ließ er sich auf Wortgefechte ein, bescheinigte Störern politische Dummheit oder ideologisches Schrebergartentum. Zum Agieren der linken Szene gegen einen Aussteiger und Kronzeugen sagte er, ihn habe "hoch irritiert", wie die Szene gegen "Gesinnungsfreunde" vorgehe. Ruhiger wurde es danach nicht im Saal.

Dass er auch anders kann, zeigte Schlüter-Staats im Geplänkel mit der Verteidigung. Da bat er um Nachsicht für seine Schwäche, andere immer wieder zu unterbrechen. Und dann teilte er einmal mit, ein großer Freund der TV-Serie "Columbo" zu sein. Markenzeichen des knautschgesichtigen Ermittlers im Trenchcoat: Ganz am Ende noch mal zur Tür reinkommen, und mit einem "Da wäre noch eine Kleinigkeit" den eigentlichen Clou zu verkünden. So machte es Schlüter-Staats am Mittwochabend auch, als er die von ihm verurteilte Angeklagte nach Hause entließ.

SZ

<https://www.sueddeutsche.de/politik/lina-e-urteil-proteste-gewalt-faesser-1.5894823>

Nach Urteil gegen Lina E.

Faesser verurteilt gewaltsame Proteste

"Mit Gewalt darauf zu reagieren, ist die völlig falsche Antwort", sagt die Bundesinnenministerin über die Solidaritätsaufmärsche für die verurteilte Linksextremistin Lina E. Demonstranten hatten mit Flaschen, Steinen und Pyrotechnik geworfen.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat jegliche Ausschreitungen bei den Solidaritätskundgebungen für die Studentin Lina E. aufs Schärfste kritisiert. "Mein Appell ist noch mal und ich bin da etwas härter: Selbstjustiz ist nicht erlaubt in unserem Land", sagte die SPD-Politikerin am Donnerstag am Rande eines Besuchs der Bundespolizei am Münchner Flughafen. Allen, die wegen des Urteils gegen Lina E. nun auf die Straße gingen und dort gewaltsam protestierten, rufe sie zu: "Das ist nicht der richtige Weg. Wir leben in einem Rechtsstaat. Dort können Gerichtsurteile überprüft werden. Man kann dagegen vorgehen, wenn man das möchte. Aber mit Gewalt darauf zu reagieren, ist die völlig falsche Antwort", betonte Faeser.

Die Studentin Lina E. war am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden - in der Folge war es in Leipzig am Abend zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und etwa 800 Demonstranten gekommen. Unter anderem seien Flaschen, Steine und Pyrotechnik in Richtung der Einsatzkräfte geworfen worden, teilte die Polizeidirektion Leipzig am Donnerstag mit. Der Versuch, Barrikaden zu errichten, sei unterbunden worden. Vier Polizisten wurden leicht verletzt. Drei Tatverdächtige seien vorläufig festgenommen worden.

In Hamburg zogen 2000 Menschen durch das Schanzenviertel

Solidaritätskundgebungen für Lina E. hatte es unter anderem auch in Hamburg, wo 2000 Menschen durch das Schanzenviertel zogen, Berlin und Dresden gegeben. In Bremen hatten sich am Abend etwa 350 meist verummte Personen versammelt. Dann gingen sie recht unvermittelt auf die Polizisten los, dabei wurden acht Einsatzkräfte durch Tritte verletzt. Sie konnten ihren Dienst aber fortsetzen, wie die Polizei am Donnerstag mitteilte. Es seien am Mittwochabend zudem durch Tritte

sowie Flaschenwürfe Schäden an Einsatzfahrzeugen entstanden. Die Höhe des Schadens sei noch nicht bekannt. Insgesamt seien 70 Menschen vorläufig festgenommen worden, alle sind inzwischen wieder auf freiem Fuß.

Faeser kündigte erneut an, die Sicherheitsbehörden in Deutschland würden keine gewalttätigen Ausschreitungen akzeptieren: "Und da kann ich auch nur sagen, wir werden als Rechtsstaat entschieden entgegentreten, überall auf der Straße. Wir werden auch mit der Bundespolizei massiv mit Kräften unterstützen. Das lassen wir nicht zu." Für Samstag hatte die linksradikale Szene überregional zur Teilnahme an einem großen "Tag X" in Leipzig aufgerufen.

Eine für Samstag geplante Demonstration hat die Stadt Leipzig verboten. Das teilte die Versammlungsbehörde des Ordnungsamtes am Donnerstag mit. Die Demonstration sollte unter dem Motto "United we stand - Trotz alledem, autonomen Antifaschismus verteidigen!" stehen. Für Samstag ruft die linksradikale Szene überregional zur Teilnahme an einem großen "Tag X" in Leipzig auf.

Die Polizei befürchtet Ausschreitungen und bereitet einen Großeinsatz vor. Die nun verbotene Demonstration war die bisher einzig bekannte angemeldete Versammlung an jenem Tag. Wie viele Teilnehmer angemeldet waren, wurde zunächst nicht mitgeteilt. Grund für das Verbot seien die Gefahrenprognosen der Polizeidirektion Leipzig, die Lageeinschätzungen des Landesamtes für Verfassungsschutz sowie weitere Erkenntnisse der Versammlungsbehörde, hieß es. Die öffentliche Sicherheit sei nach den derzeit erkennbaren Umständen durch die Versammlung unmittelbar gefährdet. Die Demonstration sollte 17.00 Uhr im Stadtteil Connewitz beginnen. Im weiteren Verlauf sollten die Teilnehmer durch die Stadt ziehen und mit einer Abschlusskundgebung im Stadtzentrum enden.

Das Oberlandesgericht Dresden hatte die aus Kassel stammende 28-jährige Lina E. am Mittwoch wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme und der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig gesprochen. Drei mitangeklagte Männer erhielten Strafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten sowie drei Jahren und drei Monaten. Der Haftbefehl gegen Lina E. wurde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, wenn das Urteil rechtskräftig ist - das Gericht ließ Revision zu.

SZ/dpa

<https://www.sueddeutsche.de/politik/lina-e-urteil-demos-1.5893358>

Linksextremismus

Erst Zusammenstöße, dann ruhige Nacht in Leipzig

Nach dem Urteil gegen Lina E. gehen Sympathisanten in mehreren Städten auf die Straße - nicht überall friedlich.

Nach dem Schuldspruch für die linksextreme Studentin Lina E., die wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, hat es am Abend in Leipzig Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei gegeben. In der Nacht blieb es dann weitgehend ruhig. Im Stadtteil Connewitz brannte allerdings ein Auto. Ein Zusammenhang könne nicht ausgeschlossen werden, sagte eine Polizeisprecherin. Drei Tatverdächtige seien vorläufig festgenommen worden.

Am Mittwochabend hatten nach Polizeiangaben etwa 800 Menschen an einer Demonstration teilgenommen. Die angezeigte Teilnehmerzahl von 150 sei damit "eklatant überschritten" worden. Die Versammlungsbehörde habe einen geplanten Aufzug untersagt und nur eine stationäre Versammlung zugelassen. Gründe seien unter anderem das verummte und teils militante Erscheinungsbild der Demonstrierenden gewesen, die auch "Schutzbewaffnung" wie etwa spezielle Handschuhe mitgeführt hätten.

Nach der Versammlung hätten die Teilnehmer versucht, die Absperrungen der Polizei zu durchbrechen. Es seien Flaschen, Steine und Pyrotechnik in Richtung der Einsatzkräfte geworfen worden. Auch gab es laut Polizei Fälle von Körperverletzung. Den Versuch, Barrikaden zu errichten, hätten die Beamten unterbunden. Ein Laser-Pointer sei auf einen Polizeihubschrauber gerichtet worden. Vier Beamte seien durch geworfene Gegenstände leicht verletzt worden. Die Polizei nahm mehrere Straftaten auf. Gegen Mitternacht habe sich die Situation beruhigt.

Lina E. kommt vorerst frei

Lina E. war am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Dresden sprach die aus Kassel stammende 28-Jährige wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig. Drei mitangeklagte Männer erhielten Strafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten sowie drei Jahren und drei Monaten. Der Generalbundesanwalt

warf der Gruppe vor, zwischen 2018 und 2020 tatsächliche oder vermeintliche Anhänger der rechten Szene in Leipzig, Eisenach und im sächsischen Wurzen brutal zusammengeschlagen zu haben.

Der Haftbefehl gegen E. wurde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, wenn das Urteil rechtskräftig ist zu. Das Urteil bleibt mit dem verhängten Strafmaß hinter den Anträgen der Bundesanwaltschaft zurück. Diese hatte acht Jahre Freiheitsstrafe gefordert.

Strafmildernd wirkte bei E. nicht nur der Umstand, dass sie nicht vorbestraft ist und seit zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft sitzt. Der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats sah bei ihr auch die Persönlichkeitsrechte durch die mediale Berichterstattung verletzt und sprach von einer Vorverurteilung. Diese Gründe spielten neben einer Rheuma-Erkrankung auch dabei eine Rolle, dass E. vorerst freikommt. Allerdings räumte das Gericht der 28-Jährigen eine hervorgehobene Bedeutung in der Gruppierung ein, jedoch "keine prägende im Sinne einer Rädelsführerschaft".

Polizei befürchtet Ausschreitungen am Samstag

Solidaritätskundgebungen für Lina E. hatte es nach dem Urteil auch in anderen Städten gegeben. In Bremenversammelten sich Polizeiangaben zufolge 350 meist verummte Personen. Sie seien dann "relativ schnell und unvermittelt" auf Einsatzkräfte losgegangen, sagte eine Sprecherin. Es seien Glasflaschen und Steine auf Polizisten geworfen worden, auch Pyrotechnik sei gezündet worden.

Die Polizei in Hamburg sprach in der Nacht von etwa 1200 Demonstranten. Auf Transparenten forderten sie unter anderem "Kampf ihrer Klassenjustiz - Getroffen hat es Einzelne, gemeint sind wir alle". Die Kundgebung sei zwar "überwiegend friedlich" verlaufen, jedoch seien Polizisten mit Flaschen und Pyrotechnik beworfen worden. Laut einem Sprecher wurden drei Beamte leicht verletzt. Zudem gab es fünf Festnahmen.

In Berlingingen nach Polizeiangaben etwa 500 Demonstranten aus der linken Szene auf die Straße - abgesehen von einigen Rängeleien weitgehend friedlich. Auch durch Dresdenzogen einige Hundert Demonstranten.

Für Samstag ruft die linksradikale Szene überregional zur Teilnahme an einem großen "Tag X" in Leipzig auf. Die Polizei befürchtet Ausschreitungen und bereitet einen Großeinsatz vor.

SZ/dpa/jael/saul

<https://www.sueddeutsche.de/politik/kiew-ukraine-lauterbach-krankenhausreform-us-schuldenstreit-1.5893848>

SZ am Morgen

Nachrichten des Tages - die Übersicht für Eilige

Was wichtig ist und wird.

Von Oliver Klasen

Was heute wichtig ist

Erneuter Angriff auf Kiew. Die Stadtverwaltung teilt mit, dass dabei drei Menschen getötet und mehrere verletzt wurden. Verwundet wurden im Krankenhaus behandelt, sagt der Kiewer Bürgermeister Klitschko. Den Behörden zufolge stammen die Einschläge von abgeschossenen Marschflugkörpern oder ballistischen Raketen. Zum Ukraine-Liveblog

Erst täuschen, dann zuschlagen: Wie die Ukraine ihre Offensive vorbereitet (SZ Plus)

Zaun gegen die Angst: Wie Finnland seine Grenze zum gefürchteten Nachbarn sichert

Lauterbach will Krankenhausreform erzwingen. An diesem Donnerstag trifft sich der Bundesgesundheitsminister mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern. Er will Deutschlands Kliniken neu organisieren. Künftig soll genau festgelegt sein, welcher Standort welche Leistungen erbringen darf. Krebstherapien oder komplizierte Operationen etwa sollen spezialisierten Zentren vorbehalten sein. Die Länder will Lauterbach per Drohung auf Linie bringen: Er plant, öffentlich zu machen, wie gut oder schlecht die einzelnen Kliniken wirklich sind. Zum Artikel (SZ Plus)

Ein Überblick über die umstrittenen Punkte von Lauterbachs Reform (SZ Plus)

US-Repräsentantenhaus billigt Deal im Schuldenstreit. Die Verhandlungen dauerten lange und waren schwierig, nun stimmt eine Mehrheit der Abgeordneten in der Kongresskammer für einen Gesetzesentwurf, mit dem die Schuldenobergrenze bis 2025 ausgesetzt werden soll. Zum Artikel

MEINUNG Republikanischer Sprecher im Repräsentantenhaus: McCarthy vollbringt die wohl wichtigste Tat seiner Laufbahn

- mit hohem Einsatz für ihn selbst (SZ Plus)

Resolution gegen Ungarns EU-Ratspräsidentschaft. Das Europäische Parlament wird an diesem Donnerstag voraussichtlich mit großer Mehrheit eine Resolution billigen, in der gefordert wird, Budapest die Ratspräsidentschaft 2024 wegzunehmen. Die Regierung von Orbán hat in den vergangenen Monaten immer wieder Strafmaßnahmen gegen Russland blockiert, derzeit hält Budapest das elfte EU-Sanktionspaket auf. Zum Artikel (SZ Plus)

Nach Urteil gegen Lina E.: Demos in mehreren Städten. Nicht nur in Leipzig und Dresden gibt es Proteste, auch in Hamburg und Berlin gehen Unterstützer der mutmaßlichen Linksextremistin auf die Straße. Aus Bremen werden Ausschreitungen gemeldet. Zum Artikel
Gericht setzt Haftbefehl gegen Auflagen außer Vollzug: Lina E. kommt vorläufig frei (SZ Plus)

Club der Dollar-Millionäre schrumpft. Der "World Wealth Report" der Beratungsgesellschaft Capgemini belegt, dass die Börsenturbulenzen des vergangenen Jahres den Reichsten der Welt hohe Verluste einbrachten. Dennoch besitzt diese exklusive Gruppe zusammen eine Summe, die fast so groß ist wie das globale Bruttoinlandsprodukt. Deutschland liegt gemäß der Auswertung auf Platz drei in der Rangliste der Länder mit den meisten Dollar-Millionären. Zum Artikel

EXKLUSIV Untersuchungsbericht hält Vorwürfe gegen Tennisfunktionär für glaubwürdig. Der von seinem Amt zurückgetretene Dirk Hordorff bestreitet weiter, Spieler sexuell belästigt zu haben - eine vom Verband beauftragte Kanzlei sieht hingegen zahlreiche Anzeichen dafür, dass die Vorwürfe zutreffen. Den Abschlussbericht durften die Betroffenen nur in Auszügen lesen. Zum Artikel (SZ Plus)

Weitere wichtige Themen

EXKLUSIV: Preisrückgang in Urlaubsländern: Mietwagen deutlich günstiger als im vergangenen Sommer.

Frankfurt am Main: 15-Jähriger nach Prügelattacke auf Fußballplatz gestorben

Jemen: 1,1 Millionen Barrel Rohöl sollen aus Tanker im Roten Meer gepumpt werden

Fußball: Sevilla gewinnt die Europa League - bereits zum siebten Mal

SZ

Fünf Jahre Haft – und eine späte Pointe

Wegen Angriffen auf Rechtsextreme muss die Studentin Lina E. ins Gefängnis. Ein „achtenswertes“ Motiv rechtfertigt keine Gewalt, urteilt das Gericht. Trotzdem kommt die 28-Jährige vorerst frei

Von Iris Mayer

Dresden – Schon früh am Mittwochmorgen ist nicht zu übersehen, dass das Urteil gegen Lina E. ein politisches Symbol sein wird – und nicht nur die Antwort auf die Frage, ob eine Studentin Kopf einer kriminellen Vereinigung war, die echte und vermeintliche Neonazis zusammengeschlagen hat. Über der Außenstelle des Oberlandesgerichts im Dresdner Norden kreist ein Polizeihubschrauber, in der Straße vor dem tristen Flachbau reihen sich die Polizeiautos in einer langen Schlange. Die Kontrollen sind noch penibler als an den 97 Verhandlungstagen zuvor. Taschen werden durchleuchtet, Wasserflaschen beschlagnahmt, Schuhe kontrolliert. Im Zuschauerraum ist bei den Unterstützern erhöhte Sonnenbrillen-, Kapuzen- und FFP2-Masken-Aufkommen zu verzeichnen.

Die Verteidiger werfen der Bundesanwaltschaft und dem Gericht politische Justiz vor

Als die drei Mitangeklagten in den Verhandlungssaal kommen, wird es das erste Mal laut an diesem Tag. „Hoffnung“, ruft jemand, dann wird Lina E. hereingeführt, das Gesicht vor den Fotografen hinter einem schwarzen Aktenordner verborgen. Es folgen rhythmischer Applaus und Gejohle im Zuschauerbereich, der bis auf den letzten Platz gefüllt ist.

Als der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats Lina E. um 10.30 Uhr im Namen des Volkes schuldig spricht, wird es für einen kurzen Moment still im Saal. Er verhängt fünf Jahre und drei Monate Haft für die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und die Serie von sechs Angriffen auf Rechtsextremisten. Das Gericht ist der Überzeugung, dass die 28-Jährige eine herausgehobene Stellung hatte, auch wenn sie nicht als Rädelführerin verurteilt wird.

Gut neun Stunden später, ganz am Ende einer Mammut-Urteilsverkündung, folgt die überraschende Pointe: Das Gericht setzt den Haftbefehl für die 28-Jährige gegen Auflagen außer Vollzug. Lina E. kann aus dem Gericht nach Hause fahren, mon-

tags und donnerstags muss sie sich bei der Polizei melden. Es gibt Jubel und Freudenstränen. „Fünf Jahre und drei Monate ist für jemanden in Ihrem Alter schon heftig und gravierend“, sagt Schlüter-Staats und weist auf die zweieinhalb Jahre, die Lina E. bereits in Untersuchungshaft verbracht hat. Den Rest der Strafe muss sie erst verbüßen, sobald das Urteil rechtskräftig ist. „Ihre größte Hypothek in diesem Prozess“, sagt der Richter an Lina E. gerichtet, „ist der Heldenstatus, den Sie erlangt haben.“

Zu diesem Zeitpunkt ist es schon mehrfach hoch hergegangen im Zuschauerraum. Als gegen die drei Mitangeklagten Lennart A., Jannis R. und Jonathan M. Haftstrafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten und drei Jahren und drei Monaten verkündet werden, wird es laut. „Scheiß Klassenjustiz“, „Schweinesystem“ und „Faschofreunde“, rufen Antifa-Aktivistinnen. Schlüter-Staats unterbricht die Verhandlung, die Störer werden aus dem Saal geführt. Es bleibt nicht das letzte Mal an diesem Tag.

In seiner Urteilsbegründung sagt der Vorsitzende Richter, es sei richtig, dass das Verfahren als politisches bezeichnet wurde. Die angeklagten Taten seien aus politischer Motivation begangen worden. „Rechtsextremisten entgegenzutreten, ist ein achtenswertes Motiv“, sagt Schlüter-Staats. Aber auch das mache gewalttätige Angriffe nicht zu Bagatellen, „es bleiben schwere Straftaten“. Kritik an mangelnder Verfolgung von rechtsmotivierten Straftaten könne er nachvollziehen, doch sehe er keine notwehrähnlichen Motive. Im Rechtsstaat habe jeder unveräußerliche Rechte, unabhängig von seiner Ideologie und möglichen Straftaten, „auch ein Nazi“. Das staatliche Gewaltmonopol sei elementare Grundlage der Demokratie.

Der Angriff auf einen Kanalarbeiter in Leipzig-Connewitz zeige, so der Richter, „wohin der militante Antifaschismus führt, wenn eine Mütze Anlass genug ist, jemanden so zuzurichten“. Diesen Fall hatte auch die Bundesanwaltschaft in ihrem Plädoyer herausgehoben. Dem Mann wurden Jochbein und Schädelknochen gebrochen, weil er die Mütze eines rechten Labels trug. Vor Gericht sagte er aus, er habe sich schon lange von der rechten Szene losgesagt.



Das Gericht ist überzeugt, dass Lina E. in herausgehobener Stellung an Angriffen auf echte und vermeintliche Neonazis beteiligt war. Antifaschisten bedenken die Angeklagte mit viel Solidarität – im Gericht und außerhalb. FOTOS: JENS SCHLÜTER/JAP

Über diesen Angriff, so Schlüter-Staats, hätten sich auch Menschen erschreckt, die vielleicht Sympathie für Gewalt gegen Rechte empfinden. Dies könne ein Anlass sein, neu über Gewalt und ihre Folgen nachzudenken. Den Vorwurf der Verteidigung, im Prozess sei politische Justiz betrieben worden, konterte Schlüter-Staats mit den Worten: „Da empfehle ich einen Besuch in Hohenschönhausen“, dem früheren Stasi-Gefängnis. Das Strafmaß für die 28-jährige Lina E. „ist aus unserer Sicht maßvoll“.

Die Bundesanwaltschaft hatte acht Jahre Haft für Lina E. und zwischen zwei Jahren und neun Monaten und drei Jahren und neun Monaten für ihre drei Mitangeklagten Lennart A., Jannis R. und Jonathan M. beantragt. Nach Überzeugung der Verteidigung war dagegen weder eine kriminelle Vereinigung am Werk, noch konnte

den Angeklagten in allen Fällen eine konkrete Tatbeteiligung nachgewiesen werden. Der Prozess sei von Anfang an politisiert gewesen, die Bundesanwaltschaft habe „in unfassbarer Einseitigkeit“ ermittelt.

In ihren Plädoyers hatten die Verteidiger nicht nur Bundesanwältin Alexandra Geilhorn frontal angegriffen, sondern auch dem Staatsschutzsenat und namentlich Schlüter-Staats Voreingenommenheit vorgeworfen. Dieser habe ihr Fragerecht erheblich eingeschränkt, sei beleidigend aufgetreten und sowohl Bundesanwaltschaft wie der ermittelnden Soko „LinX“ immer wieder zur Seite gesprungen. „Zu keinem Zeitpunkt des Verfahrens hatten wir den Eindruck, dass das Gericht die Behauptungen der Generalbundesanwaltschaft hinterfragt“, sagte Ulrich von Klinggräf, einer der beiden Verteidiger von Lina E.

Diesen Vorwurf versucht Schlüter-Staats in seiner ausführlichen Urteilsbegründung auszuräumen. „Ich nehme mir die Zeit, das so zu begründen, dass es die Öffentlichkeit nachvollziehen kann.“ Über mehrere Stunden zeichnet er juristisch detailliert die Beweiswürdigung des Gerichtes nach, spricht die Hauptangeklagte immer wieder direkt an, oft unterbrochen von Zwischenrufen und höhnischem Gelächter aus dem Zuschauerraum.

Auch die Aussagen des Kronzeugen Johannes D. ordnet Schlüter-Staats ein, sie seien nur ein Baustein gewesen, aber kein Game-Changer. D. brach als Aussteiger aus der linksextremen Szene die eherne Regel, nicht mit Polizei und Justiz zusammenzuarbeiten. Er lieferte den Ermittlern Namen und skizzierte Strukturen, berichtete, wie Trainings für Überfälle liefen. Damit

habe er vollständig neue Informationen geliefert, sagte Schlüter-Staats. Es gebe keine Anhaltspunkte, dass der Kronzeuge vor Gericht gelogen habe. Johannes D. belastete vor allem Lina E. und ihren untergetauchten Verlobten, Johann G., nach dem die Polizei fahndet.

Doch je ausführlicher Schlüter-Staats auch unter Rückgriff auf prominente Fälle wie den NSU-Prozess gegen Beate Zschäpe die Maßstäbe des Gerichts zu begründen versucht, desto mehr verschwindet seine Darstellung im Detail-Nebel. Immer wieder liefert er sich Wortgefechte mit Aktivisten im Zuschauerraum, deren Auftreten im Gericht, das höhnische Lachen er „persönlich erschreckend“ findet.

„Ein strukturierteres Vorgehen“, sagt der Richter, „ist kaum vorstellbar.“

Achteinhalb Stunden nach Beginn der Verhandlung kommt Schlüter-Staats zur Begründung des entscheidenden Anklagepunkts: der kriminellen Vereinigung. Das Gericht habe Lina E. eine hervorgehobene Bedeutung in der Gruppe zugemessen, aber keine prägende im Sinne einer Rädelführerschaft, wie es die Bundesanwaltschaft gefordert hatte. Dann spricht er Lina E. direkt an: „Sie waren kraft ihrer Persönlichkeit prädestiniert, die Rolle als Überblicksperson einzunehmen.“ Diese Rolle sei entscheidender als die von vier Schlägern. Auch ohne die Aussage des Kronzeugen sei für das Gericht klar gewesen, dass die strukturierte Ausspähung von Opfern, die zunehmend professionalisierte Vorbereitung der Taten, ein Vorrat mit Tatwerkzeugen und Tarnoutfits existiert habe. „Ein strukturierteres Vorgehen ist kaum vorstellbar.“

Nicht nur im Gericht gab es am Mittwoch Unterstützung für die Angeklagten. Vor dem Gebäude gab es eine kleinere Demonstration, auf der Dutzende Anhänger ihre Solidarität bekundeten. Demonstrationen gab es auch in Berlin, Leipzig und anderen Städten. Der Samstag wurde als „Tag X“ ausgerufen, bundesweit soll es Proteste geben, auf einer linken Plattform wurde für jedes Jahr verhängte Haft ein Sachschaden von einer Million Euro angedroht.

Die sächsische Polizei hat für das Wochenende Verstärkung angefordert. In Leipzig stellt man sich auf Krawalle ein, oder wie es im Polizeideutsch heißt, „auf ein Einsatzgeschehen mit teilweise unfriedlichem Verlauf mit hohem Schadenspotenzial“. Das Urteil sieht die sächsische Polizei als Bestätigung für die Arbeit der Soko „LinX“. Deren Chef Dirk Münster kündigte bereits neue Verfahren und Ermittlungen an: „Im Grunde genommen haben wir gerade erst angefangen.“ ▶ Seite 4

LINKSEXTREMISMUS

Gute Selbstjustiz gibt es nicht

Von Ronen Steinke

Spricht etwas dagegen, wenn der Rechtsstaat sich Personen vorknöpft, die meinen, antifaschistische Bürgerwehr spielen zu dürfen – und zwar nicht, indem sie schützend vor Flüchtlingsheimen wachen oder indem sie etwa linke Konzerte in unwirtlichen Gegenden absichern, jederzeit bereit, sich in Notwehr zu verteidigen, sondern indem sie nachts auf Rachestreifzug gehen? Als Vollstrecker ihrer eigenen Gesetze? Im Morgengrauen vor Privathäusern, bewaffnet mit Hämmern oder Schlagstöcken?

Nein, natürlich nicht. Es spricht auch nichts dagegen, dass der Rechtsstaat, wie jetzt im Fall der Leipziger Antifa-Organisatorin Lina E. geschehen, eine Lektion erteilen will und eine Haftstrafe verhängt. Eine demonstrative Verurteilung, die anderen Militanten eine Warnung sein soll. Es gibt keine „gute“ Selbstjustiz. Es gibt keine „berechtigte“ Knochenbrecherei im Morgengrauen, selbst wenn sie sich gegen gefährliche Neonazis richtet. Das Gewaltmonopol hat der Staat – und wie er keine Körperstrafen verhängen und vollstrecken darf, so dürfen das erst recht und selbstverständlich keine Privatleute.

Wenn dennoch gemischte Gefühle zurückbleiben nach dem mit gigantischem Aufwand betriebenen Strafprozess gegen die Leipzigerin Lina E. und drei weitere junge Autonome, die mit ihr eine „kriminelle Vereinigung“ gebildet haben sollen, dann liegt das an der Selektivität, mit der der Rechtsstaat hier vorgegangen ist. Schon wieder, muss man hinzufügen. Die Sicherheitsbehörden in Sachsen haben die größtmöglichen Scheinwerfer auf die linke Szene geworfen, eine eigene Polizei-Soko, ein breites

Arsenal an Überwachungsmethoden, viel Druck vom Innenminister, um anklagbare Fälle zu finden: Akribischer geht es kaum.

Übeltaten, die aus der linken Szene kommen, nach allen Regeln der Kunst auszuleuchten und rasch und strikt vor Gericht zu bringen, das ist ein Lieblingsprojekt einer sächsischen Landespolitik gewesen, die währenddessen gegen rechte Hetzer und Gewalttäter noch immer oft eher lasch vorgeht. Die Linken seien ja genauso schlimm – das ist nicht nur ein zynischer Whataboutism, mit dem die Behörden von eigener, schlechter Arbeit ablenken. Es ist auch unseriös, die gesellschaftliche Wirkung beständigen

Terrors gegen Flüchtlinge, Schwule, Muslime und andere, die nur ihr Leben leben wollen, mit der vom Umfang her viel geringeren Gewalt der Antifa gleichzusetzen.

Die einen landen im grellen Licht staatlicher Ermittlungen, die anderen oft bloß im Halbschatten: Das Zerrbild linker und rechter Gewalt, das Ermittler auf diese Weise produzieren, ist etwas, an dem der Staatsschutzsenat am Oberlandesgericht Dresden nichts mehr ändern konnte, der nun am Mittwoch Lina E. und ihre Mitbeschuldigten schuldig gesprochen hat. Ein Gericht kann nur die Fälle verhandeln, die man ihm vorlegt. Aber fünf Jahre und drei Monate Haft für Lina E.: Das ist eine Härte, die im Vergleich etwa zu den teils milden Strafen für die extrem rechten Helfer der NSU-Mordbande den Eindruck verstärkt, es gelte hier zweierlei Maß.

Damit hat der Staat es der ganz linken Szene zu einfach gemacht, die Kritik an ihr als „politisiert“ abzutun und von sich fernzuhalten. Eine Kritik an Selbstgerechtigkeit und Mackertum in linken Reihen, die sehr nötig wäre.

**Die hohe Haftstrafe
für Lina E.
ist vertretbar.
Dennoch weckt das
Urteil Unbehagen**

Mehr als fünf Jahre Haft für Lina E.

München – Das Oberlandesgericht Dresden hat die Studentin Lina E. zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Nach Auffassung des Gerichts gehörte die mutmaßliche Linksextremistin einer Gruppe an, die Überfälle auf Neonazis begangen hat. Vorerst kam die 28-Jährige dennoch frei, das Gericht setzte den Haftbefehl außer Vollzug. **DPA** **► Seiten 4, 5**

<https://www.sueddeutsche.de/politik/lina-e-urteil-demos-1.5893358>

Linke Szene

Nach Urteil gegen Lina E.: Demos in mehreren Städten

Nicht nur in Leipzig und Dresden gibt es Proteste, auch in Hamburg und Berlin gehen Unterstützer der mutmaßlichen Linksextremistin auf die Straße. Aus Bremen werden Ausschreitungen gemeldet.

Nach der Verurteilung der mutmaßlichen Linksextremistin Lina E. hat es in mehreren deutschen Städten Demonstrationen von Unterstützern der Verurteilten gegeben. Teilweise kam es dabei zu Ausschreitungen.

Das Oberlandesgericht Dresden hatte Lina E. wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Trotzdem kommt die 28 Jahre alte Studentin nach zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft vorerst frei: Der Haftbefehl wurde unter Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, falls das Urteil rechtskräftig ist - das Gericht ließ Revision zu.

Im Gericht und davor gab es am Mittwoch Unterstützung für die junge Frau und ihre drei Mitangeklagten. Nach dem Urteil waren zunächst Ausschreitungen befürchtet worden. Unklar war am Abend, ob die Aufhebung des Haftbefehls zu einer Entspannung der Lage beiträgt. Parallel zur Urteilsverkündung zogen am Mittwochabend einige Hundert Demonstranten durch Dresden.

In Leipzig versammelten sich später am Abend einem Bericht der Leipziger Volkszeitung zufolge "einige Hundert Menschen", um zu demonstrieren. Die Polizei, die nach Beendigung der Demo von rund 500 Personen sprach, stoppte

den Protestzug, da wegen der hohen Teilnehmerzahl eine Standkundgebung von der Versammlungsbehörde angeordnet war. Die zunächst friedliche Stimmung soll im Laufe des Abends aggressiver geworden sein. "Es gibt eindeutige Rufe in Richtung der Polizei", heißt es in dem Bericht. Die Rede ist auch von Flaschenwürfen, Bilder zeigen gezündete Pyrotechnik. Der Nachrichtenagentur dpa zufolge wurden Beamte damit angegriffen. Für Samstag wird mit größeren Protesten in der Stadt gerechnet, die Polizei stellt sich auf Krawalle ein.

Aus Bremen wurden Ausschreitungen in der Innenstadt gemeldet. Rund 300 meist verummte Personen hätten sich am Steintor versammelt und seien dann "relativ schnell und unvermittelt" auf Einsatzkräfte losgegangen, sagte eine Sprecherin der Polizei. Es seien Glasflaschen und Steine auf Polizisten geworfen worden, auch Pyrotechnik sei gezündet worden. Angaben über mögliche Verletzte konnte die Polizeisprecherin zunächst nicht machen. Die Beamten riefen die Bevölkerung auf, den Bereich zu meiden.

In Berlingingen mehrere Hundert Sympathisanten aus der linken Szene auf die Straße. Sie zogen vom Landeskriminalamt am Tempelhofer Damm im Stadtteil Tempelhof Richtung Gneisenaustraße in Kreuzberg. Die Polizei bezifferte die Teilnehmerzahl auf rund 500. Die Demonstration sei weitgehend friedlich verlaufen, es habe auch einige Rängeleien gegeben, hieß es.

Ein Einsatzleiter der Polizei in Hamburg sprach in einer ersten Schätzung von etwa 2000 Teilnehmern einer Demo. Die Menschen zogen vom linken Zentrum Roten Flora aus durch das Schanzenviertel. Auf Transparenten forderten sie unter anderem "Kampf ihrer Klassenjustiz - Getroffen hat es einzelne, gemeint sind wir alle". Bei ihrem Marsch wurden die Demonstranten von zahlreichen Polizisten begleitet, Wasserwerfer standen bereit.

SZ/dpa/jael

<https://www.sueddeutsche.de/politik/lina-e-urteil-linksextremismus-antifa-ost-1.5892852>

Linksextremismus

Fünf Jahre Haft - und eine späte Pointe

Wegen Angriffen auf Rechtsextreme wird die Studentin Lina E. zu fünf Jahren Haft verurteilt. Ein "achtenswertes" Motiv rechtfertigt keine Gewalt, urteilt das Gericht. Trotzdem kommt die 28-Jährige vorerst frei.

Von Iris Mayer

Schon sehr früh am Mittwochmorgen ist nicht zu übersehen, dass das Urteil gegen Lina E. ein politisches Symbol sein wird - und nicht nur die Antwort auf die Frage, ob eine Studentin Kopf einer kriminellen Vereinigung war, die echte und vermeintliche Neonazis zusammen-geschlagen hat. Über der Außenstelle des Oberlandesgerichts im Dresdner Norden zwischen JVA und Wertstoffhof kreist ein Polizeihubschrauber, in der Straße vor dem tristen Flachbau reißen sich die Polizeiautos in einer langen Schlange. Die Kontrollen sind noch penibler als an den 97 Verhandlungstagen zuvor. Taschen werden durchleuchtet, Wasserflaschen beschlagnahmt, Schuhe kontrolliert. Im Zuschauerraum ist bei den Unterstützern erhöhtes Sonnenbrillen-, Kapuzen- und FFP2-Masken-Aufkommen zu verzeichnen.

Als die drei Mitangeklagten in den Verhandlungssaal kommen, wird es das erste Mal laut an diesem Tag. "Hoffnung", ruft jemand, dann wird Lina E. hereingeführt, das Gesicht vor den Fotografen hinter einem schwarzen Aktenordner verborgen. Es folgen rhythmischer Applaus und Gejohle im Zuschauerbereich, der bis auf den letzten Platz gefüllt ist.

Als der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats Lina E. um 10.30 Uhr im Namen des Volkes schuldig spricht, wird es für einen kurzen Moment still im Saal. Er verhängt fünf Jahre und drei Monate Haft für die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und die Serie von sechs Angriffen auf Rechtsextremisten. Das Gericht ist der Überzeugung, dass die 28-Jährige eine herausgehobene Stellung hatte, auch wenn sie nicht als Rädelsführerin verurteilt wird.

Gut neun Stunden später, ganz am Ende einer Mammut-Urteilsverkündung, folgt die überraschende Pointe: Das Gericht setzt den Haftbefehl für die 28-Jährige gegen Auflagen außer Vollzug. Lina E. kann aus dem Gericht nach Hause fahren, montags und donnerstags muss sie sich bei der Polizei melden. Es gibt Jubel und Freudentränen. "Fünf Jahre und drei Monate ist für jemanden in Ihrem Alter schon heftig und gravierend", sagt Schlüter-Staats und verweist auf die zweieinhalb Jahre, die Lina E. bereits in Untersuchungshaft verbracht hat. Den Rest der Strafe muss sie erst verbüßen, sobald das Urteil rechtskräftig ist. "Ihre größte Hypothek

in diesem Prozess", sagt der Richter an Lina E. gerichtet, "ist der Heldenstatus, den Sie erlangt haben."

Auch Nazis haben Rechte, sagt der Richter

Zu diesem Zeitpunkt ist es schon mehrfach hoch hergegangen im Zuschauerraum. Als gegen die drei Mitangeklagten Lennart A., Jannis R. und Jonathan M. Haftstrafen zwischen zwei Jahren und fünf Monaten und drei Jahren und drei Monaten verkündet werden, wird es laut. "Scheiß Klassenjustiz", "Schweinesystem" und "Faschofreunde", rufen Antifa-Aktivistinnen zur Richterbank. Schlüter-Staats unterbricht die Verhandlung, die Störer werden aus dem Saal geführt. Es bleibt nicht das letzte Mal an diesem Tag.

In seiner Urteilsbegründung sagt der Vorsitzende Richter, es sei richtig, dass das Verfahren als politisches bezeichnet wurde. Die angeklagten Taten seien aus politischer Motivation begangen worden. "Rechtsextremisten entgegenzutreten, ist ein achtenswertes Motiv", sagt Schlüter-Staats. Aber selbst ein achtenswertes Motiv mache gewalttätige Angriffe nicht zu Bagatellen, "es bleiben schwere Straftaten". Auch wenn er Kritik an mangelnder Verfolgung von rechtsmotivierten Straftaten nachvollziehen könne, sehe er keine notwehrähnlichen Motive. Im Rechtsstaat habe jeder unveräußerliche Rechte, unabhängig von seiner Ideologie und möglichen begangenen Straftaten, "auch ein Nazi". Das staatliche Gewaltmonopol sei elementare Grundlage der Demokratie.

Der Angriff auf einen Kanalarbeiter in Leipzig-Connewitz zeige, so der Richter, "wohin der militante Antifaschismus führt, wenn eine Mütze Anlass genug ist, jemanden so zuzurichten". Diesen Fall hatte auch die Bundesanwaltschaft in ihrem Plädoyer besonders herausgehoben. Dem Mann wurden Jochbein und Schädelknochen gebrochen, weil er die Mütze eines rechten Labels trug. Vor Gericht sagte er aus, er habe sich schon lange von der rechten Szene losgesagt.

Über diesen Angriff, so Schlüter-Staats, hätten sich auch Menschen erschreckt, die vielleicht sogar grundsätzlich Sympathie für Gewalt gegen Rechte empfinden. Dies könne ein Anlass sein, neu über Gewalt und ihre Folgen nachzudenken. Den Vorwurf der Verteidigung, im Prozess sei politische Justiz betrieben worden, konterte Schlüter-Staats mit den Worten: "Da empfehle ich einen Besuch in Hohenschönhausen", dem früheren Stasi-Gefängnis. Das Strafmaß für die 28-jährige Lina E. "ist aus unserer Sicht maßvoll".

Die Verteidigung beklagt Voreingenommenheit des Senats

Die Bundesanwaltschaft hatte acht Jahre Haft für Lina E. und zwischen zwei Jahren und neun Monaten und drei Jahren und neun Monaten für ihre drei Mitangeklagten Lennart A., Jannis R. und Jonathan M. beantragt. Nach Überzeugung der Verteidigung war dagegen weder eine kriminelle Vereinigung am Werk, noch konnte den Angeklagten in allen Fällen eine konkrete Tatbeteiligung nachgewiesen werden. Der Prozess sei von Anfang an politisiert gewesen, die

Bundesanwaltschaft habe "in unfassbarer Einseitigkeit" ermittelt.

In ihren Plädoyers hatten die Verteidiger nicht nur Bundesanwältin Alexandra Geilhorn frontal angegriffen, sondern auch dem Staatsschutzsenat und namentlich Schlüter-Staats Voreingenommenheit vorgeworfen. Dieser habe ihr Fragerecht erheblich eingeschränkt, sei beleidigend aufgetreten und sowohl Bundesanwaltschaft wie der ermittelnde Soko "Linx" immer wieder zur Seite gesprungen. "Zu keinem Zeitpunkt des Verfahrens hatten wir den Eindruck, dass das Gericht die Behauptungen der Generalbundesanwaltschaft hinterfragt", sagte Ulrich von Klinggräf, einer der beiden Verteidiger von Lina E.

Diesen Vorwurf versucht Schlüter-Staats in seiner ausführlichen Urteilsbegründung auszuräumen. "Ich nehme mir die Zeit, das so zu begründen, dass es die Öffentlichkeit nachvollziehen kann." Über mehrere Stunden zeichnet er juristisch detailliert die Beweiswürdigung des Gerichtes nach, spricht die Hauptangeklagte immer wieder direkt an, oft unterbrochen von Zwischenrufen und höhnischem Gelächter aus dem Zuschauerraum.

Auch die Aussagen des Kronzeugen Johannes D. ordnet Schlüter-Staats ein, sie seien nur ein Baustein gewesen, aber kein Gamechanger. D. brach als Aussteiger aus der linksextremen Szene die eherne Regel, nicht mit Polizei und Justiz zusammenzuarbeiten. Er lieferte den Ermittlern Namen und skizzierte Strukturen, berichtete, wie Trainings für Überfälle liefen. Damit habe er vollständig neue Informationen geliefert, sagte Schlüter-Staats. Es gebe keine Anhaltspunkte, dass der Kronzeuge vor Gericht gelogen habe. Johannes D. belastete vor allem Lina E. und ihren untergetauchten Verlobten, Johann G., nach dem die Polizei fahndet.

Die sächsische Polizei hat schon mal Verstärkung geholt

Doch je länger und ausführlicher Schlüter-Staats auch unter Rückgriff auf prominente Fälle wie den NSU-Prozess gegen Beate Zschäpe die Maßstäbe des Gerichts zu begründen versucht, desto mehr verschwindet seine Darstellung im Detail-Nebel. Immer wieder liefert er sich Wortgefechte mit Aktivisten im Zuschauerraum, deren Auftreten im Gericht, das höhnische Lachen er "persönlich erschreckend" findet.

Achteinhalb Stunden nach Beginn der Verhandlung kommt Schlüter-Staats zur Begründung des entscheidenden Anklagepunkts: der kriminellen Vereinigung. Das Gericht habe Lina E. eine hervorgehobene Bedeutung in der Gruppe zugemessen, aber keine prägende im Sinne einer Rädelsführerschaft, wie es die Bundesanwaltschaft gefordert hatte. Dann spricht er Lina E. direkt an: "Sie waren kraft Ihrer Persönlichkeit prädestiniert, die Rolle als Überblicksperson einzunehmen." Diese Rolle sei entscheidender als die von vier Schlägern. Auch ohne die Aussage des Kronzeugen sei für das Gericht klar gewesen, dass die strukturierte Ausspähung von Opfern, die zunehmend professionalisierte Vorbereitung der

Artikel:

Taten, ein Vorrat mit Tatwerkzeugen und Tarnoutfits existiert habe. "Ein strukturierteres Vorgehen ist kaum vorstellbar."

Nicht nur im Gericht gab es am Mittwoch Unterstützung für die Angeklagten. Vor dem Gebäude gab es eine kleinere Demonstration, auf der Dutzende Anhänger ihre Solidarität bekundeten. Demonstrationen gab es auch in Berlin, Leipzig und anderen Städten. Der Samstag wurde als "Tag X" ausgerufen, bundesweit soll es Proteste geben, auf einer linken Plattform wurde für jedes Jahr verhängte Haft ein Sachschaden von einer Million Euro angedroht.

Die sächsische Polizei hat für das Wochenende Verstärkung angefordert. In Leipzig stellt man sich auf Krawalle ein, oder wie es im Polizeideutsch heißt, "auf ein Einsatzgeschehen mit teilweise unfriedlichem Verlauf mit hohem Schadenspotenzial". Das Urteil sieht die sächsische Polizei als Bestätigung für die Arbeit der Soko "Linx". Deren Chef Dirk Münster kündigte vergangene Woche neue Verfahren und Ermittlungen an: "Im Grunde genommen haben wir gerade erst angefangen."

SZ

<https://www.sueddeutsche.de/politik/news-nachrichten-ukraine-1.5892982>

SZ am Abend

Nachrichten am 31. Mai 2023

Was heute wichtig war.

Von Katja Guttman
Nachrichten kompakt
Bundesregierung schließt vier russische Generalkonsulate. Damit reagiert das Auswärtige Amt auf die Entscheidung Moskaus, hunderte Bedienstete deutscher Institutionen auszuweisen. Außerdem sollen drei deutsche Konsulate in Russland geschlossen werden. Zum Artikel

Großrazzia bei mutmaßlichen IS-Unterstützern. Mehr als 1000 Polizisten durchsuchen Wohnungen in ganz Deutschland und nehmen sieben mutmaßliche IS-Unterstützer fest. Sie sollen über Telegram Geld für die Terrorgruppe gesammelt haben. Zum Artikel (SZ Plus)

EVG kündigt neue Bahnstreiks an. Auf Millionen Reisende kommen neue Streiks zu, nachdem die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft das Lohnangebot des Deutschen Bahn-Konzerns zurückgewiesen hat. Über den Zeitpunkt berate man in den kommenden Tagen, heißt es. Der Warnstreik soll noch nicht an diesem Wochenende stattfinden. Zum Artikel

[] MEINUNG Diese Bahnstreiks sind unnötig (SZ Plus)

[] Deutsche Bahn: Noch mehr Baustellen: Bahn plant zahlreiche Gleisreparaturen

Mehr als fünf Jahre Haft für Linksextremistin Lina E. Nach Auffassung der Richter gehörte die Studentin einer Gruppe an, die Überfälle auf Mitglieder der rechten Szene begangen hat. Auch ihre drei Mitangeklagten werden verurteilt. Rund 100 Unterstützer von E. protestierten im Gerichtssaal lautstark gegen die Schuldsprüche. Zum Artikel

[] MEINUNG Es gibt keine gute Selbstjustiz - auch nicht gegen Nazis (SZ

Plus)

Deutschlands einziges Silizium-Werk ist in der Krise. In Niederbayern sitzt der bundesweit einzige Hersteller von Rohsilizium. Das Material wird für die Produktion von Photovoltaikanlagen und Mikrochips stark nachgefragt. Doch drei der vier Öfen stehen trotz der Nachfrage seit Monaten still. Der hohe Strompreis aber macht das Produzieren seit vergangenem Jahr unwirtschaftlich. Zum Artikel (SZ Plus)

EXKLUSIV Gerichtsstreit um Til Schweigers "Manta, Manta". Nach den Vorwürfen gegen Til Schweiger wegen Alkoholmissbrauchs, Gewalt, Schikane und Sexismus am Set der Dreharbeiten zum zweiten Teil von "Manta, Manta" gibt es neuen Streit: Drehbuchautor Stefan Cantz, der den ersten Teil geschrieben hatte, verklagt die Filmfirma Constantin. Laut seinen Anwälten habe die Constantin lediglich das Recht, ein Remake des Films zu drehen, nicht aber ein Sequel. Zum Artikel (SZ Plus)

Alles zum Krieg in der Ukraine

In Cherson kann es jeden treffen. Es gibt tatsächlich noch Zivilisten, die in der ukrainischen Seehafenstadt leben, obwohl der Krieg hier jeden Tag einschlägt. Während die Russen wahllos von der anderen Seite des Dnjepr herüberschießen, halten die Ukrainer fast schon trotzig durch. Zum Artikel (SZ Plus)

Russland will Moskaus Luftabwehr stärken. Forderungen nach einem Ausrufen des Kriegsrechts in Russland weist Kreml-Sprecher Peskow zurück. Nach den jüngsten Angriffen auf russisches Gebiet hält sich der Kreml rhetorisch weiter zurück. Zum Liveblog

[] MEINUNG Eskalation des Drohnenkriegs (SZ Plus)

Wo die Front verläuft - Tag 462 (SZ Plus)

Was außerdem noch wichtig war

Inflation gesunken, aber immer noch sehr hoch (SZ Plus)

[] Rechtsextremismus: Drei Festnahmen bei Razzia in Hooligan-Szene

SZ

<https://www.sueddeutsche.de/politik/podcast-nachrichten-syrien-arabische-liga-baschar-al-assad-buergerkrieg-1.5892864>

SZ-Podcast "Auf den Punkt"

Zurück in der Arabischen Liga: Die Syrer sind wütend

Nach mehr als zehn Jahren ist Syrien wieder in die Arabische Liga aufgenommen worden. Warum und was sagen die Syrer und Syrerinnen dazu?

Von Dunja Ramadan und Nadja Schlüter

Am 19. Mai nahm der syrische Machthaber Baschar al-Assad zum ersten Mal seit mehr als zehn Jahren wieder an einem Gipfeltreffen der Arabischen Liga teil - und wurde damit auch wieder offiziell in diese Gemeinschaft aus 22 arabischen Staaten aufgenommen.

2011 wurde Syrien aus der Liga ausgeschlossen. Damals hat Assad die Proteste gegen sein autoritäres Regime gewaltsam niederschlagen lassen. Im syrischen Bürgerkrieg sind seither mehr als 350 000 Menschen ums Leben gekommen, mehr als 14 Millionen Menschen wurden durch die Kämpfe vertrieben und das Regime hat zahlreiche Kriegsverbrechen begangen.

Als Gründe für die Wiederaufnahme Syriens in die Arabische Liga nennt Dunja Ramadan, SZ-Politikredakteurin, unter anderem die kürzlich verbesserten Beziehungen zwischen den regionalen Erzfeinden Saudi-Arabien und Iran, dessen Regime Assad unterstützt, sowie die Hoffnung vieler syrischer Nachbarländer,

die Geflüchteten zurückschicken zu können.

Viele Menschen in Syrien sehen die Wiederaufnahme in die Arabische Liga aber sehr kritisch. "Ich glaube schon, dass eine Mehrheit der Zivilbevölkerung immer noch an die Grundwerte der syrischen Revolution glaubt. Also an ein Leben in Würde, in Freiheit, ein Leben in Demokratie", sagt Ramadan. Sie wünschten sich weiterhin ein Syrien ohne Assad. Durch die internationale Rehabilitierung des Machthabers ist das aber noch einmal unwahrscheinlicher geworden.

Hier geht es zu Dunja Ramadans Text über die Reaktionen der Menschen in Idlib.

Weitere Nachrichten: Mehr als fünf Jahre Haft für Lina E., EVG kündigt weitere Streiks an, Großrazzia bei IS-Unterstützern.

Moderation, Redaktion: Nadja Schlüter

Redaktion: Antonia Franz, Jonas Junack

Produktion: Jakob Arnu

Zusätzliches Audiomaterial über Reuters, Twitter @HadiAlabdallah

So können Sie unseren Nachrichtenpodcast abonnieren:

"Auf den Punkt" ist der Nachrichtenpodcast der Süddeutschen Zeitung zu den wichtigsten Themen des Tages. Der Podcast erscheint von Montag bis Freitag immer um 17 Uhr. Sie finden alle Folgen auf [sz.de/nachrichtenpodcast](https://www.sz.de/nachrichtenpodcast). Verpassen Sie keine Folge und abonnieren Sie unser Audio-Angebot in Ihrer Lieblings-Podcast-App oder bei iTunes, Spotify, Deezer, Audio Now. Eine Übersicht über all unsere Podcasts finden Sie unter www.sz.de/podcast und hier erfahren Sie, wie Sie unsere Podcasts hören können.

Sie haben Fragen oder Anregungen? Dann schreiben Sie uns: podcast@sz.de.

SZ

<https://www.sueddeutsche.de/meinung/lina-e-linksextremismus-selbstjustiz-kommentar-1.5892304>

Linke Gewalt

Es gibt keine gute Selbstjustiz - auch nicht gegen Nazis

Die hohe Haftstrafe für Lina E. ist vertretbar, der Staat kann diese Art von Gewalt nicht dulden. Und doch weckt das Urteil gemischte Gefühle: Sachsens Ermittler gehen nicht mit gleicher Härte gegen rechte Schlägertrupps vor.

Kommentar von Ronen Steinke

Spricht etwas dagegen, wenn der Rechtsstaat sich Personen vorknöpf, die meinen, antifaschistische Bürgerwehr spielen zu dürfen - und zwar nicht, indem sie schützend und hilfsbereit vor Flüchtlingsheimen wachen oder indem sie etwa linke Konzerte in unwirtlichen Gegenden absichern, jederzeit bereit, sich in Notwehr zu verteidigen, sondern indem sie nachts auf Rache Streifzug gehen? Als Vollstrecker ihrer eigenen Gesetze? Im Morgengrauen vor Privathäusern, bewaffnet mit Hämmern oder Schlagstöcken?

Nein, natürlich nicht. Es spricht auch nichts dagegen, dass der Rechtsstaat, wie jetzt im Fall der Leipziger Antifa-Organisatorin Lina E. geschehen, eine Lektion vermitteln will und eine Haftstrafe verhängt. Eine demonstrative Verurteilung, die auch anderen Militanten eine Warnung sein soll. Es gibt keine "gute" Selbstjustiz. Es gibt keine "berechtigten" Knochenbrecherei im Morgengrauen, selbst wenn sie sich gegen tatsächlich gefährliche Neonazis richtet. Das Gewaltmonopol hat der Staat - und wie er keine Körperstrafen verhängen und vollstrecken darf, so dürfen das erst recht und selbstverständlich keine Privatleute.

Wenn dennoch gemischte Gefühle zurückbleiben nach dem mit gigantischem Aufwand betriebenen Strafprozess gegen die Leipzigerin Lina E. und drei weitere junge Autonome, die mit ihr eine "kriminelle Vereinigung" gebildet haben

sollen, dann liegt das an der Selektivität, mit der der Rechtsstaat hier vorgegangen ist. Schon wieder, muss man hinzufügen. Die Sicherheitsbehörden in Sachsen haben die größtmöglichen Scheinwerfer auf die linke Szene geworfen, eine eigene Polizei-Soko, ein breites Arsenal an Überwachungsmethoden, viel Druck vom Innenminister, um anklagbare Fälle zu finden: Akribischer geht es kaum.

Die Linken seien so schlimm wie die Rechten - wirklich?

Übeltaten, die aus der linken Szene kommen, nach allen Regeln der Kunst auszuleuchten und rasch und strikt vor Gericht zu bringen, das ist ein Lieblingsprojekt einer sächsischen Landespolitik gewesen, die währenddessen gegen rechte Hetzer und Gewalttäter noch immer oft eher lasch vorgeht. Die Linken seien ja genauso schlimm - das ist nicht nur ein zynischer Whataboutism, mit dem die Behörden von eigener, schlechter Arbeit ablenken. Es ist auch unseriös, die gesellschaftliche Wirkung beständigen Terrors gegen Flüchtlinge, Schwule, Muslime und andere, die nur ihr Leben leben wollen, mit der vom Umfang her viel geringeren - und reaktiven - Gewalt der Antifa gleichzusetzen.

Die einen landen im grellen Licht staatlicher Ermittlungen, die anderen oft bloß im Halbschatten: Das Zerrbild linker und rechter Gewalt, das Ermittler auf diese Weise produzieren, ist etwas, an dem der Staatsschutzsenat am Oberlandesgericht Dresden nichts mehr ändern konnte, der nun am Mittwoch Lina E. und ihre Mitbeschuldigten schuldig gesprochen hat. Ein Gericht kann nur die Fälle verhandeln, die man ihm vorlegt. Aber fünf Jahre und drei Monate Haft für Lina E.: Das ist eine Härte, die im Vergleich etwa zu den teils milden Strafen für die extrem rechten Helfer der NSU-Mordbande den Eindruck verstärkt, es gelte hier zweierlei Maß.

Damit hat der Staat es der ganz linken Szene zu einfach gemacht, die Kritik an ihr als "politisieren" abzutun und von sich fernzuhalten. Eine Kritik an Selbstgerechtigkeit und Mackertum in linken Reihen, die sehr nötig wäre.

SZ

<https://www.sueddeutsche.de/politik/lina-e-linksextremismus-justiz-antifa-ost-1.5892012>

Linksextremismus

Mehr als fünf Jahre Haft für Lina E.

Nach Auffassung der Richter gehörte die Studentin einer Gruppe an, die Überfälle auf Mitglieder der rechten Szene begangen hat. Auch ihre Mitangeklagten werden verurteilt. Nach dem Urteil wird es laut im Saal.

Die Linksextremistin Lina E. muss fünf Jahre und drei Monate ins Gefängnis. Das Oberlandesgericht Dresden verurteilte die 28-Jährige unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, zum Teil in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung. Gegen ihre drei Mitangeklagten Lennart A., Jannis R. und Jonathan M. wurden Haftstrafen zwischen zweieinhalb Jahren und drei Jahren und drei Monaten verhängt.

Die aus Kassel stammende Studentin sitzt bereits seit etwa zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft. In linken Kreisen wird sie als Heldin verehrt. Das Urteil wurde im Gerichtssaal von etwa 100 Unterstützern der Angeklagten verfolgt. Sie hatten Lina E. und die drei Mitangeklagten mit Applaus und Sprechchören empfangen und minutenlang gefeiert. Nach dem Urteil wurde der Prozess kurzzeitig wegen Unruhe unterbrochen. Zuschauer protestierten gegen den Richterspruch und riefen "Faschofreunde" und "Scheiß Klassenjustiz".

Die Staatsschutzkammer blieb unter

den Strafanträgen der Bundesanwaltschaft, die acht Jahre Haft für Lina E. gefordert hatte. Neben der Bildung einer kriminellen Vereinigung warf sie ihr auch gefährliche Körperverletzung, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und räuberischen Diebstahl vor.

Die Gruppe um Lina E. überfiel nach Überzeugung der Anklage zwischen 2018 und 2020 nicht nur echte oder vermeintliche Rechtsextreme. Die Attacken hätten sich nicht nur gegen die Betroffenen gerichtet, sondern seien ein Angriff auf den Rechtsstaat als Ganzes. Ausschlaggebend für die Vereinigung seien eine militante linksextremistische Ideologie und die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols.

Die Verteidigung hatte dagegen Freisprüche in fast allen Anklagepunkten gefordert. Sie sah weder eine kriminelle Vereinigung am Werk, noch hielt sie die konkrete Tatbeteiligung für nachgewiesen. Das Verfahren sei von Anfang an politisiert gewesen, E. zudem vorverurteilt worden. Sie saß als einzige Angeklagte in Untersuchungshaft.

Vor Gericht hatte ein Aussteiger aus der linken Szene als Kronzeuge ausgesagt und vor allem Lina E. belastet. Die Beschuldigten schwiegen zu den Vorwürfen und machten jedoch Angaben zur Person. Nur E. ergriff beim "letzten Wort" die Chance und bedankte sich bei ihren Eltern, Angehörigen, allen Unterstützern und Verteidigern. Zu diesem Zeitpunkt war ihr das mögliche Strafmaß schon bekannt. Für diesen Mittwoch sind mehrere Antifa-Demonstrationen angekündigt. Für Samstag gibt es einen bundesweiten Protestaufruf.

SZ/saul

<https://www.sueddeutsche.de/politik/lina-e-evg-deutsche-bahn-streik-nordkorea-1.5891731>

SZ am Morgen

Nachrichten des Tages - die Übersicht für Eilige

Was wichtig ist und wird.

Von Oliver Klasen

Was heute wichtig ist

Gericht verkündet Urteil gegen Lina E.: Die mutmaßliche Linksextremistin steht in Dresden für eine Serie von Angriffen auf Neonazis vor Gericht. Die Bundesanwaltschaft hat acht Jahre Haft gefordert. Der Prozess ist politisch aufgeladen, die linksextreme Szene ruft für diesen Mittwoch den "Tag X" aus - und kündigt Proteste an. Zum Artikel (SZ Plus)

EVG lehnt Lohnangebot der Bahn ab. Die Gewerkschaft nennt bis zu zwölf Prozent mehr Gehalt für zwei Jahre "unzureichend". Nun sind neue Streiks möglich, falls die Tarifpartner nicht zu Verhandlungen finden. EVG-Verhandlungsführer Lorocho fordert die Deutsche Bahn auf, ein ganz neues Angebot zu machen und bereits an diesem Mittwoch zu verhandeln. Das Unternehmen erteilt weiteren Verhandlungen aber eine Absage. "Das ist im Moment sinnlos, weil die EVG sich keinen Millimeter bewegt", sagt DB-Personalvorstand Seiler. Zum Artikel

Nordkorea räumt misslungenen Start eines Aufklärungssatelliten ein. In Südkoreas Hauptstadt Seoul gehen kurzzeitig die Alarmsirenen an wegen eines "nicht normalen Fluges" einer Rakete. Wenig später gibt es Entwarnung. Der Satellit ist mit seiner Trägerrakete ins Meer gestürzt. Zum Artikel

Tui-Chef setzt auf Themen-Kreuzfahrten. Die Zukunft des Tourismus liege auch in Pauschalreisen, sagt Sebastian Ebel, der an der Spitze des größten Reisekonzerns der Welt steht. Tui will zum Beispiel Kreuzfahrten anbieten, die sich gezielt an Heavy-Metal- oder Schlager-Fans

richten. Damit ließen sich neue und junge Kunden erreichen. Zum Interview (SZ Plus)

Polnische PiS-Partei will russische Einflüsse auf die Politik untersuchen. Die rechtspopulistische Regierung in Warschau plant, eine "Kommission zur Untersuchung russischer Einflüsse auf die innere Sicherheit Polens in den Jahren 2007 bis 2022" einzurichten. Damit will sie im Wahlkampf vor allem ihren gefährlichsten Gegner, den liberalen Oppositionsführer Tusk, schwächen. Zum Artikel

Bergsteiger Luis Stitzinger tot aufgefunden. Ein Team aus fünf Sherpa-Guides fand oberhalb von 8000 Metern die Leiche des seit Tagen vermissten 54-Jährigen. Er hatte versucht, den Kangchendzönga im Himalaya zu besteigen, den dritthöchsten Berg der Welt. Bergsteigerin Billi Bierling organisierte die Suchaktion und erklärt, warum gerade dieser Aufstieg so gefährlich ist. Zum Interview (SZ Plus)

News zum Krieg in der Ukraine

Russland feuert 31 "Shahed"-Drohnen auf Kiew. Nie zuvor seit Beginn des Krieges hat das russische Militär die ukrainische Hauptstadt so heftig bombardiert wie in diesem Mai. Laut Bürgermeister Klitschko kamen bei dem Angriff am Dienstag mehrere Menschen ums Leben. Zum Artikel (SZ Plus)

Selenskij lobt Scholz für dessen "Entschlossenheit". Der ukrainische Präsident sagt, er habe dem Bundeskanzler bei einem Telefonat für deutsche Luftverteidigungssysteme gedankt. Die Atomenergiebehörde IAEA hat Richtlinien zum Schutz des AKW Saporischschja formuliert. Zum Liveblog

□ Drohnen über Moskau: Darf die Ukraine russisches Territorium angreifen?

Weitere wichtige Themen

□ Bayerisches Landesamt für Umwelt: Schafe wurden von Bär gerissen

□ Nvidia: Erster Chiphersteller schafft die Billionen-Markte (SZ Plus)

□ Italien: Top-Moderatorin Lucia Annunziata verlässt das öffentlich-rechtliche Fernsehen - aus Protest gegen die Regierung (SZ Plus)

SZ

Vorbereitung auf „Tag X“

Leipzig – Die Polizei rechnet für den linksautonomen „Tag X“ in Leipzig am kommenden Samstag mit dem größten Polizeieinsatz seit zwei Jahren. Da es auch Aufrufe zur Militanz und massive Gewaltankündigungen gebe, stelle sich die Polizei „auf ein Einsatzgeschehen mit teilweise unfriedlichem Verlauf mit hohem Schadenspotenzial“ ein, teilte die Polizeidirektion Leipzig am Dienstag mit. Neben den erwarteten Aktionen der Linken stehen in Leipzig noch Großveranstaltungen wie das Stadtfest und ein Konzert von Herbert Grönemeyer an. Als „Tag X“ gilt der Samstag nach dem Urteil im Dresdner Linksextremismus-Prozess gegen die Studentin Lina E. und drei Mitangeklagte. Ihnen werden Überfälle auf mutmaßliche Neonazis sowie die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Das Urteil soll nach fast 100 Verhandlungstagen am Mittwoch gesprochen werden. **DPA**

Von Iris Mayer

Dresden – Die entscheidenden Worte hat sie sauber notiert, blaue Handschrift auf weißem Papier, abgeheftet in einem Klarsichtordner. Da steht der Dank an ihre Eltern und ihre „starken Onis“, an ihre Anwälte, die Freundinnen und alle, die ihr noch Briefe schreiben und sie im Gefängnis besuchen. „Mein letztes Wort in diesem Prozess“, liest die Angeklagte Lina E. am 97. Verhandlungstag mit leichtem Stocken in der Stimme vor, „soll Danke sein.“ Es gibt Applaus im Zuschauerraum, wo die 28-Jährige seit Prozessbeginn vor ein- und halb Jahren von ihren Anhängern als Heldin bejubelt wird. Dann schließt der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats die Verhandlung.

„Free Lina“-Graffiti finden sich nicht nur in Deutschland, sondern bis auf die Kanaren

An diesem Mittwoch wird der Staatschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden sein Urteil darüber verkünden, ob die Kasseler Studentin der Kopf einer kriminellen Vereinigung und damit verantwortlich für eine Serie von brutalen Überfällen auf echte oder vermeintliche Rechtsextremisten war. Die Bundesanwaltschaft hat acht Jahre Haft für Lina E. gefordert, neben der Bildung einer kriminellen Vereinigung auch wegen gefährlicher Körperverletzung, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und räuberischen Diebstahls; für drei mitangeklagte Männer zwischen zwei Jahren und neun Monaten und drei Jahren und neun Monaten. Die Verteidigung fordert Freisprüche in fast allen Anklagepunkten. Sie sieht weder eine kriminelle Vereinigung am Werk, noch hält sie die konkrete Tatbeteiligung für nachgewiesen. Sie beklagt ein politisiertes Verfahren, Lina E. sei von Anfang an vorverurteilt worden.

Die 28-Jährige sitzt als einzige Angeklagte in Untersuchungshaft – seit zweieinhalb Jahren. Im November 2020 wurde sie in Handschellen im Hubschrauber nach Karlsruhe zum Ermittlungsrichter gebracht, wie es die Ermittler sonst nur bei Terrorverdächtigen tun. Die Vorwürfe des Generalbundesanwalts wiegen schwer: Die Gruppe um Lina E. habe den Rechtsstaat angegriffen, ausschlaggebend für die Vereinigung seien eine militante linksextremistische Ideologie und die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols. Die Oberstaatsanwältin Alexandra Geilhorn beschuldigte Lina E. in ihrem Plädoyer ein beachtliches Maß an Abgehörtheit.

Entsprechend groß ist der Solidarisierungseffekt in der linken Szene, „Free Lina“-Graffiti finden sich nicht nur in ihrer Wahlheimat Leipzig, sondern bis auf die Kanaren. Für ihre Unterstützer ist klar, dass Lina E., Janis R., Lennart A. und Jonathan M. aus einer Art moralischer Notwehr agierten. Weil der Staat im Kampf gegen Rechtsextreme oft genug versagt, mussten sie handeln – so sieht das die linksautonome Szene. Ähnlich hat auch die Verteidigung im Prozess argumentiert, durch den sich die große Frage zieht, ob es so etwas geben kann wie gute politische Gewalt.

Denn die angeklagten Taten – begangen zwischen Oktober 2018 und Frühjahr 2020 – kamen nicht aus dem Nichts. Im Ja-

nuar 2016 zogen mehrere Hundert Neonazis und Hooligans durch den linken Leipziger Stadtteil Connewitz, zerschlugen Schaufenster, demolierten Autos mit Äxten und Eisenstangen, zündeten Pyrotechnik und Brandsätze. Obwohl viele Täter der Polizei bekannt waren, schleppte sich die juristische Aufarbeitung, es dauerte zweieinhalb Jahre bis zum ersten Prozess. Zwei Monate später, im Oktober 2018, wurde der ehemalige Leipziger NPD-Stadtrat Enrico Böhm vor seinem Wohnhaus verprügelt. Es war der erste Überfall, der den Angeklagten zur Last gelegt wird. Es folgten weitere: Noch im Oktober 2018 wurde der Neonazi Cedric S. krankenhausauffällig geschlagen, er war am Überfall auf Connewitz beteiligt. Im Januar 2019 traf es einen Kanalarbeiter in Connewitz, der die Mütze eines rechten Labels trug. Ihm wurden Jochbein und Schädelknochen gebrochen. Er selbst sagte vor Gericht aus, dass er sich schon lange von der rechten Szene losgesagt habe.

Und da war der Sturm auf das rechte Szenelokal „Bulls Eye“ in Eisenach im Oktober 2019, als Vermummte Fenster zerschlu-

gen und Wirt und Gäste verletzt. Zwei Monate später der erneute Überfall auf den Kneipenwirt Leon R., diesmal vor seiner Wohnung in Eisenach. Da war zudem die Prügelattacke am Wurzenener Bahnhof im Februar 2020, auf sechs Personen, die von einem Aufmarsch in Dresden kamen und eine Reichskriegsflagge dabei hatten.

Für all das präsentierte die Bundesanwaltschaft vor Gericht zwar Belastendes, DNA-Spuren, abgehörte Telefonate, Blitzerfotos. Doch es blieben Zweifel, auch weil Zeugen widersprüchlich aussagten, zum Beispiel erst keine Frau am Tatort gesehen hatten, sich vor Gericht aber plötzlich an Lina E. erinnern wollten.

Dann präsentierte die Anklage überraschend einen Kronzeugen: Johannes D., einen Aussteiger aus der linksextremen Szene. Er brach die eiserne Regel, nicht mit Polizei und Justiz zusammenzuarbeiten. Er lieferte den Ermittlern Namen und skizzierte Strukturen, berichtete, wie kommuniziert wurde und wie Trainings für Überfälle liefen. Er belastete vor allem Lina E. und ihren untergetauchten Verlobten, Johann G., nach dem die Polizei fahndet.

Dass die Bundesanwaltschaft ihren Vorwurf der kriminellen Vereinigung aufrechterhalten konnte – obwohl sie dafür weder ein Gründungsdatum, eine genaue Struktur, einen Namen oder eine Smoking Gun liefern konnte, wie es Geilhorn selbst einräumte –, verdankt sie der Aussage dieses Kronzeugen. Doch auch nach seinen Darstellungen blieben Fragen offen, selbst das LKA beschuldigte ihn ein taktisches Ausgavehalten. Laut der Beschreibung von Johannes D. funktionierte die Gruppe eher wie ein Start-up und weniger wie eine straff geführte Verbindung. Am Überfall

auf Leon R. war er selbst beteiligt, wurde dafür von einem anderen Gericht dank der Kronzeugenregel nur zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Den Ermittlern unterlief zudem ein erheblicher Fehler. So war der Bundesanwaltschaft aus einem anderen Verfahren bekannt, dass Jonathan M. für den Überfall auf das „Bulls Eye“ ein aktenkundiges Alibi hat, dennoch wurde er für die Attacke angeklagt. An ein Versehen, wie es Geilhorn geltend machte, mochte die Verteidigung nicht glauben. Für sie ist das Beleg für die einseitigen Ermittlungen der Anklagebe-

hörde und eine Beweislastumkehr im Verfahren. „Im Zweifel gegen die Angeklagten“ sei das Motto gewesen.

Einige der angegriffenen Opfer sind selbst Täter. Gegen den Eisenacher Kneipenwirt Leon R. hat die Bundesanwaltschaft gerade Anklage erhoben wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung. Seine Neonazi-Kampfsportgruppe namens „Knockout 51“ hatte nach Überzeugung der Ermittler das Ziel, Personen aus der linksextremen Szene zu töten. Enrico Böhm wurde im Sommer 2022 verhaftet, wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer rechtsextremistischen kriminellen Vereinigung.

Der Auflauf von Unterstützern vor und im Gerichtsgebäude dürfte massiv werden

Zu alledem haben die Angeklagten vor Gericht geschwiegen, nur über ein paar persönliche Dinge sprachen sie. Lina E. berichtete über ihr Sozialpädagogikstudium in Halle, wie sie nebenher Jugendliche in einer Wohngruppe betreute, einmal ein Kind davor bewahrte, eine Glasscherbe zu schlucken. Politisches gab sie nicht preis, nur so viel: Sie habe sich gefragt, was in der pädagogischen Arbeit mit Neonazis in Thüringen schiefgelaufen sei. Das Thema ihrer Bachelorarbeit: „Zum Umgang mit Neonazismus in der Jugendarbeit. Der NSU im Jugendclub Winzerla“, dafür gab es die Note „sehr gut“. Die NSU-Terroristin Beate Zschäpe verbüßt ihre lebenslange Haftstrafe in der JVA Chemnitz, dort sitzt auch E.

Dass mit dem Urteil gegen Lina E. und ihre Mitangeklagten Ruhe einkehrt, ist unwahrscheinlich. Der Auflauf von Unterstützern vor und im Gerichtsgebäude dürfte am Mittwoch massiv werden. Den Samstag hat die linksradikale Szene zum „Tag X“ ausgerufen. Es soll Demonstrationen in Leipzig und anderen Städten geben, auf der Plattform Indymedia drohten Radikale für jedes Jahr verhängte Haftstrafe eine Million Euro Sachschaden bundesweit an. Diese Drohungen nehme man sehr ernst, sagt Dirk Münster, Leiter der Staatschutzabteilung beim LKA Sachsen. Münster ist als Chef der Soko Linx das Feindbild für viele in der autonomen Szene, wird auch persönlich bedroht.

Auf einer Solidaritätsdemo für Lina E. im September 2021 zog der Schwarze Block in Leipzig ein Banner mit dem Spruch auf: „Dirk Münster, bald ist er aus der Traum, dann liegt du im Kofferraum“. Mit Blick auf „Tag X“ sagte Münster der *Sächsischen Zeitung*: „Wenn es das Ziel ist, mehrere Millionen Euro Sachschaden anzurichten, müssen wir davon ausgehen, dass es nicht nur Polizeigebäude treffen soll.“



Für kommenden Samstag hat die linksradikale Szene Proteste in mehreren Städten, wie auf dem Bild im Herbst 2021 in Berlin, angekündigt.

FOTO: JAN WOITAS/DPA

Gewalt gegen Gewalt

Am Mittwoch soll gegen die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. das Urteil wegen einer Serie von Angriffen auf Neonazis verkündet werden. Der Prozess ist politisch aufgeladen, schon jetzt wird mit Vergeltung gedroht

<https://www.sueddeutsche.de/politik/lina-e-linksextremismus-prozess-antifa-ost-urteil-1.5888253>

Linksextremismus

Gewalt gegen Gewalt

Die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. steht für eine Serie von Angriffen auf Neonazis vor Gericht. Der Prozess ist politisch aufgeladen, schon vor der Urteilsverkündung an diesem Mittwoch ruft die linke Szene den "Tag X" aus.

Von Iris Mayer

Die entscheidenden Worte hat sie sauber notiert, blaue Handschrift auf weißem Papier, abgeheftet in einem Klarsichtordner. Da steht der Dank an ihre Eltern und ihre "starken Omis", an ihre Anwälte, die Freundinnen und alle, die ihr noch Briefe schreiben und sie im Gefängnis besuchen. "Mein letztes Wort in diesem Prozess", liest die Angeklagte Lina E. am 97. Verhandlungstag mit leichtem Stocken in der Stimme vor, "soll Danke sein." Es gibt Applaus im Zuschauerraum, wo die 28-Jährige seit Prozessbeginn vor eineinhalb Jahren von ihren Anhängern als Heldin bejubelt wird. Dann schließt der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats die Verhandlung.

An diesem Mittwoch wird der Staatschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden sein Urteil darüber verkünden, ob die Kasseler Studentin der Kopf einer kriminellen Vereinigung und damit verantwortlich für eine Serie von brutalen Überfällen auf echte oder vermeintliche Rechtsextremisten war. Die Bundesanwaltschaft hat acht Jahre Haft für Lina E. gefordert, neben der Bildung einer kriminellen Vereinigung auch wegen gefährlicher Körperverletzung, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und räuberischen Diebstahls; für drei mitangeklagte Männer zwischen zwei Jahren und neun Monaten und drei Jahren und neun Monaten. Die Verteidigung fordert Freisprüche in fast allen Anklagepunkten. Sie sieht weder eine kriminelle Vereinigung am Werk, noch hält sie die konkrete Tatbeteiligung für nachgewiesen. Sie beklagt ein politisiertes Verfahren, Lina E. sei von Anfang an vorverurteilt worden.

Kann es gute politische Gewalt geben?

Die 28-Jährige sitzt als einzige Angeklagte in Untersuchungshaft - seit zweieinhalb Jahren. Im November 2020 wurde sie in Handschellen im Hubschrauber nach Karlsruhe zum Ermittlungsrichter gebracht, wie es die Ermittler sonst nur bei Terrorverdächtigen tun. Die Vorwürfe des Generalbundesanwalts wiegen schwer: Die Gruppe um Lina E. habe den Rechtsstaat angegriffen, ausschlaggebend für die Vereinigung seien eine militante linksextremistische Ideologie und die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols. Die Oberstaatsanwältin Alexandra Geilhorn bescheinigte Lina E. in ihrem Plädoyer

ein beachtliches Maß an Abgebrühtheit.

Entsprechend groß ist der Solidarisierungseffekt in der linken Szene, "Free Lina"-Graffiti finden sich nicht nur in ihrer Wahlheimat Leipzig, sondern bis auf die Kanaren. Für ihre Unterstützer ist klar, dass Lina E., Jannis R., Lennart A. und Jonathan M. aus einer Art moralischer Notwehr agierten. Weil der Staat im Kampf gegen Rechtsextreme oft genug versagt, mussten sie handeln - so sieht das die linksautonome Szene. Ähnlich hat auch die Verteidigung im Prozess argumentiert, durch den sich die große Frage zieht, ob es so etwas geben kann wie gute politische Gewalt.

Denn die angeklagten Taten - begangen zwischen Oktober 2018 und Frühjahr 2020 - kamen nicht aus dem Nichts. Im Januar 2016 zogen mehrere Hundert Neonazis und Hooligans durch den linken Leipziger Stadtteil Connewitz, zerschlugen Schaufenster, demolierten Autos mit Äxten und Eisenstangen, zündeten Pyrotechnik und Brandsätze. Obwohl viele Täter der Polizei bekannt waren, schleppte sich die juristische Aufarbeitung, es dauerte zweieinhalb Jahre bis zum ersten Prozess.

Jochbein und Schädelknochen gebrochen

Zwei Monate später, im Oktober 2018, wurde der ehemalige Leipziger NPD-Stadtrat Enrico Böhm vor seinem Wohnhaus verprügelt. Es war der erste Überfall, der den Angeklagten zur Last gelegt wird. Es folgten weitere: Noch im Oktober 2018 wurde der Neonazi Cedric S. krankenhaushausreif geschlagen, er war am Überfall auf Connewitz beteiligt. Im Januar 2019 traf es einen Kanalarbeiter in Connewitz, der die Mütze eines rechten Labels trug. Ihm wurden Jochbein und Schädelknochen gebrochen. Er selbst sagte vor Gericht aus, dass er sich schon lange von der rechten Szene losgesagt habe.

Und da war der Sturm auf das rechte Szenelokal "Bulls Eye" in Eisenach im Oktober 2019, als Vermummte Fenster zerschlugen und Wirt und Gäste verletzten. Zwei Monate später der erneute Überfall auf den Kneipenwirt Leon R., diesmal vor seiner Wohnung in Eisenach. Da war zudem die Prügelattacke am Wurzenener Bahnhof im Februar 2020, auf sechs Personen, die von einem Aufmarsch in Dresden kamen und eine Reichskriegsflagge dabei hatten.

Für all das präsentierte die Bundesanwaltschaft vor Gericht zwar Belastendes, DNA-Spuren, abgehörte Telefonate, Blitzerfotos. Doch es blieben Zweifel, auch weil Zeugen widersprüchlich aussagten, zum Beispiel erst keine Frau am Tatort gesehen hatten, sich vor Gericht aber plötzlich an Lina E. erinnern wollten. Dann präsentierte die Anklage überraschend einen Kronzeugen: Johannes D., einen Aussteiger aus der linksextremen Szene. Er brach die eiserne Regel, nicht mit Polizei und Justiz zusammenzuarbeiten. Er lieferte den Ermittlern Namen und skizzierte Strukturen, berichtete, wie kommuniziert wurde und wie Trainings für Überfälle liefen. Er belastete vor allem Lina E. und ihren untergetauchten Verlobten, Johann G., nach dem die Polizei fahndet.

Dass die Bundesanwaltschaft ihren Vorwurf der kriminellen Vereinigung aufrechterhalten konnte - obwohl sie dafür weder ein Gründungsdatum, eine genaue Struktur, einen Namen oder eine Smoking Gun liefern konnte, wie es Geilhorn selbst einräumte -, verdankt sie der Aussage dieses Kronzeugen. Doch auch nach seinen Darstellungen blieben Fragen offen, selbst das LKA bescheinigte ihm ein taktisches Aussageverhalten. Laut der Beschreibung von Johannes D. funktionierte die Gruppe eher wie ein Start-up und weniger wie eine straff geführte Verbindung. Am Überfall auf Leon R. war er selbst beteiligt, wurde dafür von einem anderen Gericht dank der Kronzeugenregel nur zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Den Ermittlern unterlief zudem ein erheblicher Fehler. So war der Bundesanwaltschaft aus einem anderen Verfahren bekannt, dass Jonathan M. für den Überfall auf das "Bulls Eye" ein aktenkundiges Alibi hat, dennoch wurde er für die Attacke angeklagt. An ein Versehen, wie es Geilhorn geltend machte, mochte die Verteidigung nicht glauben. Für sie ist das Beleg für die einseitigen Ermittlungen der Anklagebehörde und eine Beweislastumkehr im Verfahren. "Im Zweifel gegen die Angeklagten" sei das Motto gewesen.

Bachelor-Arbeit zum NSU

Einige der angegriffenen Opfer sind selbst Täter. Gegen den Eisenacher Kneipenwirt Leon R. hat die Bundesanwaltschaft gerade Anklage erhoben wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung. Seine Neonazi-Kampfsportgruppe "Knockout 51" hatte nach Überzeugung der Ermittler das Ziel, Personen aus der linksextremen Szene zu töten. Enrico Böhm wurde im Sommer 2022 verhaftet, wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer rechtsextremistischen kriminellen Vereinigung.

Zu alledem haben die Angeklagten vor Gericht geschwiegen, nur über ein paar persönliche Dinge sprachen sie. Lina E. berichtete über ihr Sozialpädagogik-Studium in Halle, wie sie nebenher Jugendliche in einer Wohngruppe betreute, einmal ein Kind davor bewahrte, eine Glasscherbe zu schlucken. Politisches gab sie nicht preis, nur so viel: Sie habe sich gefragt, was in der pädagogischen Arbeit mit Neonazis in Thüringen schiefe gelaufen sei. Das Thema ihrer Bachelorarbeit: "Zum Umgang mit Neonazismus in der Jugendarbeit. Der NSU im Jugendclub Winzerla", dafür gab es die Note "sehr gut". Die NSU-Terroristin Beate Zschäpe verbüßt ihre lebenslange Haftstrafe in der JVA Chemnitz, dort sitzt auch E.

Dass mit dem Urteil gegen Lina E. und ihre Mitangeklagten Ruhe einkehrt, ist unwahrscheinlich. Der Aufruf von Unterstützern vor und im Gerichtsgebäude dürfte am Mittwoch massiv werden. Den Samstag hat die linksradikale Szene zum "Tag X" ausgerufen. Es soll Demonstrationen in Leipzig und anderen Städten geben, auf der Plattform Indymedia drohten Radikale für jedes Jahr verhängte Haftstrafe eine Million

Artikel:

Euro Sachschaden bundesweit an.

Diese Drohungen nehme man sehr ernst, sagt Dirk Münster, Leiter der Staatsschutzabteilung beim LKA Sachsen. Münster ist als Chef der Soko Linx das Feindbild für viele in der autonomen Szene, wird auch persönlich bedroht. Auf einer Solidaritätsdemo für Lina E. im September 2021 zog der Schwarze Block in Leipzig ein Banner mit dem Spruch auf: "Dirk Münster, bald ist er aus der Traum, dann liegst du im Kofferraum". Mit Blick auf "Tag X" sagte Münster der Sächsischen Zeitung: "Wenn es das Ziel ist, mehrere Millionen Euro Sachschaden anzurichten, müssen wir davon ausgehen, dass es nicht nur Polizeigebäude treffen soll."

Hinweis der Redaktion: In einer früheren Version hieß es, das Aufmacherbild sei in Berlin aufgenommen. Es stammt aber aus Leipzig.

SZ

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/podcast-nachrichten-auf-den-punkt-lina-e-linksextremismus-1.5811504>

SZ-Podcast "Auf den Punkt"

Der Fall Lina E.: Politische Justiz oder linke Terroristin?

Der Prozess um Lina E. neigt sich dem Ende zu. Für die linke Szene ist sie eine Ikone, für die Bundesanwaltschaft die Anführerin einer kriminellen Vereinigung.

Von Johannes Korsche und Iris Mayer
An die Bilder aus dem November 2020 kann man sich auch heute noch erinnern: Die Studentin Lina E. steigt in Handschellen aus einem Polizei-Hubschrauber, wird in Karlsruhe dem Hafttrichter vorgeführt. Ihr wird vorgeworfen, die Anführerin einer kriminellen Vereinigung gewesen zu sein. Inzwischen steht sie seit eineinhalb Jahren vor Gericht und diese Woche hat ihre Verteidigung ihr Plädoyer gehalten. Eindrücke von Iris Mayer, die für die SZ aus dem Gerichtssaal berichtet hat.

Mayer hat da eine Frau erlebt, "mit sehr vielen Unterstützern, mit Familie, mit Freunden, die da waren." Und das trotz "wirklich sehr, sehr strengen Sicherheitsvorschriften: Jeder Besucher, jeder Berichterstatte, der da reingeht, wird penibel kontrolliert, muss die Schuhe ausziehen, alles wird durchleuchtet. Und über dem Gebäude kreist ein Hubschrauber." Die Bundesanwaltschaft fordert acht Jahre Haft für Lina E. "Die Verteidiger haben in ihrem Plädoyer vor allen Dingen geltend gemacht, dass die Bundesanwaltschaft jedes Indiz gegen die Angeklagten gewertet hat", so Mayer.

Weitere Nachrichten: Nato-Generalsekretär Stoltenberg in Kiew, Klimabericht des Klimabeobachtungsdienstes Copernikus veröffentlicht.

Moderation, Redaktion: Johannes Korsche
Redaktion: Tami Holderried, Wanda-Silberhorn

Produktion: Benjamin Markthaler
Weiterlesen:

Den Bericht von Iris Mayer aus dem Gericht, in dem sie die Kuschhände und Herzgesten beschreibt, finden Sie hier .

Den Kommentar von Dunja Ramadan zum Abitur in NRW und dem Ausweichtermin an diesem Freitag, dem Tag des Festes des muslimischen Fastenbrechens lesen Sie hier .

SZ Plus-Podcast "German Angst"

Immer mehr Menschen in Deutschland wollen vorbereitet sein, wenn eine Katastrophe kommt. So weit, so vernünftig. Doch es gibt auch Menschen, die mit Ängsten und Sorgen Wähler zu gewinnen oder Geld zu verdienen. Und dann gibt es Extremisten, die einen Tag X, der alles verändern könnte, sogar selbst durch Anschläge herbeiführen wollen. Eine Podcast-Recherche, die von den Wäldern vor Cottbus in den Bundestag führt. Zu Rechtsradikalen und zu Menschen, die sich in die mutmaßliche Terrorgruppe "Vereinte Patrioten" eingeschleust haben.

Hören Sie hier die erste Folge kostenlos:

So können Sie unseren Nachrichtenpodcast abonnieren:

"Auf den Punkt" ist der Nachrichtenpodcast der Süddeutschen Zeitung zu den wichtigsten Themen des Tages. Der Podcast erscheint von Montag bis Freitag immer um 17 Uhr. Sie finden alle Folgen auf [sz.de/nachrichtenpodcast](https://www.sz.de/nachrichtenpodcast) . Verpassen Sie keine Folge und abonnieren Sie unser Audio-Angebot in Ihrer Lieblings-Podcast-App oder bei iTunes , Spotify , Deezer , Audio Now . Eine Übersicht über all unsere Podcasts finden Sie unter www.sz.de/podcast und hier erfahren Sie, wie Sie unsere Podcasts hören können .

Sie haben Fragen oder Anregungen? Dann schreiben Sie uns: podcast@sz.de.

SZ

Im Zweifel gegen die Angeklagte?

Im Linksextremismus-Prozess in Dresden werfen die Verteidiger Bundesanwaltschaft und Richter politische Justiz vor

Dresden – Normalerweise erheben sich die Zuschauer, wenn die Richter den Verhandlungssaal betreten – als Zeichen des Respekts. Im Prozess gegen Lina E. vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden stehen die meisten Zuschauer demonstrativ auf, wenn die Hauptangeklagte in den Hochsicherheitssaal geführt wird. Die 28-Jährige ist nach Überzeugung der Bundesanwaltschaft als Rädelführerin einer kriminellen Vereinigung für eine Serie brutaler Überfälle auf Anhänger rechter Gesinnung verantwortlich. In der linken Szene ist sie dagegen eine Heldin, ihre Fans verfolgen jeden Prozessstag, werfen ihr Luftküsse zu, formen Herzzeichen mit den Händen. Für sie ist Lina E. die Respektsperson und eine politische Gefangene, die seit zweieinhalb Jahren zu Unrecht in Untersuchungshaft sitzt.

Acht Jahre Haft fordert die Anklage. Der Anwalt hält das für maßlos

Seit eineinhalb Jahren läuft der Prozess gegen die aus Kassel stammende Studentin und drei Mitangeklagte aus Leipzig und Berlin. Als die Bundesanwaltschaft Anfang April acht Jahre Haft für Lina E. wegen gefährlicher Körperverletzung, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und räuberischen Diebstahls fordert, wird es laut im Zuschauerraum. Der Richter droht mit Bußgeld, um Ruhe in den Saal zu bringen.

Am Mittwoch sind die Anwälte von Lina E. am Zug. Sie sehen weder eine kriminelle Vereinigung nachgewiesen noch eine herausgehobene Rolle ihrer Mandantin. Ver-

teidiger Ulrich von Klinggräf kritisiert stattdessen die Bundesanwaltschaft und den Vorsitzenden Richter Hans Schlüter-Staats mit scharfen Worten. Gegen seine Mandantin sei ein politisch motiviertes Verfahren geführt worden, die Anklage von unbedingtem Verfolgungseifer geprägt gewesen. Die Strafforderung der Bundesanwaltschaft hält er für maßlos. Sie habe aus jedem noch so dürftigen Anhaltspunkt ein Indiz gebastelt und in „unfassbarer Einseitigkeit“ nach dem Motto ermittelt: Im Zweifel gegen die Angeklagte. Auch der Senat habe zu keinem Zeitpunkt des Verfahrens die Beweisführung der Bundesanwaltschaft kritisch hinterfragt. Im Gegenteil, es sei eine „gemeinsame Front“ gegen die Angeklagten aufgebaut worden.

In dem Prozess geht es um sechs Überfälle auf Anhänger der rechten Szene zwischen Oktober 2018 und Februar 2020 in Leipzig, Wurzen und Eisenach. Als besonders gravierend hatte Oberstaatsanwältin Alexandra Geilhorn in ihrem Plädoyer Anfang April die Attacke auf einen Kanalarbeiter im linksalternativen Leipziger Stadtteil Connewitz hervorgehoben. Der Mann wurde so heftig zusammengeschlagen, dass Jochbein und Schädelknochen brachen, „nur weil er die falsche Mütze trug“. Sie stammte von einem rechten Modelabel, war den Worten des Opfers zufolge ein Überbleibsel aus der Jugend. Auch für die Verteidigung von Lina E. wiegt dieser Vorwurf am schwersten, den Angriff stellen ihre Anwälte nicht infrage, es habe aber nicht nachgewiesen werden können, dass ihre Mandantin als „Überblicksperson“ daran beteiligt gewesen sei. Dass sie in der Nähe

gewohnt habe, reiche als Indiz so wenig wie die vage Vermutung von Zeugen.

Die Gruppe um Lina E. – für die drei Mitangeklagten fordert die Anklage zwischen zwei Jahren und neun Monaten bis zu knapp vier Jahren Haft – habe sich aufgrund ihrer eigenen Definition von Antifaschismus ermächtigt gefühlt, Gewalt gegen Rechtsextreme zu verüben, davon ist die Bundesanwaltschaft überzeugt. Spätestens im August 2018 habe sich die Gruppe als kriminelle Vereinigung mit verlässlichen Organisationsstrukturen und einem außerordentlichen Maß an krimineller Energie zusammengeschlossen.

Laut Bundesanwaltschaft hatten Lina E. und ihr Verlobter Johann G. eine herausge-

hobene Stellung in der Gruppe. G. konnte untertauchen und wird per Haftbefehl gesucht. Als Überblicksperson oder Ausspäherin sei Lina E. an allen Angriffen beteiligt gewesen. Dies sah die Verteidigung nicht annähernd nachgewiesen und forderte, Lina E. in fast allen Anklagepunkten freizusprechen. Nur der Urkundenfälschung und des Diebstahls habe sie sich schuldig gemacht. An einem abgebrochenen Überfall auf einen rechtsextremen Kneipenwirt in Eisenach sei sie beteiligt gewesen, der Angegriffene sei aber nicht verletzt worden. Dass die Beweislage für die Teilnahme an allen einzelnen Taten nicht klar auf der Hand liege, räumte auch die Bundesanwaltschaft ein. Eine „smoking gun“ gebe es nicht, die Ermittler hätten weder Satzung, Kassenbuch, schmissige Namen, noch Gruppenchats für die kriminelle Vereinigung finden können, sagte Geilhorn. In der Gesamtschau der Indizien sah sie die vier Angeklagten aber überführt, auch wegen der Aussage eines Kronzeugen aus der linken Szene. Die Verteidigung sah in dessen Aussagen nur „Geraune ohne Beweiswert“. Selbst das LKA habe dem Zeugen „taktisches Aussageverhalten“ bescheinigt.

Die Angeklagten schwiegen zu den Vorwürfen, machten nur Angaben zu persönlichen Lebensumständen. Auf ein konkretes Strafmaß legte sich die Verteidigung am Mittwoch nicht fest, wegen mangelnder Fluchtgefahr beantragte sie aber die Entlassung von Lina E. aus der U-Haft. Am Ende des Plädoyers gab es Beifall im Zuschauerraum. An diesem Donnerstag plädieren die Verteidiger der Mitangeklagten, das Urteil soll im Mai fallen.

Iris Mayer



Führerin einer kriminellen Vereinigung für die Anklage, Heldin für die linke Szene: Lina E. beim Prozess.

FOTO: AFP

<https://www.sueddeutsche.de/politik/lina-e-linksextremismus-prozess-plaedoyer-1.5809212>

Linksextremismus

Im Zweifel gegen die Angeklagte?

Im Prozess gegen Lina E. erheben ihre Verteidiger schwere Vorwürfe gegen Bundesanwaltschaft und Richter: Sie beklagen politische Justiz und wollen ihre Mandantin auf freiem Fuß sehen.

Von Iris Mayer

Normalerweise erheben sich die Zuschauer, wenn die Richter den Verhandlungssaal betreten - als Zeichen des Respekts. Im Prozess gegen Lina E. vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden stehen die meisten Zuschauer demonstrativ auf, wenn die Hauptangeklagte in den Hochsicherheitssaal geführt wird. Die 28-Jährige ist nach Überzeugung der Bundesanwaltschaft als Rädelsführerin einer kriminellen Vereinigung für eine Serie brutaler Überfälle auf Anhänger rechter Gesinnung verantwortlich. In der linken Szene ist sie dagegen eine Heldin, ihre Fans verfolgen jeden Prozesstag, werfen ihr Luftküsse zu, formen Herzzeichen mit den Händen. Für sie ist Lina E. die Respektsperson und eine politische Gefangene, die seit zweieinhalb Jahren zu Unrecht in Untersuchungshaft sitzt.

Seit eineinhalb Jahren läuft der Prozess gegen die aus Kassel stammende Studentin und drei Mitangeklagte aus Leipzig und Berlin. Als die Bundesanwaltschaft Anfang April acht Jahre Haft für Lina E. wegen gefährlicher Körperverletzung, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und räuberischen Diebstahls fordert, wird es laut im Zuschauerraum. Der Richter droht mit Bußgeld, um Ruhe in den Saal zu bringen.

Am Mittwoch sind die Anwälte von Lina E. am Zug. Sie sehen weder eine kriminelle Vereinigung nachgewiesen noch eine herausgehobene Rolle ihrer Mandantin. Verteidiger Ulrich von Klinggräf

kritisiert stattdessen die Bundesanwaltschaft und den Vorsitzenden Richter Hans Schlüter-Staats mit scharfen Worten. Gegen seine Mandantin sei ein politisch motiviertes Verfahren geführt worden, die Anklage von unbedingtem Verfolgungseifer geprägt gewesen. Die Strafforderung der Bundesanwaltschaft hält er für maßlos. Sie habe aus jedem noch so dürrtigen Anhaltspunkt ein Indiz gebastelt und in "unfassbarer Einseitigkeit" nach dem Motto ermittelt: Im Zweifel gegen die Angeklagte. Auch der Senat habe zu keinem Zeitpunkt des Verfahrens die Beweisführung der Bundesanwaltschaft kritisch hinterfragt. Im Gegenteil, es sei eine "gemeinsame Front" gegen die Angeklagten aufgebaut worden.

Verteidigung sieht als bewiesen nur Urkundenfälschung und Diebstahl

In dem Prozess geht es um sechs Überfälle auf Anhänger der rechten Szene zwischen Oktober 2018 und Februar 2020 in Leipzig, Wurzen und Eisenach. Als besonders gravierend hatte Oberstaatsanwältin Alexandra Geilhorn in ihrem Plädoyer Anfang April die Attacke auf einen Kanalarbeiter im linksalternativen Leipziger Stadtteil Connewitz hervorgehoben. Der Mann wurde so heftig zusammengeschlagen, dass Jochbein und Schädelknochen brachen, "nur weil er die falsche Mütze trug". Sie stammte von einem rechten Modelabel, war den Worten des Opfers zufolge ein Überbleibsel aus der Jugend. Auch für die Verteidigung von Lina E. wiegt dieser Vorwurf am schwersten, den Angriff stellen ihre Anwälte nicht infrage, es habe aber nicht nachgewiesen werden können, dass ihre Mandantin als "Überblicksperson" daran beteiligt gewesen sei. Dass sie in der Nähe gewohnt habe, reiche als Indiz genauso wenig wie die vage Vermutung von Zeugen.

Die Gruppe um Lina E. - für die drei Mitangeklagten fordert die Anklage zwischen zwei Jahren und neun Monaten bis zu knapp vier Jahren Haft - habe sich aufgrund ihrer eigenen Definition von Antifaschismus ermächtigt gefühlt, Gewalt gegen Rechtsextreme zu verüben, davon ist die Bundesanwaltschaft überzeugt. Spätestens im August 2018 habe sich die

Gruppe als kriminelle Vereinigung mit verlässlichen Organisationsstrukturen und einem außerordentlichen Maß an krimineller Energie zusammengeschlossen.

Laut Bundesanwaltschaft hatten Lina E. und ihr Verlobter Johann G. eine herausgehobene Stellung in der Gruppe. G. konnte untertauchen und wird per Haftbefehl gesucht. Als Überblicksperson oder Ausspäherin sei Lina E. an allen Angriffen beteiligt gewesen. Dies sah die Verteidigung nicht annähernd nachgewiesen und forderte, Lina E. in beinahe allen Anklagepunkten freizusprechen. Lediglich der Urkundenfälschung und des Diebstahls habe sie sich schuldig gemacht. An einem abgebrochenen Überfall auf einen rechtsextremen Kneipenwirt in Eisenach sei sie beteiligt gewesen, der Angegriffene sei aber nicht verletzt worden.

Es gibt keine "smoking gun", das räumt die Anklage ein

Dass die Beweislage für die Teilnahme an allen einzelnen Taten nicht klar auf der Hand liege, hatte auch die Bundesanwaltschaft eingeräumt. Eine "smoking gun" gebe es nicht, die Ermittler hätten weder Satzung, Kassenbuch, schmissige Namen noch Gruppenchats für die kriminelle Vereinigung finden können, sagte Geilhorn. In der Gesamtschau der Indizien sah sie die vier Angeklagten aber überführt, auch wegen der Aussage eines Kronzeugen aus der linken Szene, der Lina E. und die anderen schwer belastet hatte. Die Verteidigung sah in dessen Aussagen dagegen nur "Geraune ohne Beweiswert". Selbst das LKA habe dem Zeugen "taktisches Aussageverhalten" bescheinigt.

Die Angeklagten schwiegen im Prozess zu den Vorwürfen, machten nur Angaben zu persönlichen Lebensumständen. Auf ein konkretes Strafmaß legte sich die Verteidigung am Mittwoch nicht fest, wegen mangelnder Fluchtgefahr beantragte sie aber die Entlassung von Lina E. aus der Untersuchungshaft. Am Ende des Plädoyers gab es Beifall im Zuschauerraum. An diesem Donnerstag plädieren die Verteidiger der Mitangeklagten, das Urteil soll im Mai fallen.

SZ/bac

Hohe Haftstrafe gefordert

Dresden – Die Bundesanwaltschaft hat für die mutmaßliche Linksextremistin Lina E. acht Jahre Freiheitsstrafe gefordert. Sie sieht die 28-Jährige als Rädelsführerin innerhalb einer kriminellen Vereinigung an, die zwischen 2018 und 2020 Überfälle auf Angehörige der rechten Szene in Leipzig, Wurzen und Eisenach geplant und ausgeführt hat. Die aus Hessen stammende Lina E., die zuletzt in Leipzig studierte, sei ebenso wie ihre drei Mitangeklagten der gefährlichen Körperverletzung schuldig, sagte Staatsanwältin Alexandra Geilhorn am Mittwoch im Prozess am Oberlandesgericht Dresden. Bei E. kämen unter anderem Landfriedensbruch und gemeinschaftliche Sachbeschädigung in mehreren Fällen sowie räuberischer Diebstahl dazu. **DPA**

Politisch verschwiegen

Linksextremismus: Angeklagte in
Dresden schildern Lebensumstände

Dresden – 71 Verhandlungstage lang haben sie geschwiegen: die Angeklagten Lina E., Jannis R., Lennart A. und Philipp M. Vergangene Woche erhob zum ersten Mal die mutmaßliche Anführerin Lina E. das Wort im Prozess – sprach über ihre Kindheit und Jugend in Kassel, das Sozialpädagogikstudium in Halle. Am Donnerstag folgten zwei ihrer drei Mitangeklagten und ließen Erklärungen zu persönlichen Lebensumständen verlesen. Gezeichnet wird darin ein Bild sozial engagierter junger Menschen. Zu den Anklagepunkten der Bundesanwaltschaft äußern sie sich weiter nicht. Sie wirft ihnen die Bildung einer linksextremen kriminellen Vereinigung vor, gefährliche Körperverletzung, schweren Landfriedensbruch.

Unter dem Kommando von Lina E. soll die Gruppe zwischen 2018 und 2020 Neonazis ausgespäht und mindestens sechs gezielte Angriffe in Eisenach, Leipzig und Würzen verübt und mehrere Menschen teils schwer verletzt haben. Seit zwei Jahren sitzt Lina E. als einzige Beschuldigte in

**Lina E. und zwei Mitangeklagte
präsentieren sich sozial engagiert**

Untersuchungshaft, seit gut einem Jahr zieht sich der Prozess. Dessen zentrale Frage: Waren die Überfälle tatsächlich das Werk einer straff organisierten, kriminellen Vereinigung, die den Rechtsstaat inklusive Gewaltmonopol ablehnt, wie es die Anklage nahelegt? Oder handelt es sich um eine „willkürliche Auswahl von Einzeltaten“, wie die Verteidigung es suggeriert, die ein „politisches Verfahren“ beklagt?

Wichtigster Zeuge der Anklage ist Johannes D., ein früheres Mitglied der linksextremen Szene. Er hat Lina E. und die anderen Angeklagten vor Gericht schwer belastet und befindet sich im Zeugenschutzprogramm. Johannes D. schilderte Einzelheiten eines Angriffs, die Abläufe von Trainings und Recherchen zu potenziellen Opfern. Was die konkrete Struktur einer möglichen kriminellen Vereinigung angeht, blieb er vage, beschrieb sie als Start-up. Ein LKA-Beamter räumte vergangene Woche bei seiner Zeugenaussage ein, er selbst und nicht der Kronzeuge habe eine Skizze mit der Gruppenstruktur angefertigt: „Ich habe die Kreise gemalt und eins, zwei, drei reingeschrieben.“ Johannes D. habe man die Zeichnung dann vorgelegt, er habe sie modifiziert und bestätigt. Wie belastbar also sind die Aussagen des Kronzeugen zu einer möglichen kriminellen Vereinigung?

Zu all dem sagen die Angeklagten bislang nichts. Nun haben sie aber Auskunft zu persönlichen Lebensumständen gegeben. Lina E. erzählte von ihrem Berufswunsch Förderschullehrerin. Sie habe sich schon lange für Jugendarbeit interessiert und neben dem Studium Jugendliche in einer Wohngruppe betreut. Auf die Beschreibung politischer Motive ließ sie sich nicht



Sympathisanten der Angeklagten demonstrieren im September vor dem Oberlandesgericht Dresden. FOTO: AFP

ein, nur so viel: Sie habe sich gefragt, was in der pädagogischen Arbeit mit Neonazis in Thüringen schiefgelaufen sei. Das Thema ihrer Bachelorarbeit lautete: „Zum Umgang mit Neonazismus in der Jugendarbeit. Der NSU im Jugendclub Winzerla“. Dafür habe sie die Note „sehr gut“ bekommen. Sobald es möglich sei, wolle sie ihr Studium abschließen und im sozialen Bereich arbeiten.

Am Donnerstag ließen dann Lennart A. und Jannis R. ihre Anwälte persönliche Erklärungen verlesen. Der 27-jährige Lennart A. wuchs in Braunschweig auf, machte Abitur, erkundete mit einem Work- und Travel-Visum Australien und Neuseeland. 2015 begann er ein Physikstudium in Leipzig, wechselte später zur Mathematik, arbeitete als studentische Hilfskraft und engagierte sich in der Jugendbildungsarbeit. Nach Prozessende will er als Software-Entwickler arbeiten.

Jannis R. wurde in Freiberg geboren, zog später mit der Mutter nach Leipzig, machte dort Abitur, leistete Zivildienst im Diakonissenkrankenhaus. Später schrieb sich der heute 37-Jährige an der TU Dresden für Physik ein, wechselte nach Leipzig, um Kommunikations- und Medienwissenschaften zu studieren. Er jobbte im Kinder- und Jugendfreizeitzentrum, machte eine Ausbildung zum staatlich geprüften Sozialassistenten, eine Ausbildung zum Erzieher schloss er nicht ab. Seit 2019 arbeitet Jannis R. als Pflegeassistent. Seine Ausbildung zum Erzieher will er nach Prozessende abschließen.

Doch es dürfte dauern, bis ein Urteil gesprochen wird. Noch immer läuft die Beweisaufnahme, am Donnerstag verkündete der Vorsitzende Richter vorsorglich weitere Hauptverhandlungstermine. Sie reichen bis in den kommenden April.

IRIS MAYER

<https://www.sueddeutsche.de/politik/lina-e-linksextremismus-prozess-1.5682921>

Linksextremisten-Prozess

Angeklagte betonen ihr soziales Engagement

Sie sollen linksextreme Gewalttäter sein, stehen seit mehr als einem Jahr vor Gericht. Nun haben die Studentin Lina E. und zwei Mitangeklagte über sich persönlich gesprochen. Doch in anderer Hinsicht bleiben sie stumm.

Von Iris Mayer

71 Verhandlungstage lang haben sie geschwiegen: die Angeklagten Lina E., Jannis R., Lennart A. und Philipp M. Vergangene Woche erhob zum ersten Mal die mutmaßliche Anführerin Lina E. das Wort im Prozess – sprach über ihre Kindheit und Jugend in Kassel, das Sozialpädagogikstudium in Halle. Am Donnerstag folgten zwei ihrer drei Mitangeklagten und ließen Erklärungen zu persönlichen Lebensumständen verlesen. Gezeichnet wird darin ein Bild sozial engagierter junger Menschen. Zu den Anklagepunkten der Bundesanwaltschaft äußern sie sich weiter nicht. Sie wirft ihnen die Bildung einer linksextremen kriminellen Vereinigung vor, gefährliche Körperverletzung, schweren Landfriedensbruch.

Unter dem Kommando von Lina E. soll die Gruppe zwischen 2018 und 2020 Neonazis ausgespäht und mindestens sechs gezielte Angriffe in Eisenach, Leipzig und Würzen verübt und mehrere Menschen teils schwer verletzt haben. Seit zwei Jahren sitzt Lina E. als einzige Beschuldigte in Untersuchungshaft, seit gut einem Jahr zieht sich der Prozess. Dessen zentrale Frage: Waren die Überfälle tatsächlich das Werk einer straff organisierten, kriminellen Vereinigung, die den Rechtsstaat inklusive Gewaltmonopol ablehnt, wie es die Anklage nahelegt? Oder handelt es sich um eine "willkürliche Auswahl von Einzeltaten", wie die Verteidigung es suggeriert, die ein "politisiertes Verfahren" beklagt?

Wie glaubwürdig ist der Kronzeuge?

Wichtigster Zeuge der Anklage ist Johannes D., ein früheres Mitglied der linksextremen Szene. Er hat Lina E. und die anderen Angeklagten vor Gericht schwer belastet und befindet sich im Zeugenschutzprogramm. Johannes D. schilderte Einzelheiten eines Angriffs, die Abläufe von Trainings und Recherchen zu potenziellen Opfern. Was die konkrete Struktur einer möglichen kriminellen Vereinigung angeht, blieb er vage, beschrieb sie als Start-up. Ein LKA-

Beamter räumte vergangene Woche bei seiner Zeugenaussage ein, er selbst und nicht der Kronzeuge habe eine Skizze mit der Gruppenstruktur angefertigt: "Ich habe die Kreise gemalt und eins, zwei, drei reingeschrieben." Johannes D. habe man die Zeichnung dann vorgelegt, er habe sie modifiziert und bestätigt. Wie belastbar also sind die Aussagen des Kronzeugen zu einer möglichen kriminellen Vereinigung?

Zu all dem sagen die Angeklagten bislang nichts. Nun haben sie aber Auskunft zu persönlichen Lebensumständen gegeben. Lina E. erzählte von ihrem Berufswunsch Förderschullehrerin. Sie habe sich schon lange für Jugendarbeit interessiert und neben dem Studium Jugendliche in einer Wohngruppe betreut. Auf die Beschreibung politischer Motive ließ sie sich nicht ein, nur soviel: Sie habe sich gefragt, was in der pädagogischen Arbeit mit Neonazis in Thüringen schiefgelaufen sei. Das Thema ihrer Bachelorarbeit lautete: "Zum Umgang mit Neonazismus in der Jugendarbeit. Der NSU im Jugendclub Winzerla". Dafür habe sie die Note "sehr gut" bekommen. Sobald es möglich sei, wolle sie ihr Studium abschließen und im sozialen Bereich arbeiten.

Am Donnerstag ließen dann Lennart A. und Jannis R. ihre Anwälte persönliche Erklärungen verlesen. Der 27-jährige Lennart A. wuchs in Braunschweig auf, machte Abitur, erkundete mit einem Work-and-Travel-Visum Australien und Neuseeland. 2015 begann er ein Physikstudium in Leipzig, wechselte später zur Mathematik, arbeitete als studentische Hilfskraft und engagierte sich in der Jugendbildungsarbeit. Nach Prozessende will er als Software-Entwickler arbeiten.

Jannis R. wurde in Freiberg geboren, zog später mit der Mutter nach Leipzig, machte dort Abitur, leistete Zivildienst im Diakonissenkrankenhaus. Später schrieb sich der heute 37-Jährige an der TU Dresden für Physik ein, wechselte nach Leipzig, um Kommunikations- und Medienwissenschaften zu studieren. Er jobbte im Kinder- und Jugendfreizeitzentrum, machte eine Ausbildung zum staatlich geprüften Sozialassistenten, eine Ausbildung zum Erzieher schloss er nicht ab. Seit 2019 arbeitet Jannis R. als Pflegeassistent. Seine Ausbildung zum Erzieher will er nach Prozessende abschließen.

Doch es dürfte dauern, bis ein Urteil gesprochen wird. Noch immer läuft die Beweisaufnahme, am Donnerstag verkündete der Vorsitzende Richter vorsorglich weitere Hauptverhandlungstermine. Sie reichen bis in den kommenden April.

SZ

<https://www.sueddeutsche.de/politik/news-ukraine-corona-1.5629930>

SZ am Morgen

Nachrichten des Tages - die Übersicht für Eilige

Was wichtig ist und wird.

Von Philipp Saul

Was heute wichtig ist

Baerbock besucht Griechenland und die Türkei. Die Außenministerin reist in einer Zeit nach Ankara, in der die Macht des türkischen Präsidenten bröckelt. Erdoğan hat mit vielen innenpolitischen Themen zu kämpfen, aber auch der alte Konflikt mit dem Nachbarstaat Griechenland sorgt für Spannungen. Beide Länder streiten sich seit Jahren um die Hoheitsrechte im östlichen Mittelmeer, wo große Erdgasvorkommen und andere Rohstoffe vermutet werden. Zum Artikel (SZ Plus)

Auch der Ozean erlebt eine Hitzewelle. Die Temperaturen im westlichen Mittelmeer sind seit Monaten fast durchgehend zu hoch. Die Oberflächentemperaturen hätten im Juli um drei bis vier Grad über dem Durchschnitt gelegen, sagt eine Expertin. Das warme Wasser könnte ein Massensterben von Arten zur Folge haben und die Lage an Land verschlimmern, weil die Hitze dort weniger durch kühle Meeresbrisen gedämpft wird. Zum Artikel

Wie sich die Hitze auf Deutschland auswirkt (SZ Plus)

Von Klimapolitik bis Kindersterblichkeit: Daten zeigen, dass sich vieles zum Positiven entwickelt

Biden und Xi sprechen über Taiwan. Die Spannungen zwischen den USA und China waren selten größer. Xi hat für seine bald beginnende dritte Amtszeit große außenpolitische Ambitionen, auch in Bezug auf die kleine Insel, die von China als Teil des eigenen Staatsgebiets beansprucht wird. Die USA hingegen sehen sich als Schutzmacht für Taiwan. Nun telefonieren die beiden Präsidenten miteinander. Die wichtigste Botschaft ist laut Weißem Haus, dass ein vertraulicher Gesprächskontakt in Krisenzeiten existiere. Zum Artikel

Bahn sperrt Strecken wegen maroder Betonschwellen. In dieser Woche lässt die Bahn über Nacht zahlreiche Schwachstellen im Schienennetz prüfen. An mindestens 42 Stellen müssen die Züge langsamer fahren, andere Abschnitte sind ganz gesperrt. Nach Angaben der Bahn geht es um 200 000 möglicherweise betroffene Schwellen. Zum Artikel

Bildungsministerium kürzt Etat zur Forschung über gesellschaftliche Corona-Folgen. Bei den Kürzungsplänen von FDP-Ministerin Stark-Watzinger kommen Forschungsprojekte zu den Themen Rassismus und Rechtsextremismus glimpflich davon. Für die wissenschaftliche Untersuchung der Folgen der Corona-

Pandemie steht nur noch halb so viel Geld zur Verfügung. Zum Artikel

Folgen der Pandemie: Vor allem benachteiligte Kinder sind in der Schule oft erschöpft und zeigen soziale Defizite

Meinung: Deutschland hat es versäumt, negative Folgen der Impfung sorgfältig zu erfassen

Positivrate, Intensivpatienten, R-Wert - die wichtigsten Daten in Grafiken, laufend aktualisiert

Erste Runde des DFB-Pokals beginnt. Mit vier Spielen beginnt an diesem Freitag die erste Runde des DFB-Pokals. Am Abend tritt unter anderem Borussia Dortmund bei 1860 München an. Für den ambitionierten Drittligisten ist es das Spiel des Jahres. Zum Artikel

Die Borussen kommen, Giesing bebt und die Polizei bereitet sich vorsichtshalber auch auf schlechte Stimmung vor

Marketingbegriff: DFB verzichtet zukünftig auf die Bezeichnung "Die Mannschaft" für die Auswahl der Männer

Weitere wichtige Themen:

Frankreich: Heftiger Protest gegen Macrons Treffen mit dem saudischen Kronprinzen

Elektronische Patientenakte: Prestigeprojekt zur Digitalisierung vier privater Krankenkassen vor dem Aus

Prozess gegen Lina E.: Kronzeuge gibt Einblicke in linksextreme Szene

Entertainment-Preis: Hollywood Foreign Press Association verkauft Rechte an Golden Globes an Milliardär Todd Boehly

Krieg in der Ukraine

EXKLUSIV Verteidigungsministerin Lambrecht wirbt für den Ringtausch. Die polnische Regierung hatte der Ampelkoalition zuletzt vorgeworfen, Zusagen nicht nachzukommen. Der Deal sah vor, dass Warschau Waffen in die Ukraine schickt und Deutschland dafür Kriegsgerät nach Polen liefert. In einem Schreiben an ihren Amtskollegen Błaszczak bittet Lambrecht um Verständnis, denn auch der Bundeswehr fehle modernes Gerät. Zum Artikel

Medwedew droht Schweden, Finnland und der Nato. Sollten in den Staaten Nato-Stützpunkte errichtet werden, kündigt der ehemalige russische Präsident Gegenmaßnahmen an. Nach Angaben einer Sprecherin will Russlands Außenminister Lawrow mit seinem US-Kollegen Blinken sprechen, "wenn es die Zeit erlaubt". Getreide-Exporte aus ukrainischen Häfen stehen laut den Vereinten Nationen kurz bevor. Zum Liveblog

Kremlkritische Medien: Wie die Zeitung "Nowaja Gaseta" aus dem lettischen Exil weiterarbeitet (SZ Plus)

Beste Dinge

Schwäne, Entlein und der Strandkörper. Schönheit ist eine Frage der Perspektive. Das spanische Gleichstellungsministerium macht nun mit einer Kampagne darauf aufmerksam, dass der Strand allen gehört. Zum Artikel

SZ

Aussage eines „Verräters“

Beim Prozess gegen die Studentin Lina E. in Dresden tritt der Kronzeuge auf

Dresden – Es ist früh am Morgen, als über dem Dresdner Norden ein Polizeihubschrauber aufsteigt. Ziel ist ein Flachbau zwischen Mülldeponie und Justizvollzugsanstalt, die Außenstelle des Oberlandesgerichts. Der Hubschrauber kreist über linken Aktivisten, die Plakate an Absperrgitter gehängt haben. „ACAB“ steht darauf, Abkürzung für „All Cops are Bastards“ oder „Defund the Police“. Eben jene Polizei steht in großer Mannschaftsstärke vor dem Gerichtsgebäude. Der Grund für das Aufgebot ist Johannes D., der an diesem Tag als Kronzeuge aussagt. In einem Prozess, der die Strukturen der linken Szene in den Fokus nimmt.

Eine eiserne Regel innerhalb der linken Szene lautet: keine Zusammenarbeit mit der Justiz

Seit Herbst 2021 verhandelt die Staatschutzkammer im Hochsicherheitsaal des Oberlandesgerichts gegen Lina E. Die Studentin soll Anführerin einer linksextremen und militanten Gruppe gewesen sein, die seit 2018 Neonazis ausspähte und mindestens sechs gezielte Überfälle beging. Drei mutmaßliche Unterstützer sitzen mit ihr in Dresden auf der Anklagebank. Sie alle haben bisher zu den Vorwürfen geschwiegen, ebenso eine Zeugin, die Lina E. beim Ausspähen eines bekannten Leipziger Rechtsextremen geholfen haben soll. Sie hielt sich an eine eiserne Regel innerhalb der linken Szene: keine Zusammenarbeit mit Justiz und Sicherheitsbehörden. Johannes D. dagegen redete in den vergangenen Monaten mit Verfassungsschutz und Landeskriminalamt über die mutmaßliche „Gruppe E.“, zu der er gehört haben soll – aber auch über andere Gewalttaten. In der linken Szene gilt er als „Verräter“. Im Internet tauchten Bilder eines Graffiti auf, in dem indirekt mit einer Erschießung gedroht wird. Für seinen Auftritt vor Gericht wurden die ohnehin hohen Sicherheitsvorkehrungen verschärft.

Den Hochsicherheitsaal betritt Johannes D. mit seinem Anwalt und sechs Personenschützern. Als D. am Zeugentisch Platz nimmt, sitzen sie hinter ihm. Den Blick dem voll besetzten Zuschauerraum zuge-

wandt. Dort sitzen auch frühere Weggefährten. Der 30-Jährige hat sich Notizen gemacht. Kurz berichtet er von dem nächtlichen Überfall auf den Neonazi Leon Ringl in Eisenach im Dezember 2019. Johannes D. hatte damals den Auftrag, Ringl zu beschatten und per Telefon durchzugeben, wann der seine Kneipe „Bull’s Eye“ verlässt. Als Ringl und seine Begleiter auf offener Straße von Vermummten attackiert werden, ist D. bereits auf dem Rückweg. Über die Motivation solcher Angriffe befragt, sagt D., es sei immer darum gegangen, die Person „nachhaltig zu verletzen“, und letztlich auch ihren Willen zu brechen. Durch brachiale Gewalt sollten Neonazis wie Ringl dazu gebracht werden, ihre Aktivitäten einzustellen. Der bleibt an diesem Abend unverletzt, auch weil er sich wehrt. Opfer weiterer Angriffe erlitten dagegen Frakturen und schwere Kopfverletzungen.

Der Generalbundesanwalt, der in der mutmaßlichen „Gruppe E.“ eine kriminelle Vereinigung sieht, erhofft sich von D. auch entscheidende Hinweise auf deren Hierarchien, die Organisations- und Kommunikationsstruktur. Bisher war die Beweislage dazu recht dünn. Doch auch Johannes D. kann sich vor Gericht nicht an viel erinnern. Er erzählt, dass die Absprachen vor



Studentin Lina E. soll Anführerin einer linksextremen und militanten Gruppe gewesen sein.

FOTO: AFP

allem über verschlüsselte Messenger-Dienste gelaufen seien. Kommuniziert hat er dabei weniger mit Lina E. als vielmehr mit ihrem Verlobten, Johann G. Der ist auf der Flucht.

Dass Johannes D. sich selbst Johann G., Lina E. und viele andere Beschuldigte belastet, liegt daran, dass er in der Szene schon länger geächtet ist. Auf der linken Seite Indymedia tauchte im Oktober 2021 sein kompletter Name auf, inklusive Fotos, und Geburtsdatum. Ein solches „Outing“, richtet sich meist gegen Neonazis, nicht aber gegen die eigenen Leute. Geschrieben hatte den Beitrag offenbar seine Ex-Freundin. Sie warf D. vor, sie vergewaltigt zu haben. Daraufhin erschienen weitere Beiträge, in denen D. jegliche Solidarität entzogen wurde. Er solle sich nicht mehr blicken lassen. D. arbeitete da bereits in Warschau in einer Kindertagesstätte.

Vor Gericht berichtet Johannes D., welche Folgen das „Outing“ hatte. Er wurde von Neonazis bedroht, verlor seinen Job. „Mir war klar, dass das immer wieder Thema sein wird, ich nicht Fuß fassen kann.“ D. wollte Ruhe haben, doch die stellte sich auch nicht ein, als Ermittlungen gegen ihn wegen der Vergewaltigungsvorwürfe im März 2022 eingestellt wurden. Ende April vermittelte das Bundesamt für Verfassungsschutz Johannes D. an das Landeskriminalamt Sachsen, wo seit Jahren eine Sonderkommission zu Straftaten aus dem politisch linken Milieu ermittelt. D. hatte offenbar den Wunsch geäußert, Angaben zu machen und sich über Sicherheitsmaßnahmen zu informieren. Er befindet sich im Zeugenschutzprogramm.

Für die Sicherheitsbehörden ist Johannes D. ein Glücksfall. Aufgrund des großen Misstrauens sind Ermittlungen in der linken Szene schwierig. D. versorgt die Polizei nun mit Hinweisen zu diversen Straftaten. Im Januar 2019 hatten Unbekannte vor der Außenstelle des Bundesgerichtshofs in Leipzig Brandsätze gezündet. Der Generalbundesanwalt ermittelt. Nachdem D. auch zu diesem Fall ausgesagt hatte, kam es zu einer Hausdurchsuchung. Wie genau der Kontakt zwischen Johannes D. und den Sicherheitsbehörden zustande gekommen ist, das soll Thema beim nächsten Verhandlungstermin sein. **ANTONIE RIETZSCHEL**

<https://www.sueddeutsche.de/politik/lina-e-linksextremismus-prozess-justiz-1.5629795>

Prozess gegen Lina E.

Aussage eines "Verräters"

Keine Zusammenarbeit mit der Justiz, so lautet eine eiserne Regel innerhalb der linken Szene: Doch beim Prozess gegen Lina E. in Dresden tritt der Kronzeuge Johannes D. auf - und gibt seltene Einblicke.

Von Antonie Rietzschel

Es ist früh am Morgen, als über dem Dresdner Norden ein Polizeihubschrauber aufsteigt. Ziel ist ein Flachbau zwischen Mülldeponie und Justizvollzugsanstalt, die Außenstelle des Oberlandesgerichts. Der Hubschrauber kreist über Aktivisten, die Plakate an Absperrgitter gehängt haben. "ACAB" steht darauf, Abkürzung für "All Cops are Bastards" oder "Defund the Police". Eben jene Polizei steht in großer Mannschaftsstärke vor dem Gerichtsgebäude. Der Grund für das Aufgebot ist Johannes D., der an diesem Tag als Kronzeuge aussagt. In einem Prozess, der die Strukturen der linken Szene in den Fokus nimmt.

Seit Herbst 2021 verhandelt die Staatsschutzkammer im Hochsicherheitssaal des Oberlandesgerichts gegen Lina E. Die Studentin soll Anführerin einer linksextremen und militanten Gruppe gewesen sein, die seit 2018 Neonazis ausspähte und mindestens sechs gezielte Überfälle beging. Drei mutmaßliche Unterstützer sitzen mit ihr in Dresden auf der Anklagebank.

Sie alle haben bisher zu den Vorwürfen geschwiegen, ebenso eine Zeugin, die Lina E. beim Ausspähen eines bekannten Leipziger Rechtsextremen geholfen haben soll. Die junge Frau war vor Gericht eher bereit, ein Ordnungsgeld von 200 Euro zu bezahlen als auszusagen. Sie hielt sich damit an eine eiserne Regel innerhalb der linken Szene: keine Zusammenarbeit mit Justiz und Sicherheitsbehörden.

Johannes D. dagegen redete in den vergangenen Monaten mit Verfassungsschutz und Landeskriminalamt über die mutmaßliche "Gruppe E.", zu der auch er gehört haben soll - aber auch über andere Gewalttaten. In der linken Szene

gilt er jetzt als "Verräter". Im Internet tauchten Bilder eines Graffiti auf, in dem indirekt mit einer Erschießung gedroht wird. Für seinen Auftritt vor Gericht wurden die ohnehin hohen Sicherheitsvorkehrungen verschärft.

Den Hochsicherheitssaal betritt Johannes D. mit seinem Anwalt und sechs Personenschützern, die unterm offenen Hemd Stichschutzwesten tragen und eine Schusswaffe am Gürtel. Als D. am Zeugentisch Platz nimmt, sitzen sie hinter ihm. Den Blick dem voll besetzten Zuschauerraum zugewandt. Dort sitzen auch frühere Weggefährten von Johannes D.

Es sei darum gegangen, Personen "nachhaltig zu verletzen"

Der 30-Jährige hat sich Notizen gemacht. Kurz berichtet er von dem nächtlichen Überfall auf den Neonazi Leon Ringl in Eisenach im Dezember 2019. Johannes D. hatte damals den Auftrag, Ringl zu beschatten und per Telefon durchzugeben, wann er seine Kneipe "Bull's Eye" verlässt. Als Ringl und seine Begleiter auf offener Straße von Vermummten attackiert werden, ist D. bereits auf dem Rückweg. Über die Motivation solcher Angriffe befragt, sagt D., es sei immer darum gegangen, Personen "nachhaltig zu verletzen". Deswegen seien auch Werkzeuge wie Hämmer zum Einsatz gekommen. Mit brachialer Gewalt wollten die Angreifer Neonazis wie Ringl dazu zwingen, ihre Aktivitäten einzustellen. Der bleibt an diesem Abend unverletzt. Opfer weiterer Angriffe erlitten dagegen Frakturen und schwere Kopfverletzungen.

Der Generalbundesanwalt, der in der mutmaßlichen "Gruppe E." eine kriminelle Vereinigung sieht, erhofft sich von D. auch entscheidende Hinweise auf deren Hierarchien, die Organisations- und Kommunikationsstruktur. Bisher war die Beweislage dazu recht dünn. Doch vor Gericht kann sich Johannes D. an nicht allzu viel erinnern. Er erzählt, dass die Absprachen vor allem über verschlüsselte Messenger-Dienste gelaufen seien. Kommuniziert habe er dabei weniger mit Lina E. als vielmehr mit ihrem Verlobten, Johann G. Der ist derzeit auf der Flucht.

Dass Johannes D. sich selbst, Johann G., Lina E. und viele andere Beschuldigte belastet, liegt daran, dass er in der linken Szene schon länger geächtet ist. Auf der linken Seite Indymedia tauchte im Oktober 2021 sein kompletter Name auf, inklusive Fotos, Geburtsdatum und

Spitznamen. Ein solches "Outing" richtet sich meist gegen Neonazis, nicht aber gegen die eigenen Leute. Geschrieben hatte den Beitrag offenbar seine Ex-Freundin. Sie warf D. vor, sie vergewaltigt zu haben - und rief dazu auf, ihn aus den linken Kreisen auszuschließen. Daraufhin erschienen weitere Beiträge, in denen D. jegliche Solidarität entzogen wurde. Er solle sich nicht mehr blicken lassen. D. arbeitete da bereits in Warschau als Betreuer in einer Kindertagesstätte.

Vor Gericht berichtet Johannes D., welche Folgen das "Outing" für ihn hatte. Er wurde von Neonazis bedroht, verlor seinen Job. "Mir war klar, dass das immer wieder Thema sein wird, ich nirgends Fuß fassen kann." D. wollte seine Ruhe haben, doch die stellte sich selbst dann nicht ein, als Ermittlungen gegen ihn wegen der Vergewaltigungsvorwürfe im März 2022 eingestellt wurden.

Ende April vermittelte das Bundesamt für Verfassungsschutz Johannes D. an das Landeskriminalamt Sachsen, wo seit Jahren eine Sonderkommission zu Straftaten aus dem politisch linken Milieu ermittelt. D. hatte offenbar den Wunsch geäußert, Angaben zu machen und sich über Sicherheitsmaßnahmen zu informieren. Er befindet sich seitdem im Zeugenschutzprogramm.

Für die Sicherheitsbehörden ein Glücksfall

Für die Sicherheitsbehörden ist Johannes D. ein Glücksfall. Aufgrund des großen Misstrauens sind Ermittlungen innerhalb der linken Szene besonders schwierig. D. versorgt die Polizei nun mit Hinweisen zu diversen Straftaten. Im Januar 2019 hatten Unbekannte vor der Außenstelle des Bundesgerichtshofs in Leipzig Brandsätze gezündet. Der Generalbundesanwalt ermittelt. Nachdem D. auch zu diesem Fall ausgesagt hatte, kam es zu einer Hausdurchsuchung in Leipzig-Connwitz. Auch zu einem Überfall auf Neonazis am Bahnhof Dessau, in Sachsen-Anhalt, will Johannes D. offenbar aussagen und er soll Informationen liefern über einen Buttersäureanschlag auf ein Geschäft in Dortmund, das Kleidung der bei Rechtsextremen beliebten Marke Thor Steinar verkauft.

Wie genau der Kontakt zwischen Johannes D. und den Sicherheitsbehörden zustande gekommen ist, das soll Thema beim nächsten Verhandlungstermin sein.

SZ

<https://www.sueddeutsche.de/politik/lina-e-razzia-leipzig-connewitz-1.5603427>

Hausdurchsuchung in Leipzig

Razzia im Fall Lina E.

Im Verfahren gegen die mutmaßliche "Gruppe E." gibt es einen weiteren Verdächtigen - er soll der Polizei wichtige Informationen geliefert haben.

Von Antonie Rietzschel

Hausdurchsuchungen ist man im Leipziger links-alternativen Viertel Connewitz mittlerweile gewohnt. Alle paar Monate stehen vor den liebevoll restaurierten Altbauten Polizisten, Sturmhauben auf dem Kopf, Waffen in der Hand. Die Razzien richten sich gegen mutmaßliche Mitglieder der gewaltbereiten linksautonomen Szene, die derzeit im Mittelpunkt eines groß angelegten Gerichtsverfahrens steht.

Die Studentin Lina E. soll Anführerin einer kriminellen Vereinigung gewesen sein, die gezielt Jagd auf Neonazis machte. E. sitzt seit Herbst 2020 in Untersuchungshaft, derzeit läuft der Prozess gegen sie und drei weitere Angeklagte vor dem Oberlandesgericht Dresden. Der mutmaßlichen "Gruppe E." sollen noch weitere Personen angehören, das Landeskriminalamt ermittelt weiter. Am frühen Mittwochmorgen rückten in Connewitz wieder Polizeibeamte in Vollmontur ein. Die Durchsuchungen sollen sich gegen das Umfeld von Lina E. gerichtet haben, offenbar wird gegen einen weiteren Verdächtigen ermittelt, wie die Leipziger Volkszeitung berichtet. Er war Recherchen des MDR zufolge an einem der Überfälle beteiligt.

Der Mann soll sich mittlerweile im Zeugenschutzprogramm befinden. Der Polizei lieferte er offenbar nicht nur Informationen über den Ablauf der Tat, sondern auch Details zur Struktur der mutmaßlichen "Gruppe E.". Im Prozess

waren die Indizien, die auf eine tatsächliche linkskriminelle Vereinigung schließen lassen, bisher recht dünn. Die Bundesanwaltschaft selbst musste in der Anklageschrift einräumen, das genaue Gründungsdatum der Gruppe nicht zu kennen, ebenso wenig die genaue Zahl der Unterstützer.

Zwei Betroffene sitzen mittlerweile selbst in Haft

Die Bundesanwaltschaft bestätigt nur die Durchsuchungen in zwei Objekten. Mehr sagt sie mit Hinweis aufs laufende Verfahren nicht. Auch zu Spekulationen, wonach die "Gruppe E." auch für den brutalen Überfall auf die Mitarbeiterin einer Immobilienfirma verantwortlich sein soll, gibt es kein Statement. Der Generalstaatsanwalt hatte das Verfahren in diesem Fall gegen Lina E. eingestellt, weil die Beweislage zu dünn gewesen soll. Mittlerweile soll es laut LVZ neue Hinweise geben.

Die Taten, die bisher der mutmaßlichen "Gruppe E." zugeordnet werden, richteten sich gegen mehrere bekannte Neonazis. Vermummte überfielen sie direkt vor ihrem Wohnhaus oder auf dem Nachhauseweg, schlugen mit Stöcken auf sie ein. Die Männer erlitten teilweise schwere Verletzungen. Zwei wichtige Zeugen sitzen mittlerweile selbst in Untersuchungshaft. Leon R., der in Eisenach eine Neonazi-Kneipe betrieb, soll Rädelsführer einer rechtsextremen kriminellen Vereinigung gewesen sein. Dem früheren NPD-Stadtrat Enrico B. wirft die Bundesanwaltschaft vor, eine nationalsozialistische und antisemitische Ideologie durch den Verkauf entsprechender Bücher verbreitet zu haben.

Dass nun auch Verfahren gegen R. und B. laufen, sorgt in der linken Szene für eine weitere Solidarisierung mit Lina E.. Verschiedene Bündnisse sehen die Studentin und die anderen Angeklagten als Opfer von Polizei und Justiz, fordern den Freispruch. Der Prozess zieht sich bereits seit über zehn Monaten - mit einer Entscheidung ist frühestens im Herbst zu rechnen.

SZ

<https://www.sueddeutsche.de/politik/news-nachrichten-ukraine-bundesverfassungsgericht-merkel-cdu-frauenquote-habeck-1.5603493>

SZ am Abend

Nachrichten am 15. Juni 2022

Was heute wichtig war - und was Sie auf SZ.de am meisten interessiert hat.

Von Oliver Klasen.

Nachrichten kompakt

Bundesverfassungsgericht rügt Merkel. Die damalige Bundeskanzlerin hatte im Februar 2020 kritisiert, dass der FDP-Politiker Kemmerich in Thüringen mit Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Damit hat sie nach Auffassung des Gerichts ihre Neutralitätspflicht verletzt. Zum Artikel

MEINUNG Merkel sprach das aus, was jeder Demokrat dachte (SZ Plus)

Analyse Warum die AfD in Karlsruhe einen Sieg errungen hat (SZ Plus)

EZB will Gelder aus Corona-Notprogramm flexibler einsetzen. Die Notenbank hat überraschend eine Sondersitzung einberufen. Sie ist doppelt unter Druck, einerseits durch die hohe Inflation, andererseits durch die stark steigenden Zinsen insbesondere bei südeuropäischen Staatsanleihen. Zum Artikel

CDU einigt sich auf Kompromiss im Streit über Frauenquote. Eine Mitgliederbefragung, mit der der Wirtschaftsflügel der CDU eine Frauenquote doch noch verhindern wollte, ist vom Tisch. Nun soll nach fünf Jahren geprüft werden, was die Quote gebracht hat. Zum Artikel

Analyse zur Entscheidung der CDU: Warum Merz seinen Widerstand aufgegeben hat

Bundesregierung beschließt massiven Ausbau der Windkraft. Das Kabinett hat Pläne für eine schnelle Errichtung neuer Windkraftanlagen an Land gebilligt, die nun die Fraktionen der Ampel-Koalition im Bundestag umsetzen sollen. Bis zuletzt war über Details des Pakets verhandelt worden. Das Gesetzesvorhaben zielt darauf ab, die möglichen Flächen für Windräder bundesweit stark auszuweiten

und damit den Wechsel hin zu mehr klimafreundlichem Strom zu beschleunigen. Wirtschaftsminister Habeck erwartet in vielen Regionen "Widerstände, Sorgen und Ängste". Allerdings können die Länder das Gesetz im Bundesrat nicht stoppen. Zum Artikel

Computerpanne verursacht Sperrung des Schweizer Luftraums. Wegen technischer Probleme bei der Flugsicherung konnten über Stunden keine Flugzeuge starten, landen oder die Schweiz überfliegen. Ursache war nach Angaben eines Sprechers der Schweizer Flugsicherung Skyguide ein Hardwareproblem im IT-Netzwerk. Einen Cyberangriff schloss das Unternehmen aus. Der Fall ist der nächste in einer ganzen Reihe von Problemen im europäischen Luftverkehr der letzten Wochen. Zum Artikel

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Fynn Kliemann. Der Unternehmer steht im Verdacht, beim Verkauf von Masken betrogen zu haben. Jan Böhmermann hatte den Fall publik gemacht, nun prüft die Justiz den Vorwurf. Zum Artikel

Coronavirus: Inzidenz, Intensivpatienten, Impfquote - die wichtigsten Daten in Grafiken, laufend aktualisiert

Hitzewelle am Wochenende. Aus Richtung Spanien strömen heiße Luftmassen nach Deutschland. Der Deutsche Wetterdienst meldet Temperaturen von mehr als 36 Grad in einigen Teilen des Landes. Nass könnte es aber auch werden. Zum Artikel

Alles zum Krieg in der Ukraine
Habeck: Drosselung russischer Gaslieferung ist politisch motiviert. Die Begründung, wegen Reparaturarbeiten die Durchleitung bei Nord Stream 1 zu begrenzen, sei lediglich vorgeschoben, so der Bundeswirtschaftsminister. Russlands früherer Präsident Medwedew stellt die Existenz der Ukraine infrage. Die Nato lädt den ukrainischen Präsidenten Selenskij zum Gipfel nach Madrid ein. Zum Liveblog

UN-Welternährungsprogramm warnt vor mehrfacher Krise. Der Krieg in der Ukraine und die deshalb blockierten Weizenexporte, Inflation, Klimawandel und die Folgen der Pandemie: Weltweit drohen dramatische Hungersnöte - und die Helfer der Vereinten Nationen stoßen an ihre Grenzen. Zum Artikel (SZ Plus)

MEINUNG Waffenlieferungen: Was

Deutschland den Ukrainern bisher gegeben hat, ist zu wenig (SZ Plus)

Analyse in Karten und Grafiken: Wo die Front verläuft - Tag 112 (SZ Plus)

In den Höhlen von Odessa: Wie in dem Tunnelsystem unter der Stadt ein Bunker gebaut wird (SZ Plus)

Was außerdem noch wichtig war

Razzia gegen linksautonome Szene in Leipzig: Neue Durchsuchungen im Umfeld der Studentin Lina E.

Bulgarien: Koalition des liberalen Premiers droht im Streit über EU-Beitritt Nordmazedoniens zu zerfallen

Durchbruch bei Tarifverhandlungen: Löhne und Gehälter in der Stahlindustrie steigen von August an um 6,5 Prozent

Spiel der Fußball-Nationalmannschaft in Mönchengladbach: Polizeieinsatz nach Fifa-kritischem Fan-Plakat: DFB spricht von einem Missverständnis

Das hat heute viele Leser interessiert

Für die Ukrainer eine Verräterin, jetzt auch von Russland verstoßen. Sie war eines der bekanntesten Gesichter der russischen Staatspropaganda. Nun hat sich die prominente Juristin Natalja Poklonskaja gegen den Angriffskrieg in der Ukraine ausgesprochen. Dafür hat Putin sie entlassen. Zum Artikel

Hoffen wir einfach mal auf einen milden Verlauf. Die Pandemie ist mit voller Wucht zurück, auch in der Talkshow von Markus Lanz: Die Virologin warnt, die Bildungsministerin windet sich. Ein riesiges Déjà-vu - und alles andere als beruhigend. Zur TV-Kritik (SZ Plus)

Singt Oberbürgermeister Dieter Reiter heimlich am Gardasee? In diesen Tagen wird der Lago di Garda wieder zum Lago di Monaco. Die Münchnerinnen und Münchner wollen im Urlaub eigentlich entspannen und nicht an zu Hause denken. Wären da nicht diese Plakate eines gewissen Omar Codazzi. Zur Glosse

Zu guter Letzt

Der "Whisky-Krieg" ist vorbei. Jahrzehntlang haben sich Dänemark und Kanada über die winzige Hans-Insel vor Grönland gestritten. Das führte zu einem kuriosen Ritual. Zum Artikel

SZ

Alibi für die Tatnacht

Ermittlungsfehler im Dresdner Prozess gegen Neonazi-Gegner

Dresden – Leon Ringl wollte eigentlich schon Feierabend machen, als kurz nach Mitternacht mehrere Maskierte in Eisenach in seine Kneipe stürmten. Sie schlugen auf Gäste ein, versprühen Pfefferspray. Als einer der Angreifer mit einem Schlagstock auf Ringl einprügeln will, wehrt er ihn mit dem linken Arm ab. Dann schlägt er mit einem Bierkrug zurück, wirft Gläser, alles was er in die Hände bekommt. Auch seine Gäste wehren sich, drängen die Gruppe mit einem Barhocker zurück, so steht es später in den Vernehmungsprotokollen der Polizei.

Bei den Tätern soll es sich um die mutmaßliche „Gruppe E“ gehandelt haben. Die Bundesanwaltschaft wirft deren angeblicher Anführerin, der Studentin Lina E., und ihren Unterstützern vor, gezielt Jagd auf Neonazis gemacht zu haben. Im Hochsicherheitsaal des Oberlandesgerichts Dresden wurden zuletzt Prozesse gegen rechtsextreme Terrorgruppen geführt. Jetzt berichten hier seit Monaten Mitglieder der rechten Szene, wie verummumte Gestalten ihnen auflauerten, auf sie einschlugen. In Wurzen, Leipzig und eben in Eisenach. Ringl ist einer der wichtigsten Zeugen in diesem Prozess, weil er gleich mehrfach Opfer der Gruppe E. gewesen sein soll.

Von dem ersten Angriff in der Nacht Ende Oktober 2019 berichtet der 24-Jährige recht nüchtern. Dann lässt er sich zu einer Bemerkung hinreißen, die den Vorsitzenden Richter Hans Schlüter-Staats stutzen lässt. Er habe erst gedacht, ein Bekannter mache sich einen Scherz mit ihm. „In Ihren Kreisen ist man wohl andere Scherze gewohnt“, kommentiert Schlüter-Staats.

Der Mann, der da vor ihm sitzt, ist eine der Schlüsselfiguren der rechtsextremen Szene in Thüringen. Das „Bull's Eye“ ist Treffpunkt lokaler Neonazis, auch Konzerte fanden dort schon statt. Ringl hat eine Kampfsportgruppe herantrainiert. In seinen Kreisen weiß man, wie sich das Klacken eines ausfahrenden Schlagstocks anhört, welche Reichweite eine Pfeffersprayflasche hat, man ist auf Angriffe vorbereitet. Dass er einen Baseballschläger hinterm Tresen liegen hat, erzählt Leon Ringl, als sei es das Normalste der Welt.

Unter den Angreifern im „Bull's Eye“ soll auch der Angeklagte Jonathan Philipp M. gewesen sein. Doch seine Anwälte haben mittlerweile Indizien gesammelt, die darauf hinweisen, dass M. in der Nacht gar nicht in Eisenach gewesen sein konnte. Zum damaligen Zeitpunkt wurde der Angeklagte von der Polizei wegen eines anderen Vorwurfs überwacht. Die Auswertung seines Handys ergab offenbar, dass sich M. an dem Abend mit einem Bekannten in einer Kneipe verabredet und getroffen hat – und zwar in Berlin.



Die Angeklagte Lina E. im Gerichtssaal in Dresden. FOTO: AFP

Offenbar war das der Bundesanwaltschaft bekannt. In der Ermittlungsakte gebe es entsprechende Vermerke, so die Anwälte und boten an, die Geodaten des Handys unter bestimmten Voraussetzung auswerten zu lassen. Sollte hier tatsächlich ein Ermittlungsfehler passiert sein, wirft das ein schlechtes Licht auf eine Justiz, die schon seit Beginn des Verfahrens in der Kritik steht. Weil sie nicht etwa die einzelnen Körperverletzungen anklagt, sondern die Angeklagten als linkskriminelle Vereinigung behandelt. Dabei gibt es keine genauen Hinweise auf den Gründungszeitraum oder die Zahl der Mitglieder. Besonders linke Aktivistinnen, die den Prozess beobachten, glauben, das Verfahren sei politisch motiviert. Sie sehen Lina E. als Opfer, nicht aber die Rechtsextremen, die nun als Zeugen aussagen.

Als Leon Ringl von dem zweiten Überfall berichtet, bleibt er weiterhin kühl – dabei ist das Setting recht brutal. Im Dezember 2019 wollte Ringl nach einem kleinen Umtrunk nach Hause und wurde von einer größeren Gruppe auf der Straße überfallen, mit Stangen und Pfefferspray. Ringl zog ein Messer, konnte die Angreifer so abwehren. Seinen Kumpels, die ihm im Auto zu Hilfe kommen wollten, erging es schlechter. Die Angreifer rissen die Türen auf, prügelten sie ein. Einer von ihnen sagte vor Gericht aus, es sei darum gegangen, Angst zu machen. Und man konnte ihm anhören, dass es zumindest bei ihm funktioniert hat. Ringl sagt dazu nichts.

Seine Kneipe ist Anfang Januar 2021 noch mal Ziel eines Anschlags geworden. Unbekannte zündeten einen Sprengsatz vor dem „Bull's Eye“, besprühten die Fassade mit dem Spruch: „Fight Nazis every Day.“ Ringl hat das Graffiti durch ein anderes ersetzen lassen. „Wir bleiben“, steht jetzt auf der Fassade, eine Bombe ist aufgemalt. Es wirkt wie eine Drohung.

ANTONIE RIETZSCHEL

<https://www.sueddeutsche.de/politik/linksextrem-rechtsextrem-prozess-1.5548976>

Dresden

Möglicher Ermittlungsfehler im Prozess um "Gruppe E."

Jonathan M. soll als Teil einer linkskriminellen Vereinigung gezielt Jagd auf Neonazis gemacht haben - doch nun hat er für eine entscheidende Nacht offenbar ein Alibi.

Von Antonie Rietzschel

Leon Ringl wollte eigentlich schon Feierabend machen, als kurz nach Mitternacht mehrere Maskierte in Eisenach in seine Kneipe stürmen. Sie schlagen auf Gäste ein, versprühen Pfefferspray. Als einer der Angreifer mit einem Schlagstock auf Ringl einprügeln will, wehrt er ihn mit dem linken Arm ab. Dann schlägt er mit einem Bierkrug zurück, wirft Gläser, alles was er in die Hände bekommt. Auch seine Gäste wehren sich, drängen die Gruppe mit einem Barhocker zurück, so steht es später in den Vernehmungsprotokollen der Polizei.

Bei den Tätern soll es sich um die mutmaßliche "Gruppe E." gehandelt haben. Die Bundesanwaltschaft wirft deren angeblicher Anführerin, der Studentin Lina E., und ihren Unterstützern vor, gezielt Jagd auf Neonazis gemacht zu haben. Im Hochsicherheitssaal des Oberlandesgerichts Dresden wurden zuletzt Prozesse gegen rechtsextreme Terrorgruppen geführt. Jetzt berichten hier seit Monaten Mitglieder der rechten Szene, wie verummte Gestalten ihnen auflauerten, auf sie einschlugen. In Wurzen, Leipzig und eben in Eisenach. Ringl ist einer der wichtigsten Zeugen in diesem Prozess, weil er gleich mehrfach Opfer der Gruppe E. gewesen sein soll.

Von dem ersten Angriff in der Nacht Ende Oktober 2019 berichtet der 24-Jährige recht nüchtern. Dann lässt er sich zu einer Bemerkung hinreißen, die den Vorsitzenden Richter Hans Schlüter-Staats stutzen lässt. Er habe erst gedacht, ein Bekannter mache sich einen Scherz mit ihm. "In Ihren Kreisen ist man wohl andere Scherze gewohnt", kommentiert Schlüter-Staats

Der Mann, der davor ihm sitzt, ist eine der Schlüsselfiguren der rechtsextremen Szene in Thüringen. Das "Bull's Eye" ist Treffpunkt lokaler Neonazis, auch Konzerte fanden dort schon statt. Ringl hat eine Kampfsportgruppe herantrainiert. In seinen Kreisen, weiß man, wie sich das Klicken eines ausfahrenden Schlagstocks anhört, welche Reichweite ein Pfeffersprayflasche hat, man ist auf Angriffe vorbereitet. Dass er einen Baseballschläger hinterm Tresen liegen

hat, erzählt Leon Ringl, als sei es das Normalste der Welt.

Anwälte entdecken möglichen Ermittlungsfehler

Unter den Angreifern im "Bull's Eye" soll auch der Angeklagte Jonathan Philipp M. gewesen sein. Doch seine Anwälte haben mittlerweile Indizien gesammelt, die darauf hinweisen, dass M. in der Nacht gar nicht in Eisenach gewesen sein konnte. Zum damaligen Zeitpunkt wurde der Angeklagte von der Polizei wegen eines anderen Vorwurfs überwacht. Die Auswertung seines Handys ergab offenbar, dass sich M. an dem Abend mit einem Bekannten in einer Kneipe verabredet und getroffen hat - und zwar in Berlin.

Offenbar war das der Bundesanwaltschaft bekannt. In der Ermittlungsakte gebe es entsprechende Vermerke, so die Anwälte und boten an, die Geodaten des Handys unter bestimmten Voraussetzung auswerten zu lassen. Sollte hier tatsächlich ein Ermittlungsfehler passiert sein, wirft das ein schlechtes Licht auf eine Justiz, die schon seit Beginn des Verfahrens in der Kritik steht. Weil sie nicht etwa die einzelnen Körperverletzungen anklagt, sondern die Angeklagten als linkskriminelle Vereinigung behandelt. Dabei gibt es keine genauen Hinweise auf den Gründungszeitraum oder die Zahl der Mitglieder. Besonders linke Aktivistinnen, die den Prozess beobachten, glauben, das Verfahren sei politisch motiviert. Sie sehen Lina E. als Opfer, nicht aber die Rechtsextremen, die nun als Zeugen aussagen.

Es sei darum gegangen, Angst zu machen

Als Leon Ringl von dem zweiten Überfall berichtet, bleibt er weiterhin kühl - dabei ist das Setting recht brutal. Im Dezember 2019 wollte Ringl nach einem kleinen Umtrunk nach Hause und wurde von einer größeren Gruppe auf der Straße überfallen, mit Stangen und Pfefferspray. Ringl zog ein Messer, konnte die Angreifer so abwehren. Seinen Kumpels, die ihm im Auto zu Hilfe kommen wollen, erging es schlechter. Die Angreifer rissen die Türen auf, prügelte auf die Männer ein. Einer von ihnen sagte vor Gericht aus, es sei darum gegangen, Angst zu machen. Und man konnte ihm anhören, dass es zumindest bei ihm funktioniert hat. Ringl sagt dazu nichts.

Seine Kneipe ist Anfang Januar 2021 noch mal Ziel eines Anschlags geworden. Unbekannte zündeten einen Sprengsatz vor dem "Bull's Eye", besprühten die Fassade mit dem Spruch: "Fight Nazis every Day." Ringl hat das Graffito durch ein anderes ersetzen lassen. "Wir bleiben", steht jetzt auf der Fassade, eine Bombe ist aufgemalt. Es wirkt wie eine Drohung.

SZ

<https://www.sueddeutsche.de/politik/podcasts-sz-lina-e-leipzig-1.5483348>

SZ-Podcast "Das Thema"

Der Fall Lina E.: Über den Umgang mit linksextremer Gewalt

Lina E. soll mit Mittätern Rechtsextreme schwer verletzt haben. Und steht jetzt vor Gericht. Worum es in einem der wichtigsten Prozesse für die linksautonome Szene geht.

Von Antonie Rietzschel und Vinzent-Vitus Leitgeb

Im November 2020 wurde die 26-Jährige Studentin Lina E. in Leipzig verhaftet. Die Bundesanwaltschaft wirft ihr vor, nach §129 StGB Mitglied in einer kriminellen Vereinigung zu sein.

Lina E. soll seit 2018 gemeinsam mit anderen Mitgliedern einer mutmaßlichen "Gruppe E." Angriffe auf Neonazis geplant und ausgeführt haben. Seit September 2021 läuft jetzt ihr Prozess im Hochsicherheitssaal des Oberlandesgerichts Dresden.

Aber warum steht ausgerechnet die eher unscheinbare Studentin der Erziehungswissenschaften im Fokus der Ermittlungen? Und was ist dran an den Vorwürfen? Darüber spricht Antonie Rietzschel, SZ-Korrespondentin in Leipzig, in dieser Folge. Sie erklärt auch, warum die sächsischen Sicherheitsbehörden in dem Fall besonders in der Kritik stehen.

So können Sie den SZ-Podcast abonnieren "Das Thema" erscheint jeden zweiten Mittwoch um 17 Uhr. In der halbstündigen Audiosendung sprechen Redakteure der Süddeutschen Zeitung über ihre Themen und Recherchen.

Alle Folgen von "Das Thema" finden Sie unter sz.de/das-thema, sobald sie erscheinen. Verpassen Sie keine Folge und abonnieren Sie unser Audio-Angebot, etwa bei iTunes, Spotify, Deezer, Audio Now oder in Ihrer Lieblings-Podcast-App. (Zum XML-Feed geht es hier lang.) Alle Folgen finden Sie auch auf Soundcloud, hier können Sie die Episoden auch herunterladen.

Wie Sie unsere Podcasts hören können, erklären wir in diesem Text. Alle unsere Podcasts finden Sie unter: www.sz.de/podcast.

Sie haben Fragen oder Anregungen? Dann schreiben Sie uns: podcast@sz.de

· [SZ.de/vv1](https://sz.de/vv1)



Außerhalb des Gerichtssaals kennt niemand ihr Gesicht. Lina E. mit ihren Anwälten im Gerichtssaal in Dresden.

FOTO: JENS SCHLÜTER/DPA

Schwierigkeiten mit der Wahrheit

Die 26-jährige Studentin Lina E. soll zusammen mit anderen gezielt Jagd auf Neonazis gemacht haben. Doch bei manchen Opfern zweifelt die Verteidigung an der Glaubwürdigkeit

VON ANTONIE RIETZSCHEL

Dresden – Wenn Cedric S. versucht, sich zu erinnern, dann schaut er zur Decke, zieht die Augenbrauen zusammen. Cedric S. muss sich an diesem Tag an vieles erinnern, an die Zahl der Leute mit denen er Fußball spielt, ob er deren Telefonnummern kennt. An Drohungen gegen ihn, an die Details eines früheren Gerichtsverfahrens. Stundenlang befragen ihn die Verteidiger von Lina E. und drei weiteren Männern, die wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und gefährlicher Körperverletzung angeklagt sind. Die Bundesanwaltschaft wirft der Gruppe vor, gezielt Jagd auf Neonazis gemacht zu haben.

Auch auf Cedric S. Er spielte lange eine zentrale Rolle in der Jugendorganisation der NPD. 2016 war er einer von mehr als 200 Neonazis, die im Leipziger Stadtteil Connewitz wüteten. Am 30. Oktober 2018 wurde er dann selbst Opfer eines brutalen Überfalls. Auf dem Weg zum Fußballtraining attackierte ihn eine Gruppe verummter. Er erlitt mehrere Platzwunden

am Kopf, wegen einer Wirbelfraktur musste er kurzzeitig im Rollstuhl sitzen. Im Prozess tritt S. als Nebenkläger auf – und als Zeuge, an dessen Erinnerungsvermögen und Glaubwürdigkeit die Verteidiger erheblich zweifeln.

E. spähte potenzielle Opfer aus, manchmal maskiert mit Perücke und Sonnenbrille

Nach dem Überfall hatte Cedric S. ausgesagt, ihn hätten fünf verummte Männer angegriffen. Damals konnte er der Polizei sehr detailliert deren Statur und Kleidung beschreiben. Als er vor einigen Wochen zum ersten Mal im Hochsicherheitssaal des Oberlandesgericht erschienen, erklärte er, es habe sich um vier Personen gehandelt: drei Männer und eine Frau. Letztere habe er wegen ihrer zierlichen Figur erkannt, so S. Der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats fragte den 23-Jährigen, ob er sich sicher sei. „Zu hundert Prozent“, erwiderte S.

Den Ermittlungen zufolge soll es in der vermeintlich von der 26-jährigen Studentin Lina E. angeführten Gruppe eine Aufteilung gegeben haben: E. spähte Opfer aus, manchmal maskiert mit Perücke und Sonnenbrille – zugeschlagen haben andere, davon ist die Bundesanwaltschaft überzeugt. Sie ordnet der Gruppe mehrere Personen zu. Darunter auch den Verlobten von Lina E., der sich auf der Flucht befindet.

Laut Anklageschrift soll Lina E. auch den Überfall auf Cedric S. geplant haben. Doch bei seiner Aussage vor Gericht fügte Cedric S. ein weiteres Detail hinzu, das nahelegt, Lina E. oder zumindest eine Frau könnte an der Tat beteiligt gewesen sein. Nach dem Angriff habe eine weibliche Stimme gerufen: „Du Scheißnazi.“ „Wann ist Ihnen das eingefallen?“, fragte Schlüter-Staats verärgert. Immer wieder wies er darauf hin, die Wahrheit zu sagen, gab S. die Gelegenheit, sich zu korrigieren. Doch stattdessen erklärte S., er würde darauf schwören, dass es so gewesen sei.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass Zeugen vor Gericht von ihrer polizeilichen Aussage

abweichen, etwa weil sie sich nach dem Schock an neue Details erinnern – im Fall von Cedric S. stellt sich jedoch die Frage, ob er sich mit anderen Zeugen über die Details der einzelnen Taten unterhalten, sich vielleicht sogar mit ihnen abgesprochen hat. Ein Name, der in dem Zusammenhang im Gerichtssaal immer wieder fällt, ist der von Enrico Böhm.

Der ehemalige NPD-Kader und Stadtrat wurde ebenfalls im Herbst 2018 vor seinem Haus von Vermummten überfallen, die Angreifer drohten mit einer solchen Brutalität auf ihn ein, dass seine Kniescheibe brach. Der mehrfach vorbestrafte Böhm tritt wie Cedric S. als Nebenkläger im Prozess auf. Die Verteidigung hatte zu Beginn des Verfahrens beantragt, Böhm als Zeugen auszuladen. In der Vergangenheit soll er vor Gericht falsch ausgesagt haben.

Wegen des Angriffs auf Böhm ist nur Lina E. angeklagt. Die Ermittler fanden am Tatort eine Plastiktüte mit einer DNA-Mischspur, die auf die Angeklagte hinweist. Die Verteidiger der drei anderen Beschuldigten fürchteten, Böhm könnte will-

kürlich auch ihre Mandanten beschuldigen. Als Böhm vor Gericht erschien, lief er in einer Sitzungspause zwischen den Angeklagten hin und her. „Gezielt“, wie er später bei der Befragung zugab, um die Größe der Männer mit denen der Angreifer zu vergleichen, die er auch auf Frage der Bundesanwaltschaft als ausnahmslos männlich identifizierte.

Bei den Tätern habe es sich um eine Gruppe „gewalttätiger Linksextremisten“ gehandelt, erklärte Böhm der Strafkammer. Sie hätten in Kauf genommen, „das Leben einer Person zu beenden“. Der Vorsitzende Richter Schlüter-Staats ermahnte ihn daraufhin wahrheitsgemäß zu antworten, sich auf die Fakten zu beschränken. Doch Böhm schien sich kaum noch an den Überfall erinnern zu können, wusste zu nächst nicht genau, wo er angegriffen wurde, ob mit Turnschuhen oder schweren Schuhen. Als die Verteidiger seine politische Überzeugung thematisierten, wand sich Böhm unter deren Nachfragen. Erst nach einer Unterbrechung und dem Blick in den Verfassungsschutzbericht, erklärte Böhm, er könne als Rechtsradikaler bewertet werden. „Wenn das da drinsteht.“

In Chemnitz wird gegen einen Mitarbeiter des Landeskriminalamts ermittelt

Cedric S. habe mit Enrico Böhm über die Überfälle gesprochen, sagt er selbst, mittlerweile gebe es aber keinen Kontakt mehr. S. gab auch einem NPD-Kader ein Interview, in dem er seine Verletzungen „dramatisierte“, wie er auf Nachfrage der Verteidigung einräumen muss. In den kommenden Wochen werden noch weitere Opfer aussagen, die Gruppe um Lina E. soll an mindestens sechs Überfällen beteiligt gewesen sein.

Auf den einschlägigen Kanälen der rechtsextremen Szene werden die Überfälle seit Monaten ausgeschlachtet. Es kursieren aber auch Details, die nur aus der Ermittlungsakte stammen können. Das vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestufte Magazin *Compact* veröffentlichte im Frühjahr Artikel zu dem Verfahren, angereichert mit Bildern eines Tatorts in Wurz. Zu Prozessbeginn erschien ein Dossier zu Lina E., Fotos zeigen sie mit ihrem Verlobten und beim Ausspähen eines Tatorts. Der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats stellte die Vermutung an, die Anwälte der Nebenklage hätten womöglich Informationen weitergegeben. Die Verteidiger glauben, es gebe ein Leck bei den Sicherheitsbehörden.

Mittlerweile laufen bei der Staatsanwaltschaft in Chemnitz zwei Ermittlungsverfahren. Eines richtet sich konkret gegen einen Mitarbeiter des Landeskriminalamts. Er soll in der Vergangenheit Informationen weiter gegeben haben, die sich schließlich auch in der Berichterstattung des *Compact*-Magazin wiederfanden. Auch in die Ermittlungen zu Lina E. war er involviert. Dass er aus dem laufenden Verfahren Dienstgeheimnisse verraten haben könnte, dafür scheint es bisher keine Anhaltspunkte zu geben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen unbekannt.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/prozess-lina-e-rechtsextrem-dresden-1.5439921>

Prozess in Dresden

Jagd auf Neonazis

Zusammen mit anderen soll die 26-jährige Studentin Lina E. Rechtsextremisten zusammengeschlagen haben. Doch bei manchen Opfern zweifelt die Verteidigung an der Glaubwürdigkeit.

Von Antonie Rietzschel

Wenn Cedric S. versucht, sich zu erinnern, dann schaut er zur Decke, zieht die Augenbrauen zusammen. Auf der Stirn bilden sich mehrere Falten. Cedric S. muss sich an diesem Tag an vieles erinnern, an die Zahl der Leute, mit denen er Fußball spielt, ob er deren Telefonnummern kennt. An Drohungen gegen ihn, an Details eines früheren Gerichtsverfahrens. Stundenlang befragen ihn die Verteidiger von Lina E. und drei weiteren jungen Männern, die wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und gefährlicher Körperverletzung angeklagt sind.

Die Bundesanwaltschaft wirft der Gruppe vor, gezielt Jagd auf Neonazis gemacht zu haben. Auch auf Cedric S. Er spielte lange eine zentrale Rolle in der Jugendorganisation der NPD. 2016 war er einer von mehr als 200 Neonazis, die im Leipziger Stadtteil Connewitz wüteten. Am 30. Oktober 2018 wurde er dann selbst Opfer eines brutalen Überfalls. Auf dem Weg zum Fußballtraining attackierte ihn eine Gruppe Vermummter. Er erlitt mehrere Platzwunden am Kopf, wegen einer Wirbelfraktur musste er kurzzeitig im Rollstuhl sitzen. Im Prozess tritt S. als Nebenkläger auf - und als Zeuge, an dessen Erinnerungsvermögen und Glaubwürdigkeit die Verteidiger erheblich zweifeln.

Nach dem Überfall hatte Cedric S. ausgesagt, ihn hätten fünf vermummte Männer angegriffen. Damals konnte er der Polizei sehr detailliert deren Statur und Kleidung beschreiben. Als er vor einigen Wochen zum ersten Mal im Hochsicherheitssaal des Oberlandesgericht erschien, erklärte er, es habe sich um vier Personen gehandelt: drei Männer und eine Frau. Letztere habe er wegen ihrer zierlichen Figur erkannt, so S. Der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats fragte den 23-Jährigen daraufhin, ob er sich sicher sei. "Zu hundert Prozent", erwiderte S.

Den Ermittlungen zufolge soll es in

der vermeintlich von Lina E. angeführten Gruppe eine klare Aufteilung gegeben haben: E. spähte potenzielle Opfer aus, manchmal maskiert mit Perücke und Sonnenbrille - zugeschlagen haben andere, davon ist die Bundesanwaltschaft überzeugt. Sie ordnet der Gruppe mehrere Personen zu. Darunter auch den Verlobten von Lina E., der sich derzeit auf der Flucht befindet.

Laut Anklageschrift soll Lina E. auch den Überfall auf Cedric S. geplant haben. Doch bei seiner Aussage vor Gericht fügte Cedric S. ein weiteres Detail hinzu, das nahelegt, Lina E. oder zumindest eine Frau könnte an der Tat beteiligt gewesen sein. Nach dem Angriff habe eine weibliche Stimme gerufen: "Du Scheißnazi." "Wann ist Ihnen das eingefallen?", fragte Richter Schlüter-Staats verärgert. Immer wieder wies er darauf hin, die Wahrheit zu sagen, gab S. die Gelegenheit, sich zu korrigieren. Doch stattdessen erklärte S., er würde darauf schwören, dass es so gewesen sei.

Hat sich der Zeuge mit anderen abgesprochen?

Es ist nicht ungewöhnlich, dass Zeugen vor Gericht von ihrer polizeilichen Aussage abweichen, etwa weil sie sich nach dem Schock an neue Details erinnern - im Fall von Cedric S. stellt sich jedoch die Frage, ob er sich mit anderen Zeugen über die Details der einzelnen Taten unterhalten, sich vielleicht sogar mit ihnen abgesprochen hat. Ein Name, der in dem Zusammenhang im Gerichtssaal immer wieder fällt, ist der von Enrico Böhm.

Der ehemalige NPD-Kader und Stadtrat wurde ebenfalls im Herbst 2018 vor seinem Haus von Vermummten überfallen, die Angreifer drohten mit einer solchen Brutalität auf ihn ein, dass seine Knie Scheibe brach. Der mehrfach vorbestrafte Böhm tritt ebenso wie Cedric S. als Nebenkläger im Prozess auf. Die Verteidigung hatte zu Beginn des Verfahrens beantragt, Böhm als Zeugen auszuladen. In der Vergangenheit soll er vor Gericht falsch ausgesagt haben.

Wegen des Angriffs auf Böhm ist nur Lina E. angeklagt. Die Ermittler fanden am Tatort eine Plastiktüte mit einer DNA-Mischspur, die auf die Angeklagte hinweist. Die Verteidiger der drei anderen Beschuldigten fürchteten, Böhm könnte willkürlich auch ihre Mandanten beschuldigen. Als Böhm vor Gericht erschien, lief er in einer Sitzungspause zwischen den Angeklagten hin und her. "Gezielt", wie er später bei der Befragung zugab, um die Größe der Männer mit denen der Angreifer zu vergleichen, die er auch auf Frage der Bundesanwaltschaft als ausnahmslos männlich identifizierte.

Bei den Tätern habe es sich um eine Gruppe "gewalttätiger Linksextremisten"

gehandelt, erklärte Böhm der Strafkammer. Sie hätten in Kauf genommen "das Leben einer Person zu beenden". Der Vorsitzende Richter Schlüter-Staats ermahnte ihn daraufhin, wahrheitsgemäß zu antworten, sich auf die Fakten zu beschränken. Doch Böhm schien sich kaum noch an den Überfall erinnern zu können, wusste zunächst nicht genau, wo er angegriffen wurde, ob mit Turnschuhen oder schweren Schuhen. Als die Verteidiger seine politische Überzeugung thematisierten, wand sich Böhm unter deren Nachfragen. Erst nach einer Unterbrechung und dem Blick in den Verfassungsschutzbericht erklärte Böhm, er könne als Rechtsradikaler bewertet werden. "Wenn das da drinsteht."

Cedric S. habe mit Enrico Böhm über die Überfälle gesprochen, sagt er selbst, mittlerweile gebe es aber keinen Kontakt mehr. S. gab auch einem NPD-Kader ein ausführliches Interview, in dem er seine Verletzungen "dramatisierte", wie er auf Nachfrage der Verteidigung einräumen muss. In den kommenden Wochen werden noch weitere Opfer aussagen, die Gruppe um Lina E. soll an mindestens sechs Überfällen beteiligt gewesen sein.

Gegen einen Mitarbeiter des LKA wird ermittelt

Auf den einschlägigen Kanälen der rechtsextremen Szene werden die Überfälle seit Monaten ausgeschlachtet. Es kursieren aber auch Details, die nur aus der Ermittlungsakte stammen können. Das vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestufte Magazin Compact veröffentlichte im Frühjahr Artikel zu dem Verfahren, angereichert mit Bildern eines Tatorts in Wurzen. Zu Prozessbeginn erschien ein Dossier zu Lina E., Fotos zeigen sie mit ihrem Verlobten und beim Ausspähen eines Tatorts. Der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats stellte die Vermutung an, die Anwälte der Nebenklage hätten womöglich Informationen weitergegeben. Die Verteidiger glauben, es gebe ein Leck bei den Sicherheitsbehörden.

Mittlerweile laufen bei der Staatsanwaltschaft in Chemnitz zwei Ermittlungsverfahren. Eines richtet sich konkret gegen einen Mitarbeiter des Landeskriminalamts. Er soll in der Vergangenheit Informationen weitergegeben haben, die sich schließlich auch in der Berichterstattung des Compact-Magazin wiederfanden. Auch in die Ermittlungen zu Lina E. war er involviert. Dass er aus dem laufenden Verfahren Dienstgeheimnisse verraten haben könnte, dafür scheint es bisher keine Anhaltspunkte zu geben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen unbekannt.

SZ



Die Angeklagte Lina E. verbirgt ihr Gesicht, während sie bei dem Prozessauftritt in Dresden mit ihrem Anwalt Erkan Zünbül spricht.

FOTO: JENS SCHLUETER / AFP

Mit Schlagstöcken gegen Neonazis

Linksextremisten sollen mehrere Rechtsradikale überfallen und teils schwer verletzt haben. Nun stehen sie vor Gericht. Im Zentrum steht die Frage: War Lina E. „Kommandoführerin“ einer kriminellen Vereinigung?

VON ANTONIE RIETZSCHEL

Dresden – Der Hochsicherheitsaal des Oberlandesgericht Dresden liegt im Nirgendwo, zwischen Autobahnausfahrt und Justizvollzugsanstalt. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist er schwer zu erreichen. Trotzdem sind am Mittwochvormittag alle Plätze besetzt, die die Corona-Regeln zulassen. Hinter dem Sicherheitsglas, das Publikum und Verfahrensteilnehmer trennt, drängt sich eine Gruppe junger Männer und Frauen. Als Justizmitarbeiterinnen durch eine Seitentür Lina E. hereinführen, bricht in der Gruppe Jubel aus. Lina E. hält sich einen blauen Hefter vor das Gesicht, bis Fotografen und Kameralleute den Saal verlassen. Dann lächelt sie eine Zuschauerin an, die ihr Handküsse zuwirft.

Für ihre Unterstützer ist Lina E. ein Opfer eines repressiven Rechtsstaats, wenn nicht sogar eine Heldin. Der Bundesanwaltschaft gilt sie als Anführerin einer linksextremen und militanten Gruppe, die von 2018 an Neonazis ausspähte und mindestens sechs gezielte Überfälle beging. Eines der Opfer erlitt dabei „lebensbedrohliche Verletzungen“, heißt es in der Anklageschrift, das Vorgehen sei „methodisch und professionell“ gewesen. Lina E. und ihre Mitsstreiter hätten sich berechtigt gefühlt, „ihre politische Überzeugung mit Gewalt durchzusetzen“, sagt Bundesanwalt Bodo Vogler zu Prozessbeginn.

Lina E. und zwei Mitangeklagten werden neben der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung gefährliche Körperverletzung, besonders schwerer Landfriedensbruch sowie Sachbeschädigung vorgeworfen. Ein weiterer Angeklagter ist der Urkundenfälschung und Sachbeschädigung beschuldigt. E. sitzt als Einzige von ihnen in Untersuchungshaft. Die Bundesanwaltschaft begründet das mit ihrer herausgehobenen Funktion als „Kommandoführerin“.

Die 26-Jährige ist in Kassel aufgewachsen und lebte zuletzt als Studentin in Leipzig, in dem linksalternativen Stadtteil Connewitz, der als Rückzugsort gewaltbereiter Autonomer gilt. Im Januar 2016 fielen 250 Rechtsextreme in das Viertel ein, zerschlugen Fensterscheiben und warfen Sprengsätze. Seitdem kursieren im Internet lange Listen mit Namen, Fotos und sogar Wohnorten ortsansässiger Rechtsextremer. Mithilfe dieser Listen sollen Lina E. und ihre Mitsstreiter die Opfer ausgesucht haben. Sie spähten laut Anklage deren Häuser aus, wussten teilweise auch über den Alltag ihrer Zielpersonen Bescheid.

Im Herbst 2018 fingen mehrere Vermummte den Neonazi-Schläger und ehemaligen NPD-Stadtrat Enrico B. vor seiner Wohnung in Leipzig ab, verprügelten ihn und versprühten Pfefferspray. B. erlitt Gesichtsverletzungen und einen Kniescheibenbruch. Wenige Wochen später überfielen mehrere Personen Cedric S., der gerade

auf dem Weg zum Fußballtraining war. Mit einem Schlagstock prägten die Täter auf ihn ein, beschimpften ihn als „Nazi-Schwein“. S. erlitt mehrere Prellungen und Frakturen an der Wirbelsäule.

Diese Taten ordnet die Bundesanwaltschaft der „Gruppe E.“ zu, ebenso den Überfall im Dezember 2019 auf den Betreiber einer Kneipe im thüringischen Eisenach, die als Treffpunkt Rechtsextremer gilt. Mit Eisenstangen und Hämmern sollen sie auf

In Online-Shops gibt es sogar Socken und T-Shirts mit dem Slogan „Free Lina“ zu kaufen

Leon R. und dessen Begleiter eingeschlagen haben. Zu diesem Zeitpunkt wurde Lina E. bereits von der Polizei überwacht. Deshalb erfuhren die Ermittler, dass ein weiterer Angriff auf einen Leipziger Neonazi geplant war. Lina E. soll mit Perücke und Brille verkleidet dessen Wohnung ausgespäht haben. Bevor es zum Angriff kommen konnte, nahm die Polizei sie fest.

Seitdem erfährt die junge Frau eine starke Solidarisierung in der linken Szene. „Free Lina“-Slogans prangen in Leipzig klein an Stromkästen oder als riesiges Graffiti an Häuserwänden, es gibt Socken und T-Shirts mit dem Schriftzug zu kaufen. Für eine Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude organisierten Unterstützer eigens ei-

nen Bus. „Antifaschismus ist kein Verbrechen, sondern legitim“, heißt es in einer mehrseitigen Erklärung, die ein Sprecher des „Solidaritätsbündnis“ an Pressevertreter verteilt. Die bei den Gewalttaten verletzten Neonazis werden als „vermeintliche Opfer“ bezeichnet, die Ermittlungen der sächsischen „Soko Linx“ und die Einschätzung der Bundesanwaltschaft in Zweifel gezogen.

Das tun auch die Anwälte der Angeklagten. Als nach mehrfachen Unterbrechungen und Disputen mit dem Vorsitzenden Richter Hans Schlüter-Staats endlich die Anklageschrift verlesen ist, sprechen die Anwälte in ihren Erklärungen von einer „willkürlichen Auswahl von Einzeltaten“, die nicht als Aktionen einer gemeinschaftlichen Gruppe gewertet werden könnten. Außerdem, dass es sich bei den Opfern um Neonazis handelt, gebe es keine Gemeinsamkeiten. Mal wurden Waffen benutzt, mal nicht. „Das ist eine Vereinigung, die keiner kennt“, sagt ein Anwalt.

In ihrer Anklageschrift hat die Bundesanwaltschaft selbst angemerkt, das genaue Gründungsdatum der Gruppe E. nicht zu kennen, ebenso wenig die genaue Zahl der Unterstützer. Ob es die „Gruppe E.“ wirklich gegeben hat und ob deren Anführerin wirklich die Studentin aus Leipzig war, das werden die nächsten Wochen und Monate zeigen. Das Gericht hat Prozessstage bis März angesetzt.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/linksextremisten-neonazis-prozess-gruppe-e-1.5405088>

Linksextremismus

Mit Schlagstöcken gegen Neonazis

Linksextremisten sollen mehrere Rechtsradikale überfallen und manche von ihnen schwer verletzt haben. Im Zentrum des Prozesses steht nun die Frage: War die Hauptangeklagte Lina E. "Kommandoführerin" einer kriminellen Vereinigung?

Von Antonie Rietzschel

Der Hochsicherheitsaal des Oberlandesgerichts Dresden liegt im Nirgendwo, zwischen Autobahnausfahrt und Justizvollzugsanstalt. Trotzdem ist er am Mittwochvormittag voll besetzt, zumindest soweit es die Corona-Bestimmungen zulassen. Hinter dem Sicherheitsglas, das Publikum und Verfahrensteilnehmer trennt, drängt sich eine Gruppe junger Männer und Frauen. Als sich schließlich eine der Seitentüren öffnet, bricht bei ihnen Jubel aus. Sie klatschen, als Justizmitarbeiterinnen Lina E. hereinführen, die sich einen blauen Hefter vor das Gesicht hält.

Für ihre Unterstützer ist Lina E. ein Opfer eines repressiven Rechtsstaats, wenn nicht sogar eine Heldin. Für die Bundesanwaltschaft gilt sie als Anführerin einer linksextremen und militanten Gruppe, die seit 2018 Neonazis ausspähte und mindestens sechs gezielte Überfälle beging. Eines der Opfer erlitt dabei "lebensbedrohliche Verletzungen", heißt es in der Anklageschrift. Das Vorgehen sei "methodisch und professionell" gewesen.

Lina E. und ihre Mitstreiter hätten sich berechtigt gefühlt, "ihre politische Überzeugung mit Gewalt durchzusetzen", sagt der Bundesanwalt Bodo Vogler zu Prozessbeginn. Ein solches Vorgehen trage zur Radikalisierung der Gesellschaft bei. Es widerspreche dem demokratischen Prinzip eines friedlichen Meinungsaustauschs. Lina E. und zwei Mitangeklagten werden neben der Mitgliedschaft in

einer kriminellen Vereinigung gefährliche Körperverletzung, besonders schwerer Landfriedensbruch sowie Sachbeschädigung vorgeworfen, einem weiteren Angeklagten nur Sachbeschädigung und Urkundenfälschung. E. sitzt als Einzige von ihnen in Untersuchungshaft. Die Bundesanwaltschaft begründet das mit ihrer herausgehobenen Funktion als "Kommandoführerin".

Die 26-Jährige ist ursprünglich in Kassel aufgewachsen. Zuletzt lebte die Studentin jedoch in Leipzig, im linksalternativen Stadtteil Connewitz, der auch gewaltbereiten Autonomen auch als Rückzugsort gilt. Im Januar 2016 fielen 250 Rechtsextreme in das Viertel ein, zerschlugen Fensterscheiben und warfen Sprengsätze. Seitdem kursieren im Internet lange Listen mit Namen, Fotos und sogar die Wohnorte lokaler Rechtsextremer. Mithilfe dieser Listen sollen Lina E. und ihre Mitstreiter ihre Opfer ausgesucht haben. Sie spähten laut Anklage deren Häuser aus, wussten auch teilweise über den Alltag ihrer Zielpersonen Bescheid.

Eines der Opfer erleidet Frakturen an der Wirbelsäule

Im Herbst 2018 fingen mehrere Vermummte den Neonazi-Schläger und ehemaligen NPD Stadtrat Enrico B. vor seiner Wohnung in Leipzig ab, verprügelten ihn und versprühten Pfefferspray, erlitt Gesichtsverletzungen und einen Bruch der Kniescheibe. Wenige Wochen später überfielen mehrere Personen Cedric S., der gerade auf dem Weg zum Fußballtraining war. Mit einem Schlagstock prügelten die Täter auf ihn ein, beschimpften ihn als "Nazi-Schwein". S. erlitt mehrere Prellungen und Frakturen an der Wirbelsäule.

Diese Taten ordnet die Generalbundesanwaltschaft der "Gruppe E." zu, ebenso den Überfall im Dezember 2019 auf den Betreiber einer Kneipe im thüringischen Eisenach, die als Treffpunkt Rechtsextremer gilt. Mit Eisenstangen und Hämmern sollen sie auf Leon R. und dessen Begleiter eingeschlagen haben. Zu diesem Zeitpunkt wurde Lina E. bereits von der Polizei überwacht, so erfuhren die Ermittler, dass ein weiterer Angriff auf einen Leipziger Neonazi geplant war. Lina E. soll dessen

Wohnung ausgespäht haben, mit Perücke und Brille verkleidet. Bevor es zu einem Angriff kommen konnte, nahm die Polizei sie fest.

Es gibt sogar Socken mit dem Slogan "Free Lina" zu kaufen

Seitdem erfährt die junge Frau eine starke Solidarisierung in der linken Szene. "Free Lina"-Slogans prangen in Leipzig ganz klein an Stromkästen oder als riesiges Graffiti an Häuserwänden. Es gibt Socken oder T-Shirts mit dem Schriftzug zu kaufen. Für eine Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude organisierten Unterstützer eigens einen Bus.

"Antifaschismus ist kein Verbrechen, sondern legitim", heißt es in einer mehrseitigen Erklärung, die ein Sprecher des "Solidaritätsbündnisses" an Pressevertreter verteilt. Die bei den Gewalttaten verletzten Neonazis werden darin als "vermeintliche Opfer" bezeichnet, die Ermittlungen der nicht ganz unumstrittenen Soko Linx und die Einschätzung der Generalbundesanwaltschaft in Zweifel gezogen.

Das tun auch die Anwälte der Angeklagten. Als nach mehrfachen Unterbrechungen und Disputen mit dem Vorsitzenden Richter Hans Schlüter-Staats endlich die Anklageschrift verlesen ist, sprechen die Anwälte in ihren Erklärungen von einer "willkürlichen Auswahl von Einzeltaten", die nicht als Aktionen einer gemeinschaftlichen Gruppe gewertet werden könnten. Außer dass es sich bei den Opfern um Neonazis handelt, gebe es keine Gemeinsamkeiten. Mal wurden Waffen benutzt, mal nicht. "Das ist eine Vereinigung, die keiner kennt", sagt einer der Anwälte.

In ihrer Anklageschrift hat die Bundesanwaltschaft selbst angemerkt, das genaue Gründungsdatum der Gruppe E. nicht zu kennen, ebenso wenig die genaue Zahl der Unterstützer. Ob es die "Gruppe E." wirklich gegeben hat und ob deren Anführerin wirklich die Studentin aus Leipzig war, das werden die nächsten Wochen und Monate zeigen. Das Gericht hat Prozessstage bis März angesetzt.

SZ